

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnement-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,50 M., monatl. 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustriertem Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inertions-Gebühr

Beträgt für die sechsmonatliche Kolon-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Berichterstattungs-Anzeigen 25 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (frei-
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Insetate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 5. Februar 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Freiwild.

II.

„Ich komme zu Ihnen als Mensch zum Menschen.“

Die Rage kam das Raufen nicht lassen und der Spiegel sieht sich in seinem Handwerk so wohl, daß er die Lösung der sozialen Frage in der Bekämpfung aller Menschen zum Spiegelbild erblickt. Kein Wunder, daß auch unsere russischen Freunde gar oft den Sirenen-Liedungen dieser Gentlemen ausgesetzt sind. Wir wollen hier nicht von der zahlreichen Fälle reden, in denen die Herren sich auf alle mögliche Weise demühen, verräterische Angaben über eigene Bekannten und Freunde zu erschleichen. Hier wird gar oft der Weg der einfachen Ausfragung beschritten; man rechnet damit, daß der Ausgefragte sich unbesonnenweise die „Wärmer aus der Nase ziehen läßt“; man sucht auch wohl, wie bereits geschildert, durch Drohungen mit der Ungnade der Polizei zu seinem Ziele zu gelangen, wobei das letztere im Sinne des Reins schon als eine Art Bestechung zu qualifizieren ist. Es liegen in aber zahlreiche Fälle vor, in denen deutsche oder russische Spiegel die Rationalität hat sich nicht überall aufklären lassen) förmliche Verlesungsversuche unternommen haben.

Unsern Genen Wunsch ist vor einiger Zeit dergleichen geschehen. — Im November 1903 erst ereignete sich folgender Fall. Ein Student namens R., der eine der hiesigen Hochschulen besuchte, hatte sich bei dem andern hiesigen Institut zur Erteilung von russischem Sprachunterricht gemeldet. Kurz darauf erschien ein Kriminalbeamter bei ihm, erkundigte sich zunächst eingehend nach seinen Verhältnissen und bat ihn schließlich, zu „ihnen“ in den Dienst zu treten als „Dektor der russischen Sprache“ oder „Uebersetzer“. Wie Arbeit würde bei ihnen sehr gut honoriert, viel besser als d. Unterricht. Der Student lehnte ab, der Beamte empfahl ihm ind. dringend, über das Anerbieten nochmals sorgfältig nachzudenken und auf das Polizeipräsidium zu kommen, wo „er sehr gut empfangen“ werden würde. Woraus zu entnehmen ist, daß es doch ein Mittel giebt, durch das sich die hiesigen Russen lieb und bei der Ugel machen können, nämlich Verräterei der Stammesgenossen. Solche Verräter sind offenbar die einzigen Russen, die Her von Nichtshofen nicht als „Anarchisten“ betrachtet und demgemäß innes Wohlwollens versichert hält.

Im Sommer 1903 erschien bei einem Studenten namens J. in Charlottenburg im frühen Morgen ein „Herr“, zeigte ihm eine russische Broschüre und bat ihn, sie in die deutsche Sprache zu übersetzen; es war gut bezahlt werden. J. wies die beschimpfende Zumutung entsetzt zurück, worauf der Wiederer entgegnete: „Ich komme zu Ihnen als Mensch zum Menschen.“ Er wollte wohl sagen: „als Lump zum Lumpen.“ J. fand die richtige Antwort, worauf der Repräsentant beider Sitte schleunigst verabschiedete.

Spiegeljagden.

Natürlich ist die staatsrätterische Tätigkeit der Spiegel, sei es preußischer, sei russischer Rationalität und Bezahlung, keine Kurat vor der Öffentlichkeit; ihre Heldenthaten erstrecken sich auch auf die Straße. Wahrsagenden spielen sich dort häufig ab; man will eben den Verkehr und die Lebensführung jedes einzelnen Russen bis auf das kleinste gen. kennen lernen. Man kann gerade aus den Verichten über die Verlesungen, denen die Russen, aber auch die mit ihnen in Westteil lebenden Deutschen, ausgesetzt sind, schließen, daß den hiesigen russischen und deutschen Polizeiverwaltungen ein geradezu unzähliger Schwarm von Spiegeln zu Gebote steht, die nicht nur Stunden sondern Tage lang den „Verdächtigen“ ununterbrochen auf sich und Tritt zu folgen und ihre Wohnungen aufmerksam zu betreten pflegen.

Häufig ergo sich hierbei drohliche Situationen, denn die Herren Spiegel sind nämlich Schlagfertig. Einem Herrn R. gelang es im vorigen Winter in einer langen Jagd den Spürer zu stellen. Er eilte zu einelamanten und als der Spiegel folgte, verblüffte er ihn durch die Frage nach seinem Begehrt. Die stotternde Antwort lautete polnisch, ob hier irgend ein polnischer Student wohne. Der Sp. ließ sich bestimmen, sofort aus dem Polnischen in stehendes Deutsch überspringen und bat schließlich in seiner Verlegenheit um eine kleine Unterstügung, da er mittellos dasteh. In der That in er 90 oder 50 Pf. an. Als nach mehreren Stunden Genoff. das Haus verließ, stand der „Dektor“ in dem Haus für und blickte ihn wiederum. Was der Brave wohl mit dieser russisch-Subvention angefangen haben wird?

Aber selbst re deutschen Genossen bleiben von den Zubringlichkeiten nicht Mont. Schon vor mehreren Monaten konnten wir berichten, daß u. Genosse Liebknecht auf der Straße von einem Spiegel in unheimlicher Weise behelligt worden war, und daß sein Haus und Wirt von Spiegeln beobachtet wurde. Vor wenigen Tagen wurde in einer Rechtsangelegenheit von einem russischen Studenten aufgeführt. Der letztere war auf dem langen Wege von seiner Wohnung zum Bureau des Genossen Liebknecht kreuz und quer von einem Spiegel verfolgt worden, der schließlich die Freiheit besah, in das Legimier des Genossen Liebknecht einzutreten, wo er sich von der Weisheit des Studenten überzeuete. Pro forma erkundigte er bei dem Bureauvorsteher nach dem Bureau zweier Anwälte, das im Hause nebenan befindet und an dem er mit dem Studentenrade eben vorbei gegangen war, das auch so deutlich bezeugt ist, daß jede Erkundigung überflüssig und jede Verwechslung ausgeschlossen war. Demnach entfernte sich der behandelschte auch sonst sachgemäß uniformierte Herr, leider ohne daß er rechtzeitigerkannt worden wäre, da der Student, der offenbar an derartige Unschämlichkeiten gewöhnt war, die erforderliche Aufklärung zu spät. Eine sofortige Recherche ergab, daß er nicht in das von ihmfragte Bureau gegangen war. — Unzweifelhaft

qualifiziert sich dieses Eindringen in das Wartezimmer als ein Hausfriedensbruch, der hoffentlich seiner Ahndung nicht entgehen wird.

Protest der russischen Studentenschaft.

Im Auftrage von 894 in Berlin und Umgebung lebenden Russen und Russinnen ist uns die nachfolgende Erklärung zugesandt worden, der wir gern Raum geben:

In der Sitzung des deutschen Reichstages vom 19. Januar d. J. begründete der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr v. Nichtshofen, bei der Beantwortung der von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Interpellation betreffend die Untriebe russischer Polizeigenossen in Deutschland, die Maßnahmen der besonderen Polizeiaufsicht, die uns gegenüber in Anwendung gebracht wird, damit, daß eine Kontrolle über die Tätigkeit der russischen Anarchisten ausgeübt werden müsse.

In Erwägung, daß die gesamte russische Studentenschaft in Berlin und seiner Umgebung ununterbrochen das Objekt der erwähnten Polizeimaßregeln ist, und daß jeder russische Studierende vom ersten Augenblick seines Eintreffens in Deutschland ab einer speziellen Polizeiaufsicht unterliegt ist, haben wir vollen Grund zu der Annahme, daß alles, was Freiherr v. Nichtshofen über die angeblichen russischen Anarchisten gesagt hat, sich auch auf uns bezieht, und dieser Umstand nötigt uns, vor der Öffentlichkeit die folgende Erklärung abzugeben:

Zunächst erachten wir es notwendig, darauf hinzuweisen, daß schon die Behauptung des Herrn v. Nichtshofen, unter den in Deutschland lebenden Russen gebe es Anarchisten —, eine Behauptung, die gegen uns in weiten Kreisen des deutschen Volkes feindselige Gefühle hervorzurufen geeignet ist —, jedweder tatsächlichen Grundlage entbehrt. Wir sind überzeugt, daß Freiherr v. Nichtshofen nicht im Stande ist, auch nur einen einzigen Fall zu nennen, in dem ein Russe, der diesen polizeilichen Verfolgungen ausgesetzt war, ein Anarchist gewesen wäre. Wir erwarten daher, daß Freiherr v. Nichtshofen entweder den Versuch macht, seine Behauptung zu beweisen oder daß er sie öffentlich zurücknimmt.

Des ferneren machte Freiherr v. Nichtshofen den Versuch, die in Deutschland lebenden Russen auch noch dadurch in der öffentlichen Meinung herabzusetzen, daß er sie ohne einen Schein der Berechtigung als ein Willen der Unstimmigkeit schilderte. Als vor zwei Jahren der berühmte Vertreter der russischen Reaktion, Fürst Wjatschesserski, in seiner Zeitung „Grafobanin“ es gewagt hatte, gegen die russischen Studentinnen dieselbe Anklage zu erheben, entfesselte er damit einen Sturm der Entrüstung durch ganz Rußland, und selbst der damalige Minister der Volksaufklärung Samowostki, obwohl in seiner ganzen Tätigkeit ein getreuer Durchführer der reaktionären russischen Regierungspolitik, erteilte in Abweichung von der allgemeinen Regel, die in Rußland die Abhaltung von Studentenversammlungen verbietet, den Studenten in einem Schreiben, das der Rektor Holmsten der Studentenschaft öffentlich vorlas, die Erlaubnis, sich zum Protest gegen die Behauptung des Fürsten W. zu versammeln, sowie den Rat, dem Verfasser in einer Resolution die Verachtung der Studentenschaft auszusprechen.

Was die fernere Erklärung des Freiherrn v. Nichtshofen anlangt, die Russen, die er unterdrückterweise als Anarchisten bezeichnete, seien hier unwillkommen und hätten keinen Anspruch auf deutsche Gastfreundschaft, so sind wir überzeugt, und die Reichstagsdebatte vom 19. Januar hat uns in dieser Ueberzeugung befestigt, daß Freiherr v. Nichtshofen nicht im Namen und Sinne des deutschen Volkes gesprochen hat. Wir halten es für unsere Pflicht, festzustellen, daß die tschechischen Verhältnisse Rußlands es den bildungsbedürftigen Elementen der russischen Jugend in zahlreichen Fällen unmöglich machen, in Rußland selbst eine höhere Bildung zu erlangen, daß diese Verhältnisse uns so geradezu in das Ausland verstoßen und uns zwingen, die Gastfreundschaft auch der hervorragenden deutschen Hochschulen in Anspruch zu nehmen.

Am Schlusse sprechen wir allen Mitglieder des Reichstages und allen Zeitungen, die in dieser uns so nahe berührenden Angelegenheit für uns eingetreten sind, unsern warm empfundenen Dank aus.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Februar.

Im Reichstag

wurde am Donnerstag die erste Lesung der Vorlage zur Entschädigung unschuldiger Verurteilter beendet und der Entwurf einer vierzehngliedrigen Kommission überwiesen. Die Diskussion wurde von unsren Genossen Frohme und Stadthagen beherrscht, die die von Heine eingeleitete Kritik in wirklamer Weise weiterführten. Frohme ging zunächst auf die parlamentarische Vorgeschichte des Gesetzes, in der er selbst eine wesentliche Rolle gespielt, ein und wies nach, wie bedenklich die von der Regierung jetzt zu Tage geförderte juristische Halbheit gerade in unsrer Zeit der Massenjustiz wirken müsse. Unter Hinweis auf eigene schwere Erfahrungen erinnerte unser Genosse an die Anklagen und willkürliche Rechtsprechung, der die Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz ausgesetzt war, wie denn überhaupt in unsren Reihen die „Praktiker der Untersuchungschaft“ sitzen. Leute, die die Freuden staatsrätterlicher Gerichtsgewalt recht innig am eigenen Leibe erfahren haben, während die Vertreter der herrschenden Klassen auch über diese Frage nur vom grünen Tisch herab zu urteilen vermögen. Frohme verlangte weiterhin als Ergänzung zum Entschädigungsanspruch die Gastpflicht der richterlichen Beamten, die durch Fahr-

lässigkeit oder absichtliches Verschulden die Untersuchungschaft über einen Unschuldigen verhängt haben.

Staatssekretär Dr. Nieberding wußte recht wenig zu antworten. Seine Bemühungen, logische Widersprüche in Frohmes Darlegungen nachzuweisen, waren nicht vom Erfolg begünstigt. Im übrigen schlug er die alte Taktik ein, jeden Angriff unsrer Partei auf die Rechtspflege als unbewiesen hinzustellen, solange nicht die Justizverwaltung selbst nach Prüfung der Akten die Berechtigung desselben anerkannt habe. Es würde aber eine Verhinderung jeder Kritik bedeuten, wenn man dazu immer erst das gnädige Placet des Reichs-Justizamtes abwarten müßte.

In einer auf reiches Material gestützten Rede wies darauf Genosse Stadthagen nach, welche Gefahren in der Ausdehnung des diskretionären Ermessens der Richter gerade gegenüber sozialdemokratischen Angeeschuldigten liegen. Alle die neuen Staatsaufhrofen der Vorlage vom „begründeten Verdacht“, von der „Fahrlässigkeit“ und vom „Verstoß gegen die guten Sitten“ —, wie trefflich lassen sie sich gegen Angehörige unsrer Partei zur Verjagung jedes Entschädigungsanspruches anwenden! Mit viel Sparfünn ging Stadthagen den Vergängen mancher Richterpflichten nach und forderte die Entschädigungspflicht auch für Zeugniszwangsbefreiung, für unberechtigte Einperung ins Irrenhaus und für Verhängung einer höheren Strafe, als sie das richterliche Urteil begründet. Ein treffendes Beispiel für solche unberechtigten Verschärfungen im Strafvollzug bot der bekannte Fall des Redakteurs Viermann in Oldenburg, der wegen Beleidigung des Justizministers zu einer hohen Gefängnisstrafe verurteilt worden ist. Sowohl die Schilderung dieses Justizdolls aus einer kleinen Residenz, wie die übrigen, an wichtigen Punkten reichen Darlegungen unsrer Genossen machten den gerade amtierenden Vicepräsidenten Grafen Stolberg sehr nervös; fast beständig sah er aufgeregt nach der Glocke, um dann nach einigen Momenten ratlosen Zögerns doch den Störungsversuch aufzugeben.

Die ungeschminkte Rede Stadthagens peitschte zwar zwei nationalliberale Richter, die Abgeordneten Deype und Lucas, zu fadencheinigen Entrüstungsreden auf, ließ aber, was bezeichnender war, den vorher so aktionsfreudigen Staatssekretär völlig verstummen. Vielleicht war das gegenüber der Macht der Thatfachen noch das gescheiteste, was er thun konnte. Um so weniger zügelte Herr Gröber vom Centrum seine manchmal wenig seine Junge; aber seine Grobheit gegen Stadthagen verblühte nicht die Galliosität seiner Stellung. Zum Schluß riß Frohme den bürgerlichen Entrüstungsjanaitern die Maske vom Gesicht, und Präsident Graf V. allestem hielt eine kleine Predigt gegen die angebliche „Verrohung der Parlamentskritik“, die sich sein Freund Gröber kaum hinter den Spiegel stecken dürfte.

Am Freitag tritt die Socialpolitik wieder in ihre Rechte.

Väterchen Gamp.

Seit mindestens einem Jahrhundert, sollte man denken, ist auch für Preußen der Patriarchalismus eine unmögliche Auffassung. Man feiert in diesen Tagen das Gedächtnis Kants, des gewaltigsten Denkers der liberalen Weltanschauung, der das sittliche freie Selbstbestimmungsrecht jedes Staatsbürgers als unveräußerliches Menschenrecht, als tragenden Pfeiler in den Höhenbau seines Gedankensystems gefügt hat. In der „Vollvertretung“ des heutigen Preußens verlor sich, hundert Jahre nach des Philosophen Tod, höchst lebendig jenes feudale Barbarentum, das in den Halsklemmen der französischen Revolution für immer verwehrt sein sollte, und dessen geistige Ueberwindung die Lebensaufgabe des deutschen Humanismus am Ausgange des achtzehnten Jahrhunderts war. Die geistige Idiotie des Merkantilismus, die materielle Sklaverei des Junkertums, von der emporgelommenen Bourgeoisie übernommenen Patriarchalismus, — das sind die herrschenden Mächte in Preußen, ein Jahrhundert, nachdem der Weise aus dem ändersten Osten Preußens sowohl das sittlich-intellektuelle Vakuum gegen die Kirche und ihre Mythologie, als auch die politisch-rechtliche Abhängigkeit von den Feudalherren zerstört hatte.

Der Wirkliche Geheimen Oberregierungsrat, Rittergutsbesitzer in Hebron-Dannig, Gamp, Ritter der roten Adlerordens zweiter Klasse, bekannte sich am Donnerstag bei der Fortsetzung der Landwirtschaftlichen Debatten in preussischen Abgeordnetenhaus in einer ungenierten Lebhaftigkeit zu der patriarchalischen Auffassung, die wie ein böses Märchen aus walter Zeit ammutete. Dieses Rittergut Hebron-Dannig ist zwar Eisenbahn- und Telegraphenstation, aber der Geist, der dort walte, reicht in eine Zeit zurück, da die Postkutsche noch das Instrument allen Verkehrs war. Dieser Herr Gamp, der nicht einmal aus blauen Blute zeugt ist, betrachtet die Welt unerschütterlich vom Standpunkte eines Junkers, der ein Naturrecht darauf hat, daß Menschen für ihn leben, die er dann als „seine“ Leute mit den Nationen seines warmen Herzens honoriert. Und da der Mann von einer temperamentvollen Heizbarkeit ist, die stark an seinen seligen Industrieeidelen, den Freiherrn v. Stumm, erinnert, brudelt er empöerte Offenherzigkeiten, wenn es jemand wagt, an seine Rechte zu tasten. Auf seinem Rittergut will Herr Gamp unumschränkter Herr sein, er ist gnädigstes Väterchen auf seinem Gutshofe, der Jar von Hebron-Dannig.

Der freisinnige Volksparteiler Hirsch, der ewige Jude der Harmonie zwischen Volk und Mann, hatte einige liberale Landläufigkeiten gegen die Agrarier gesagt, sehr zahm und auch recht naiv. Er hatte sich aber auch erdreistet, das Koalitionsrecht der Landarbeiter zu verlangen. Das ging dem Herrn von Hebron-Dannig denn doch gegen den Strich. Er wälzte mit majestätischem Born

gegen den Hebelhüter. Das wird überhaupt immer toller. Der Dr. Fischer sollte lieber gegen die Experimente im Reichstag wirken. „Was für Experimente“, rief man auf der linken Bank; denn die Geberden Gerns deuteten auf schreckliche Frevel. „Aber wissen Sie denn nicht, was im Reichstage vorgeht?“ antwortete Gerns, und in einem ungeheuerlichen Wahn nannte er das „Experiment“ des Neinstundentages. Man behandelt den Arbeiter auf dem Lande schlecht? Welche Verkündung! Sie leben wie im Paradies, und das „obstinat junge Vengel“ von den Insektoren ein hinter die Ohren kriegen, das ist doch ganz selbstverständliche Christenpflicht. Man verlangt ländliche Fortbildungsschulen! Na, was die Leute an geistiger Anregung brauchen, kriegen sie ja von der gnädigen Herrschaft: „Ich thue auch was für die Weiterbildung meiner Bevölkerung“, rief Herr Gerns pathetisch aus. „Meine Bevölkerung“ — das Wort charakterisiert die ganze Weltanschauung der in Preußen herrschenden Klassen. Der Gutsherr ist immer noch Herrscher über „seine Bevölkerung“. Es giebt mit einmal Menschen, die mit dem Foch geboren werden, damit die Herren haben, wen sie für die Arbeit einschikren.

Die patriarchalischen Manifestationen bildeten die einzige lebhafteste Episode in den trüg und einütigen schleichenden Debatten. Der Landwirtschaftsminister v. Podbielski versuchte sich in allerlei Fächtigungsversuchen an der für seine Zunge nicht recht handlichen deutschen Sprache und bemühte sich — um in seinem Stile zu sprechen — dem Sad der agrarischen Wünsche sympathisch gegenüber zu stehen. Vornehmlich bebauete er, und als großer Schweineverkäufer redet er da sicher aus warmem Herzen, daß die Schweinepreise gesunken seien.

Das agrarische Lied pfiff noch Herr Herold vom Centrum, während der Nationalliberale Hilb, trotz allen Ansehens zwischen Centralverband und Bund der Landwirte, doch Bedenken gegen sofortige Mündigkeit der Handelsverträge äußerte.

Zu erwähnen wäre noch, daß Herr Brömel von der Freisinnigen Vereinigung in aller Form den neuen Parteifreund Raumann abschätzte, angeblich wegen des fanatischen Klassenhasses und der demagogischen Rhetorik eines in der „Hilfe“ abgedruckten Gedichts über Grimmichau. Das sociale Gepöhl wird auch der Freisinnigen Vereinigung lästig, obwohl sie es erst kurze Zeit trägt. Der bürgerliche Liberalismus ist nicht minder patriarchalisch gestimmt wie das Junkertum: der Kapitalismus will Herr im Hause sein, und die Arbeiter haben dafür alle mögliche Freiheit, für den Vrotzern zu fronden.

Am Freitag soll die Debatte fortgesetzt werden. —

Der Hereroskrieg

ist in ein neues Stadium getreten. Ohne daß es des Eingreifens der nach Südwesafrika abgeschickten Verstärkungsstruppen bedürft hätte, sind die Hereros gezwungen worden, die Belagerung der bedrohten Stationen aufzugeben. Karibib, Otjimbingwe, Olanhantja, Windhuk etc. sind wiederum frei, die Aufständischen haben sich vollständig nach Nordosten zurückgezogen.

Die Entsatztruppen werden also nur noch dazu dienen, die Hereros für ihre Erhebung zu züchtigen. Mit der südwesafrikanischen Expedition geht es genau so, wie mit der Expedition Waldersee, der auch erst asiatischen Boden betrat, als Peking längst unter die Chinas Widerstandskraft gebrochen war. Wenn sich aber Waldersee gleichwohl in China behaglich einrichtete und zahllose Expeditionen gegen die Boger organisierte, so werden unsere Verstärkungsmannschaften in Südwesafrika erst recht einen Rachekrieg möglichst großen Stils zu inszenieren versuchen. Für jeden der erschlagenen oder im Gefecht gefallenen Farmer werden fünfzig Eingeborene daran glauben müssen.

Gleichviel, ob die Hereros es auf einen Verzweiflungskampf ankommen lassen oder ob sie sich auf Gnade und Ungnade ergeben werden — der Aufenthalt der 1600 Mann, die nach Südafrika entsandt worden sind, wird schwerlich von kurzer Dauer sein. Nicht nur, daß man ja mit Pulver und Mehl „heißliche“ Vergeltung üben wird, man wird auch sämtliche Eingeborenen jetzt ein für allemal entwaffnen. Ist das geschehen, so wird man das Land annekieren, die Viehherden mit Beschlag belegen und ein System der Zwangsarbeit organisieren, bei dem allen arbeitsfähigen Kolonialabenteurern das Herz im Leibe lachen wird!

Uebrigens scheint man noch mehr Truppen nach unsrer herrlichen Kolonie schicken zu wollen. In bezug dem Reichstage zugegangenen Nachweisung über die mit dem Dampfer „Darmstadt“ hinangefandte Expedition heißt es zum Schluß: „Mit Rücksicht auf die seither eingegangenen Nachrichten über den Umfang der Zerstörung der Eisenbahn Swatopmund—Windhuk erscheint es geboten, das vorstehend unter E. erwähnte Detachement Eisenbahn-Pioniere um 2 Offiziere und 60 Mann zu verstärken, deren Anreise auf dem Dampfer „Lucie Wörmann“ für den 6. Februar in Aussicht genommen ist. Auf ein paar hunderttausend Mark Ausgaben mehr kommt es ja nicht an!“

Die Nachrichten aus Ostasien

haben allgemein wieder eine pessimistischere Färbung angenommen. Auffallen muß, daß das offiziöse russische Depeschembureau sowohl in russische Blätter, die doch auch nur veröffentlichten dürfen, was die Censur passieren läßt, in den letzten Tagen mehrfach Meldungen über russische Rüstungen brachte, während bisher Rußland alle Kriegsvorbereitungen dementierte. Es scheint also, als ob Rußland kein sonderliches Gewicht mehr darauf legte, die Entschädigung noch länger zu verzögern. Wahrscheinlich hält es seine Kriegsvorbereitungen für hinlänglich vorgekehrt. Die regierungsoffizielle „Agence Havas“, die bisher im russischen Sinne abwiegelnde Meldungen verbreitete, scheint dies System nicht länger für nötig zu halten. Allerdings stellt sie die Situation so dar, als ob der russische Verbündete alles gethan habe, was er im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens zu thun irgend in der Lage gewesen sei; gebe sich Japan mit den ihm gemachten Zugeständnissen trotzdem nicht zufrieden, so falle ihm ganz allein die volle Verantwortung für den Ausbruch eines Krieges zu. Eine Auffassung, die die Sorge der französischen Gläubiger Rußlands unendlichen mag, die aber immerhin eine bedenklische politische Abhängigkeit von der Raubpolitik Wäterschens verrät.

Die russische Antwortnote ist, wie die „Köln. Zg.“ meldet, noch immer nicht an Japan abgegangen, sie werde nicht vor Freitag abgehandelt werden. —

Dem „Reuterischen Bureau“ wird aus Tokio unter dem 24. Februar gedrahlet: Der japanischen Regierung ist die Mitteilung zugegangen, daß alle russischen Kriegsschiffe, mit Ausnahme eines in Reparatür befindlichen, gestern von Port Arthur in See gegangen seien; über ihre Bestimmung sei nichts bekannt. Amtliche japanische Berichte erzählen von großer militärischer Thätigkeit in der Mandchurien. Die Häuser in Liaojang und anderen Orten wurden zur Einquartierung russischer Truppen hergerichtet. In Liaojang seien 1000 Wagen zum Transport von Munition und Vorräten requiriert. Die russischen Truppen rücken, wie die Berichte weiter sagen, stetig in der Richtung auf den Jalu-Fluß weiter vor, und die Chinesen in Jinkau schickten sich zur Flucht an. Dem japanischen Handelsagenten in Wladivostok wurde gestern von dem dortigen Garnisonkommandanten mitgeteilt, daß er gemäß Befehlen aus Petersburg jederzeit in die Lage kommen könnte, den Be-

lagerungszustand zu erklären; er wünsche daher, daß der Agent alles für die eventuelle Abreise der japanischen Bewohner Wladivostoks vorbereite.

Petersburg, 4. Februar. Hier wird plötzlich die ostasiatische Lage scharfer aufgefaßt als bisher. Die Zeitungen bringen Mobilisierungsberichte aus dem Osten. Auf dem Hofball am 1. d. M. hat der Kaiser einem Diplomaten, der seine Befriedigung über die friedliche Haltung Rußlands ausdrückte, erwidert: „Ja, aber alles hat seine Grenzen!“

Die Londoner Morgenblätter verzeichnen eine Reihe pessimistischer Telegramme aus Petersburg über den Konflikt mit Japan. Eine dieser Depeschen betrifft die Instruktionen, die der russische Generalstab dem Admiral Alexejew erteilt hat und worin er ihm völlige Freiheit läßt, den Krieg, falls notwendig, zu erklären. Die Blätter fragen, aus welchem Grunde der Generalstab die Verantwortlichkeit für einen eventuellen Kriegsausbruch übernehme. Die „Press Association“ unterbreitete dies Telegramm dem hiesigen japanischen Gesandten, welcher erklärte, die Lage sei zwar sehr bedrohlich, aber er halte es für unwahrscheinlich, daß Rußland irgend einen aggressiven Schritt unternehmen werde, bevor er die Antwort auf die japanische Note überreicht habe; Rußland werde auf alle Fälle, die Verantwortung für den Krieg auf Japan abwälzen.

„Daily Mail“ wird aus Port Arthur gemeldet, drei sibirische Schanzengeneratoren seien in kleineren Abteilungen nach dem Jalusfluß entsandt worden. Der größte Teil der Feldartillerie sei nach demselben Bestimmungsort mit der Eisenbahn abgegangen. Vier neuformierte sibirische Regimente, die jetzt in Saitchen stehen, hätten Befehl, nach Port Arthur zu gehen zur Verstärkung der dortigen Garnison.

Eine strategisch wichtige Stellung an der Kinshauhuß sei kurz besetzt und von Port Arthur aus eine Besatzung von 3000 Mann unter General Roschenko dorthin gelegt worden. Russische Offiziere läuten überall in der Mandchurien Pferde an. In Dalan und Port Arthur ständen Transportschiffe bereit, um, wenn nötig, Truppen nach Korea zu bringen. Ein Regiment Ural-Rosalen sei von Drenburg aus eingetroffen. —

Deutsches Reich.

Preussisch-russische Justiz.

Preussische Polizei und preussische Justiz überschützen sich in der Bedienung des „befeindeten Rußland“. Wir sind in der Lage, unsre früheren und die im Reichstage durch unsre Parteigenossen vorgetragenen Mitteilungen durch die neue Thatsache zu ergänzen, daß preussische Justizbehörden die russischen Polizeibehörden in den Grenzbezirken genau unterrichten über die Kenntnisse, die sie in bezug auf preussischen Verbrechen stehenden Ermittlungsverfahren wegen „Geheimhändelei“ gewonnen zu haben vermeinen. Es werden die Personalien aller derjenigen an die russische Polizei mitgeteilt, die an der Verbreitung russischer Schriften beteiligt sein sollen. Sowohl preussische Staatsangehörige wie Russen, die sich in Deutschland, in der Schweiz oder in England aufhalten, werden sorgfältig registriert der russischen Polizei zur Kenntnisnahme überliefert. So soll der russischen Polizei der gute Dienst geleistet werden, daß sie die Einföhrung freirechtlicher Schriften, die dem Antiregiment mißfallen, entdecken und verhindern kann. Die russischen Erklärungen des Staatssekretärs v. Michajlof im Reichstage haben offenbar den Eifer, den die preussische Justiz zum Schutze des russischen Absolutismus aufwendet, noch erhöht.

Allerdings hat die preussische Justiz eine Entschuldigung. Sie fordert von der russischen Polizei in den Grenzbezirken den Gegendienst, ihr die Namen von Personen zu übermitteln, die sie — die russische Polizei — als verdächtig der Schriftenvermittlung ansieht! Seit fast vier Monaten betreibt die preussische Justiz das Verfahren wegen „Geheimhändelei“ gegen unsre Parteigenossen und noch immer steht sie in dem Ermittlungsverfahren, noch immer ist sie nicht bis zu einer Anklage gediehen. Jetzt soll ihr die russische Polizei neue Verdächtige angeben und ihr die Durchführung ihres Verfahrens erleichtern.

Die preussische Justiz erbittet von der russischen Polizei Anzeige gegen preussische Staatsbürger! —

Ein Musterbeispiel der Centrumspolitik.

In der Budgetkommission des Reichstages teilte am Donnerstag der Vorsitzende mit, daß ihm von den Abgg. Spahn, Gröber und Müller-Julda (C.) ein Antrag eingereicht worden sei, unter Ablehnung der Regierungsvorlage den Oberstleutnants der Infanterie und des Ingenieur- und Pioniercorps eine pensionsfähige Zulage von 1150 M. pro Jahr ohne Erhöhung des Soldes und des Wohnungsgeldzuschusses zu gewähren. Der Abg. v. Mar-dorf zog darauf sofort den von ihm gestellten und in der letzten Sitzung behandelten Antrag zurück. Abg. Gröber übernahm die Begründung: Das Centrum wolle eine „mittlere Linie“ ziehen; die Regierungsvorlage könne man nicht billigen, weil sie gewissermaßen neue Kommandeurstellen schaffen wolle (?); andererseits lägen aber schon früher anerkannte „schreiende Mißstände“ vor, die aus der Welt geschafft werden müßten. Auf organisatorischem Wege lasse sich das voraussichtlich in absehbarer Zeit nicht erreichen; vielmehr sei eher noch eine Verklärung der Mißstände zu erwarten. Man könne auch jetzt nach den Erklärungen des Kriegsministers alle Konsequenzen übersehen. Das Centrum sei von Anfang an bereit gewesen, Abhilfe zu schaffen und wolle jetzt eine erhöhte Gehaltsstufe gegenüber den Majoren schaffen. Durch die vorgezogene pensionsfähige Zulage werde das Gehalt der Oberstleutnants bis auf rund 7000 M. ansteigen; damit sei allen „berechtigten Wünschen“ Rechnung getragen. Die Zulage solle aber nur so lange gewährt werden, bis sich die Avancementverhältnisse in den verschiedenen Truppengattungen ausgeglichen hätten; sei dies einmal der Fall, dann müßten sie auch wieder wegfallen.

Die Vertreter der nationalliberalen und konservativen Partei verzichteten aufs Wort, weil sie mit dem Vorschlag des Centrum einverstanden waren; damit war die Mehrheit dafür gesichert. Herr Sped., als Korreferent, betonte, daß er den Vorschlag seiner Parteigenossen nicht zu unterstützen vermöge. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, des Freisinn, denen sich noch die Abgg. Sped. und Koerer vom Centrum angeschlossen, wurde der Antrag Spahn mit 15 Stimmen angenommen.

Die Kommission verhandelte dann zunächst über einige kleine Etatsveränderungen bei Velleidungsämtern usw., wobei sich eine Debatte über „Reinung des Handwerks“ entspann. Württembergische Schuhamer haben sich darüber beklagt, daß Refervisten durch Gewährung einer Prämie von 5 M. zum Anlauf von Militärfleisch veranlaßt werden und ihnen deshalb als Privatkaufleute verloren gingen. General v. Gallwitz verteidigte diese Prämien-gewährung mit dem Hinweis darauf, daß das Heer ein großes Interesse an der Marktsfähigkeit der Refervisten und Landwehrmänner habe; diese sei aber nur bei dem Besitz eingetretener Militärfleisch zu erreichen. Durch die Prämien würden die Schuhmacher auch in der That gar nicht geschädigt.

Bei einer Anmerkung zu Kap. 24 brachte der Referent Abg. v. Eren eine Petition der Militär-Zahlmeister um Gehaltsaufbesserung zur Sprache. Die Gehaltsverhältnisse der Zahlmeister und Zahlmeister-Aspiranten wurden von allen Seiten als besserungsbedürftig anerkannt, aber eine Erhöhung vom Vertreter des Reichs-Schatzants mit dem Hinweis darauf belächelt, daß dann sofort auch andre Beamtenkategorien mit neuen Ansprüchen kommen würden. Es schwebten zur Zeit aber Verhandlungen zwischen dem Schatzant und dem Kriegsministerium über einen gangbaren Weg zur Verbesserung der Verhältnisse; wahrscheinlich sei es am besten, die Beförderungsmöglichkeit der Zahlmeister günstiger zu gestalten und denen der Intendantur- und Probantenämtern gleichzumachen; diese könnten bis zu einem Gehalte von 6200 M. ansteigen, die

Zahlmeister jetzt aber nur bis 3000 M. Abg. Müller-Julda (C.) betonte energisch die Pflicht zur Sparsamkeit. Darauf ihm entgegengehalten wurde, daß diese Erwägungen ihm ja nicht abgehalten hätten, den immerhin hochbezahlten — Oberstleutnants eine erhebliche Zulage zu gewähren. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß man ja nur einen Teil der Liebesgabenwirtschaft zu Gunsten „notleidender“ Junier aufzugeben brauche, um Geld für die Beamten in Halle und Jälle zu erlangen. Mit Entschiedenheit wies Abg. v. Spahn den Ansprüchen, es würde bei uns „Liebesgabenpolitik“ getrieben, zurück; als einseitige Parteifreund v. Bedel in einem unbedachten Augenblicke dieses Wort gebraucht habe, habe er ihn dafür sofort „foamiert“. — Das Ergebnis der Verhandlung war die Ueberweisung der Petition der Zahlmeister an den Reichsanwalt zur Berücksichtigung.

Nachdem man sich so lange über die Verhältnisse der Zahlmeister unterhalten hatte, wurde in einer ausgiebigen Geschäftsordnungsdebatte unterfucht, ob das angebracht gewesen wäre; — darauf wurden die Verhandlungen auf Freitag vertagt.

Aus dem vorstehenden Berichte ergibt sich, daß wir gestern noch das Centrum zu hoch eingeschätzt haben, als wir glaubten, es werde schandhalber seinen Unfall auf ein Jahr vertagen. Wir hatten nicht beachtet, daß am Mittwochabend ein Diner beim Reichstags-Präsidenten Grafen v. Ballestrem stattfand, bei dem die Centrumsführer den Scharfener ministerieller „Lebenswürdigkeit“ stundenlang ausgelegt waren. Aus dem Schweigen der Militärverwaltung zu dem Antrage der Herren Spahn, Gröber und Müller-Julda geht deutlich hervor, daß die Sache bereits vorher abgeklärt war. Dieser Unfall des Centrums ist geradezu ein Schulbeispiel für die Politik der „regierenden Partei“; zunächst — siehe in der ersten Etatsberatung die Rede des Abgeordneten Schäbler gegen die Erhöhung der Oberstleutnantsgehälter — eifrige Opposition, prinzipielle und sachliche Gründe gegen die Regierungsvorlage in jeder gewünschten Masse und Form; dann, in der Kommission, etwas gemilderte Opposition, bald leichte Zwischenfrage des Herrn Spahn, ob die Regierung denn gar nicht mit sich handeln lasse; lächelnde Zustimmung des „Lebenswürdigen“ Kriegsministers; schleunige Vertagung der Sache. Zweites Stadium: Die Anregung des Centrum verdrängt sich bei dem findigen freikonservativen v. Nordhoff zu einem Antrage; die „prinzipiellen“ Bedenken des Centrum hollen an, aber das Vestehen von „schreienden Mißständen“ wird anerkannt; der eine Centrumsmann sagt „Hü“, der andre „Hott“; die Verhandlung verläuft resultatlos, wird vertagt.

Drittes Stadium: — — — ? ? ?
Viertes Stadium: Das Centrum rückt mit der „mittleren Linie“ an, die „prinzipiellen“ Bedenken haben nie bestanden, die „schreienden Mißstände“ sind in m e r anerkannt worden und müssen sofort behoben werden. Zwei Mann marchieren weiter „unentwegte Opposition“ — die mittlere Linie siegt mit Pauken und Trompeten, das Centrum hat das Vaterland wieder einmal gerettet. Der Minister — sagt gar nichts: „wenn wir nur erst zu Hause sind, dann wird sich schon alles finden!“ . . .

Der Reichstags-Präsident hatte zur Einweihung des neuen Präsidentsgebäudes für Mittwochabend Mitglieder des Bundesrats und die Vorstandsmitglieder des Reichstages eingeladen. Der Kaiser war mit Gefolge erschienen und unterließ sich besonders lange mit dem Grafen Kanig. Graf Ballestrem erschien in Kaiseruniform, der Reichsanwalt als blauer Husar, der Kaiser in Garde du Corps-Uniform. Die sozialdemokratischen Vorstandsmitglieder blieben fern. —

Die Entwicklung der ländlichen Fortbildungsschulen in Preußen.

Dem Landtage ist eine Denkschrift über die Entwicklung der ländlichen Fortbildungsschulen in Preußen zugegangen, die wertvolles Material zur Beurteilung preussischer Kulturzustände enthält. Das ländliche Fortbildungsschulwesen in Preußen hat früher dem Kultusministerium, später dem Handelsministerium unterstanden. Seit 1896 gehört es zum Ressort des Landwirtschaftsministers. Erst seit 1875 sind den ländlichen Fortbildungsschulen aus dem zur Förderung des Fortbildungsschulwesens ausgelegten Fonds Staatsunterstützungen zu Teil geworden, wenn die Gemeinden, Kreise oder Private nur teilweise oder gar nicht leistungsfähig waren. Dieser besondere Fonds für die Zwecke der ländlichen Fortbildungsschulen ist von 30 000 M. im Jahre 1895 auf 100 000 M. im Etatsjahr 1904 gestiegen. Im ganzen bestanden in Preußen im Jahre 1902 1421 Fortbildungsschulen ohne sachlichen Unterricht, die von 20 668 Schülern besucht wurden und einen Gesamtaufwand von 182 236 M. erforderten. Dazu kommen sechs Schulen mit versuchsweiser Ausgestaltung des sachlichen Unterrichts mit 80 Schülern und einem Kostenaufwand von 1165 M. Während sich die gewerblichen Fortbildungsschulen in neun Jahren um 41,5 Proz. die Zahl der Schüler um 63,3 Proz. vermehrt haben, ist bei den ländlichen Schulen in sieben Jahren eine Vermehrung der Zahl der Schüler um 62,4 Proz., der Zahl der Schüler um 55,2 Proz. eingetreten. In Bezug auf die Zahl der Schulen ist somit die Entwicklung bei den ländlichen Fortbildungsschulen in den letzten Jahren eine wesentlich günstigere gewesen als bei den gewerblichen, während in Bezug auf die Zahl der Schüler die Entwicklung ungefähr die gleiche gewesen ist. Im großen und ganzen herrscht auf dem Gebiete des ländlichen Fortbildungsschulwesens noch unsicheres Probieren, allfällige entstehen neue Schulen, aber es fehlt an dem nachhaltigen Interesse der beteiligten Bevölkerung und Gemeinden, um das Vestehen der Schulen zu sichern. Alljährlich gehen ältere Schulen ein, während Neugründungen an anderen Orten an ihre Stelle treten. Die augenblickliche wirtschaftliche Lage, der Ausfall der Ernte, das Ubalten momentaner finanzieller Schwierigkeiten der Gemeinden ist nach der Denkschrift entscheidend für das Vestehenbleiben oder Eingehen bereits vorhandener Schulen. Nur in wenigen Teilen Preußens hat sich ein dauernder Bestand an ländlichen Fortbildungsschulen bereits entwickelt, an welchen neu entstehende wie im einen festen Kern sich anschließen, so daß dort von einer Stetigkeit der Entwicklung gesprochen werden kann.

Auf die einzelnen Provinzen und Bezirke sind die ländlichen Fortbildungsschulen sehr ungleichmäßig verteilt. Während es in der Provinz Brandenburg überhaupt keine ländlichen Fortbildungsschulen, in Westpreußen, Pommern und Posen weniger als 50 gab, zählte man in den hohenzollernischen Landesteilen deren 53. Diese verhältnismäßig große Zahl ist erklärlich durch das Vestehen der obligatorischen Fortbildungsschulen in dem umgebenden Württemberg. Abgesehen von Hohenzollern ist in den Provinzen Hannover, Oestrich-Nassau und Rheinsland das ländliche Fortbildungsschulwesen am besten entwickelt.

Die meisten ländlichen Fortbildungsschulen sind Unternehmungen der politischen oder der Saugemeinden. Von den 1421 Schulen sind 841 durch Gemeinden errichtet, 49 durch Kreise, 42 durch landwirtschaftliche Vereine, 459 durch Private und auf andre Weise. Von dem Gesamtaufwand in Höhe von 182 236 M. trägt der Staat etwa die Hälfte, nämlich 91 522 M. In zahlreichen Fällen beträgt die Unterstützung an die Gemeinden zwei Drittel der Gesamtkosten und in den gemischtsprachlichen Bezirken trägt der Staat im „nationalen Interesse“ sogar die ganzen Kosten.

Wie die Denkschrift weiter hervorhebt, stehen der Entwicklung der Fortbildungsschulen auf dem Lande schwer überwindliche Hindernisse entgegen, die ländliche Bevölkerung sieht den Fortbildungsschulen vielfach interesse- und teilnahmslos gegenüber. Die Klein- und mittelbäuerliche Bevölkerung zeigt in den meisten Teilen Preußens noch einen völligen Mangel an Verständnis für diese Schulen. Hier giebt das nächstliegende, materielle Interesse den Ausschlag, und dies geht dahin, möglichst bald und vollständig die Arbeitskraft der heranwachsenden Söhne auszunutzen. Besonders wertvoll ist das Zugeständnis der Deut-

Schrift, daß dieses Streben der Bevölkerung in vielen Gegenden selbst die Anforderungen der allgemeinen Schulpflicht als drückend empfinden läßt und daß man die schulpflichtigen Kinder zu gewissen Jahreszeiten und zu bestimmten landwirtschaftlichen Arbeiten nicht entbehren zu können glaubt.

Es hätte in der Denkschrift allerdings hinzugefügt werden müssen, daß dieses Streben bei der konservativ-meritokratischen Mehrheit des Landtages eine nachhaltige Unterstützung findet und daß selbst der frühere Landwirtschaftsminister Herr v. Hammerstein diesen „völligen Mangel an Verständnis“ offen an den Tag gelegt hat. In den großbäuerlichen Kreisen mangelt das Interesse aus dem Grunde, weil für die eigenen heranwachsenden Söhne ein ländlicher Fortbildungsunterricht nicht für ausreichend, ein besonderer Fachunterricht vielmehr heute bereits in vielen Kreisen Preußens für unentbehrlich gehalten wird. Die großen Bauern sind es vielfach, die durch ihre Abneigung für Zwecke, die ihnen unmittelbar nicht zu gute kommen, Aufwendungen zu machen, das Zustandekommen von Fortbildungsschulen in den Landgemeinden verhindern. Nicht selten ist die Befürchtung, daß die jugendlichen Arbeiter durch den Besuch der Schule der Arbeit entzogen werden, ein Hindernis für das Entstehen solcher Schulen.

Dazu kommen örtliche Schwierigkeiten, Mangel an geeigneten Lehrkräften, die unzureichende Art des Unterrichts, der Mangel an Schulzwang und die finanzielle Leistungsunfähigkeit der Gemeinden. In der wichtigen Frage des Schulzwanges hat bis vor Jahresfrist weder die Regierung noch die landwirtschaftliche Verwaltung eine bestimmte Stellung eingenommen. Die landwirtschaftliche Verwaltung steht auf dem Standpunkte, daß eine Gemeinde nicht das Recht habe, ohne weiteres den Schulzwang einzuführen, sondern daß es dazu des Erlasses eines besonderen Gesetzes bedürfe. Augenblicklich ist dem Landtage bekanntlich ein Gesetzentwurf unterbreitet worden, der für die Provinz Hessen-Kassel die obligatorische ländliche Fortbildungsschule eingeführt wissen will. Die Regierung will die Erfahrungen, die auf Grund dieses Gesetzes gemacht werden, abwarten, bevor sie sich zu weiteren Schritten entschließt.

Staatsanwaltliche Auffassung von einer Rötigung. In der Steingutfabrik des Fürsten Hohenhausen-Bischard zu Schliebach im Kreise Hanau streiken seit fast vier Monaten 400 Arbeiter, weil ihnen die Fabrikleitung ihre Verbandsmitglie, die bereits seit 1869 besteht, mit aller Gewalt zu Grunde richten will. Die Arbeiter, welche sich der Sympathie der gesamten Bevölkerung dort in so hohem Maße erfreuen, daß die von auswärtig herbeigebrachten Arbeitswilligen in den benachbarten Erzküchen keine Wohnung finden können, haben sich bisher in jeder Bestechung musterhaft gefügt. Die Fabrikleitung freilich ist anderer Meinung. Sie hat gegen fünf streikende Arbeiter eine Anzeige wegen Rötigung und Beleidigung arbeitswilliger Arbeiter an die Behörde eingereicht. Und in der That hat sich dadurch die Staatsanwaltschaft veranlaßt gefühlt, gegen die demüthigten Arbeiter öffentliche Anklage zu erheben. Was aber war geschehen? Zwei Tage nach Ausbruch des Streiks unterzeichneten sich fünf streikende Arbeiter auf der Landstraße dicht vor ihrem Heimatdort. Da kamen an ihnen mehrere Arbeitswillige vorbei, die zur Seite traten, weil sie sich nicht der Gefahr eines Zusammenstoßes mit den Streikenden aussetzen wollten. Einer der Streikenden rief ihnen zu: „Nur Teufel, da gehen Arbeiter, die ihren Kollegen in den Rücken fallen.“ Derselbe Arbeiter hat zwei andern Arbeitswilligen, die später jene Stelle passierten, ebenfalls einige nicht gerade schmeichelhafte Worte zugerufen, die aber von den Arbeitswilligen noch viel herber beantwortet wurden. Die mündliche Verhandlung vor der Strafkammer in Hanau ergab selbst nach den Aussagen der Arbeitswilligen, daß vier von den fünf Angeklagten gar nichts weiter gethan hatten, als daß sie sich mit ihren Kollegen auf der Straße unterhielten; die Arbeitswilligen haben sie gar nicht beachtet; ja die als Zeugen vernommenen Arbeitswilligen erklärten auf eine ausdrückliche Frage des Staatsanwalts, daß sie sich auch gar nicht bedroht gefühlt hätten. Trotzdem erklärte der Staatsanwalt in dem Verhalten der Angeklagten eine — Rötigung. Denn, so führte der Herr aus, es sei sicher, daß die Streikenden sich nur deshalb an jener Stelle aufgehalten hätten, weil sie eine Schlägerei mit den Arbeitswilligen herbeiführen wollten; auch hätten ja die Streikenden diese Absicht insofern ausgeführt, als sie die Arbeitswilligen genötigt hätten, ihnen — auszuweichen. Dieses Verbrechen sollten die Streikenden nach dem Antrage des Staatsanwalts mit drei Wochen Gefängnis büßen. Das Gericht konnte sich zu einer solchen Rechtsauffassung denn doch nicht emporschieben, es sprach die Angeklagten von dieser Anklage frei, lehnte aber auch den Antrag der Verteidigung auf Erstattung der Verteidigungskosten ab, weil doch der Verdacht, daß die Streikenden etwas Böses gegen die Arbeitswilligen im Schilde geführt hätten, nicht ganz ausgeschlossen sei. — Wegen jener Beleidigungen wurde der erste Streikende zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Oberschlesisches. Am Dienstag sollte in Katowitz eine polnische Volksversammlung stattfinden, um das Gedächtnis der am 28. Januar 1886 in der Barzahner Citadelle von den Jovensbergern ermordeten Genossen Kumiak, Bardowski, Osiowski und Pietrusinski, Mitglieder der ersten polnischen sozialistischen Partei „Proletariat“ zu ehren. Die Abhaltung der Versammlung wurde auf Grund des § 10 des preussischen Landrechts verboten. Nun wurde für eine Stunde später eine Versammlung mit einem andern Thema angemeldet. Diese Versammlung wurde sofort nach vollzogener Bureauwahl aufgelöst. Die Versammelten gingen ruhig auseinander.

Schlusswort zur Diskussion mit Schippel. Schippel bleibt dabei, jede Antwort auf meine schwereren Anklagen zu verweigern. Er that es gestern mit dem durchschlagenden Grunde, ich hätte ihm zwei Jahre zu meiner Anklage Zeit gelassen; heute, nachdem ihm diese Ausrede genommen, beruft er sich darauf, ich sei ein Querulant. Wollte man ihm erwidern, daß eine ganze Reihe anderer Genossen die gleiche Anklage gegen ihn erhoben, dann würde er uns morgen seine Antwort vielleicht mit der Begründung verweigern, er habe einen feierlichen Schwur gethan, sich in den Monaten mit jeder Parteidiskussion zu enthalten.

Schippel muß bei den Parteigenossen ein unglaubliches Maß von Einfluß voraussetzen, wenn er meint, sie würden es nicht merken, daß seine Ausfälle nichts sind als das Eingeständnis der Unmöglichkeit, eine ausreichende und befriedigende Antwort auf meine Anklagen zu geben. Ihre Richtigkeit hat jetzt Schippel selbst durch sein angstvolles Schweigen anerkannt.

Eine Fortsetzung der Diskussion zwischen ihm und mir ist zwecklos geworden. Das Wort haben jetzt die Parteigenossen, vor allem die Fraktionskollegen. Ich will hier nur noch bemerken, daß ich selbstverständlich bereit bin, vor jeder Parteinstanz meine Anklagen näher zu begründen, wie ich dies zum Teil schon in den von mir citierten Artikeln gethan, die freilich nicht „welterstatternd“ waren. Darin hat Schippel ganz recht. Sie waren es schon deshalb nicht, weil sie sich nur mit ihm und seinen Anschauungen beschäftigten. Und ich denke, man kann mit Schippel fertig werden, ohne dabei die Welt merklich zu erschüttern.

A. Kautsky.

Husland.

Schweiz.

Die Volksabstimmung.

Zürich, 2. Februar. (Sig. Ver.) Die Stimmberechtigten des Kantons Zürich nahmen in der Volksabstimmung vom letzten Sonntag das Gesetz betreffend die Vereinigung von Schulgemeinden mit 39 069 gegen 22 405 Stimmen an und verworfen die Vordellinitiative mit 49 508 gegen 18 010 Stimmen und zwar in sämtlichen elf Bezirken. Interessant ist, daß in der Stadt Zürich der erste Kreis, das Quartier des Joliden und moralischen Bürgerthums und ferner der dritte Kreis, das große Arbeiterquartier, Auserjäß, für die

Vordellinitiative Mehrheiten aufgebracht haben. Man darf darin wohl den Ausdruck einer Strömung für die Zulassung der Prostitution, wenn auch nicht für die Vordellinitiative erblicken. In den letzten Tagen vor der Volksabstimmung mehrten sich in der Presse bürgerliche und proletarische Frauenstimmen, welche zur Verwerfung der Vordellinitiative aufriefen.

Aus Industrie und Handel.

Allgemeine Electricitäts-Gesellschaft, Berlin. In ihrem Bestreben, ihre Interessensphäre weiter auszudehnen, hat die Allgemeine Electricitäts-Gesellschaft heute beschloffen, sich durch Uebernahme von 4 1/2 Millionen Aktien an der schweizerischen Allgemeinen Electricität-Gesellschaft Brown Boverie u. Co. zu beteiligen. Offiziell wird darüber gemeldet:

„In der heutigen Aufsichtsratsitzung legte Herr Generaldirektor Rathenau ein mit Großaktionären der Firma Brown Boverie u. Co. A.-G. in Baden (Schweiz) getroffenes Abkommen vor, nach welchem diese der A. E. G. nominell 4 1/2 Millionen Aktien ihrer Aktien überläßt im Umtausch gegen neu auszugebende 3 1/2 Millionen Aktien A. E. G.-Aktien und zwar im Verhältnis von 9 zu 7. Weiter nahm die Versammlung von der Uebernahme der Aktien der Oesterr. Union Electricitätsgesellschaft aus Wiener Besitz Kenntnis. Der Erwerb erfolgt zu dem Zweck, das Unternehmen zu rekonstruieren und mit den in Oestreich bestehenden Organisationen der A. E. G. zu vereinigen. Da Anträge der Verwaltung auf weitere Erhöhung des Aktienkapitals um 3 1/2 Millionen Aktien in der auf den 18. d. M. einberufenen Generalversammlung fristgemäß nicht mehr gestellt werden können, so muß diese auf Sonnabend, den 27. d. M., verschoben werden.“

Die Firma Brown Boverie u. Co., die im Jahre 1896 mit einem Kapital von 12 1/2 Millionen Frank begründet worden ist, betreibt als Spezialität den Bau von Dampfmaschinen nach dem System Boverie-Parsons. Uebrigens handelt es sich bei dem Aktien-erwerb nicht nur um eine Einflußgewinnung auf das Schweizer Unternehmen. Die Schweizer Gesellschaft hat 1900 in Mannheim eine Tochtergesellschaft gegründet, die Brown Boverie u. Co. in Mannheim-Käfertal, und diese wieder ist an der Berliner „Turbina“, Deutsche Parsons-Marine-Aktiengesellschaft, beteiligt.

Deutschlands Eisenhandels. In der vorgezogenen Nummer des „Vorderrats“ wurde an der Hand der Außenhandels-Statistik die Entwicklungsrichtung geschildert, die seit dem Einbruch der letzten Wirtschaftskrise der deutsche Eisenexport eingeschlagen hat. Eine interessante Ergänzung zu den dortigen Ausführungen liefert die Zusammenfassung der Auslandsmärkte, nach welchen Deutschland seit 1900 vorzugsweise sein Eisen (mit Einschluß der Eisen- und Stahlwaren) ausgeführt hat. Es betrug die Ausfuhr in Tonnen nach den folgenden 20 wichtigsten Abzähländern:

	1903	1902	1901	1900
England	836 072	807 000	464 306	141 830
Belgien	453 191	402 043	305 187	170 285
Niederlande	304 885	412 045	269 732	175 106
Brasilien	295 471	312 547	15 277	9 038
Schwiz	188 472	187 375	139 946	178 948
Italien	125 723	134 096	111 107	68 109
Brit.-Indien	97 407	77 809	97 886	29 964
Argentinien	90 000	54 685	60 030	37 376
Dänemark	84 328	77 611	59 143	50 461
Frankreich	76 370	77 077	84 525	105 147
Rußland	72 403	84 790	106 749	116 672
Brit.-Nordamerika	69 418	65 261	30 003	2 812
Schweden	66 580	42 707	42 042	30 574
Japan	64 971	50 247	50 526	26 538
Oestreich-Ungarn	53 633	52 709	75 441	68 075
Australien	52 801	30 608	51 582	41 482
Niederland.-Indien	30 017	31 996	42 109	37 561
Brasilien	29 000	20 842	13 041	15 386
Rumänien	27 588	31 222	21 073	11 006
Kontingen	27 490	20 423	26 441	14 802

Am wichtigsten und zugleich interessantesten ist die Gestaltung des deutschen Eisenhandels mit Großbritannien. Während in den Jahren vor der Krise Deutschland weit mehr Eisen und Eisenwaren von England bezog als dorthin liefert, ist seit 1900 England mehr und mehr zum Hauptabnehmer des deutschen Eisenhandels geworden und hat im letzten Jahre beinahe ein Viertel des gesamten deutschen Exports aufgenommen. Was fertige und feine Eisenwaren, besonders Draht, Drahtstifte, Schienen, feine und grobe Gußwaren anbelangt, übertrifft allerdings schon seit langem die deutsche Ausfuhr nach Großbritannien die Einfuhr von dort; wohl aber erhielt Deutschland zu seiner eignen Roheisenproduktion einen beträchtlichen Zuschuß von England, in 1900 zum Beispiel 529 770 Tonnen. Dieses Verhältnis hat sich jedoch seitdem völlig verändert. Die Ausfuhr von Roheisen, besonders aber von Rohstahl nach England hat darauf zugenommen, daß in diesen beiden Artikeln im letzten Jahr die deutsche Eisenindustrie zum Hauptlieferanten John Bull's geworden ist — trotz der Depression, die seit einigen Monaten den englischen Eisenmarkt beherstet. Dagegen macht sich bei der Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten von Amerika bereits die dort eingetretene Krise empfindlich bemerkbar. Während in der ersten Hälfte des Jahres 1903 die Ausfuhr dorthin sich derart steigerte, daß mit Sicherheit auf eine beträchtliche Ueberholung des vorjährigen Abfahrs gerechnet werden konnte, ermäßigte sich in den letzten Monaten der deutsche Export nach der Union in einem Maße, daß schließlich die Gesamtziffer um ca. 17 000 Tonnen hinter der des Jahres 1902 zurückblieb.

Zur Vereinigung der Rheinischen Wechsel- und Kommissionsbank mit der Rheinischen Discontogesellschaft. In der am Mittwoch in Köln abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung der Rheinischen Wechselbank genehmigten die erschienenen Aktionäre — vertreten waren 2 27 Millionen Mark des Aktienkapitals — einstimmig die Anträge der Verwaltung, nach denen eine Vereinigung der Wechselbank mit der Rheinischen Discontogesellschaft stattfindet. Es wurde mitgeteilt, daß die Rheinische Discontogesellschaft die bisherigen Beamten der Wechselbank übernimmt, die beiden Direktoren der Wechselbank aber sich in Privatsachen zurückziehen. Der bisherige Vorsitzende des Aufsichtsrats der Wechselbank, Justizrat Dr. Voelckel, tritt in den Aufsichtsrat der Rheinischen Discontogesellschaft ein.

Zu gleicher Zeit genehmigte auch die in Nachen stattfindende Generalversammlung der Rheinischen Discontogesellschaft die Vereinigung beider Institute.

Ein fetter Praktik. Die Nähfabrik Göppingen erzielte im letzten Geschäftsjahre einen Reingewinn von 651 792 M. und verteilt 25 Proz. Dividende. Und die Arbeiter?

Ernte-Ertrag Desterreichs im 1903. Das österr. Ministerium hat kürzlich eine vorläufige Zusammenstellung der Ernte-Ergebnisse der wichtigsten Kornfrüchte im Jahre 1903 veröffentlicht. Von der gesamten Ackerbaufläche Desterreichs von 10 024 892 Hektar entfielen auf den Anbau von Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und Mais 6 254 084 Hektar gegen 6 270 034 Hektar im Jahre 1902 und 6 289 096 Hektar im Jahre 1901. Die Weizenernte betrug im Jahre 1903 12 1/2 Millionen Doppelcentner gegen 13 1/2 Millionen Doppelcentner im Jahre 1902 und 12 Millionen Doppelcentner im Jahre 1901. Die Roggenernte ergab im verfloffenen Jahre 20 1/2 Millionen Doppelcentner gegen 20 1/2 Millionen Doppelcentner im 1902 und 19 1/2 Millionen Doppelcentner im 1901; die Gerstenernte betrug 1903 16 1/2 Millionen Doppelcentner, das ist ebenso viel wie in 1902, während sie 1901 14 1/2 Millionen Doppelcentner betragen hatte; der Ertrag an Hafer bezifferte sich 1903 auf 18 1/2 Millionen Doppelcentner gegen 18 1/2 Millionen 1902 und 17 1/2 Millionen 1901.

Den Durchschnitt der Jahre 1893 bis 1902 übertraf die 1903er Ernte von Weizen um 0 1/2 Millionen Doppelcentner, von Roggen um 1 1/2 Millionen, von Gerste um 2 1/2 Millionen und von Hafer um 1 1/4 Millionen.

Kommunales.

Stadtverordnetenversammlung.

5. Sitzung vom Donnerstag, den 4. Februar 1904, nachmittags 4 Uhr.

Vorsieher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 1/6 Uhr. Die Festlegung von Buchlinien für die Verlängerung der Straße „An der Apostelkirche“ und der Erwerb einer vor dem Grundstück der Firma Fort, Reichmar u. Co., Holzmarktstraße 1 belegenen Fläche von 4 1/2 Quadratmeter für 5000 Mark zum Zweck der Bürgerfest-Verbreiterung vor diesem Grundstück werden genehmigt.

Die Eingemündung des Gutsbezirks-Anteils Plohnsee nach Berlin hat die große Mehrheit des niedergesetzten Ausschusses gutgeheißen. Es soll aber daran die Bedingung geknüpft werden, daß 1. der Fiskus im Falle eines Neubaus der Brücke über den Schiffahrtskanal im Zuge der Seefstraße wie bei Gelegenheit der letzten Brückenbauten im Zuge der Lortzstraße und der Fennstraße einen angemessenen Zuschuß zahlt, 2. das Straßenland aller in dem einzuverleibenden Gelände zur Zeit oder zukünftig für den Verkehr bestimmten Straßen an die Stadt Berlin unentgeltlich abgetreten wird.

Gleichzeitig wird empfohlen, den Magistrat zu ersuchen, zwecks Eingemeindung des gesamten Terrains vom Schiffahrtskanals ab östlich bis zum Tegeler See einschließlich des letzteren und der darin liegenden Inseln sowie des nördlichen Ufergeländes des Tegeler Sees mit den zuständigen Instanzen alsbald in Verhandlung zu treten.

Die Ausfuhranträge gelangen ohne Debatte zur Annahme. Für das Rechnungsjahr 1904 hat sich ein Bedarf von zehn neuen Sprengwagen und neun neuen Schraffeln für die Reinigung der Straßenreinigung herausgestellt. Die Kosten im Gesamtbetrag von 15 144 M. sollen schon jetzt bewilligt werden, damit die Wagen und Maschinen am 1. April auf jeden Fall arbeitsbereit sind.

Die Versammlung entspricht dem Vorschlag des Magistrats ohne Debatte.

Dem Magistratsantrage entsprechend empfiehlt der betreffende Ausschuss, den Betrieb der Bedürfnisanstalten, welche von den Unternehmen Proj und v. Aphen errichtet sind und am 1. April er. von der Stadt zu übernehmen wären, denselben noch für weitere zwei Jahre zu überlassen. Die von diesen angebotene Erhöhung der Abgabe von 10 auf 15 Proz. der Brutto-Einnahme soll acceptiert werden.

Referent Stadtv. Raß betont abermals, daß die Stadtverwaltung noch weitere Erfahrungen sammeln müsse, da die 20 Anstalten, die die Stadt angelegt habe, meistens in öffentlichen Parks lägen und demnach den Charakter von Bedürfnisanstalten im eigentlichen Sinne nicht trügen.

Stadtv. Jubel (Soz.): Wir sehen noch wie vor auf dem Standpunkte, daß es jetzt Zeit ist, daß die Stadt den Betrieb der Bedürfnisanstalten in eigene Regie übernimmt. 1901 haben wir beschloffen, daß zum 1. April dieses Jahres diese Uebernahme eintreten sollte. Umsonst mußten wir aber abwarten, daß der Magistrat noch zwei Jahre weiter damit warten will. Daß die gesammelten Erfahrungen noch nicht ausreichend seien, können wir nicht begreifen. Worin sollen denn diese Erfahrungen bestehen? Heute sind doch schon 20 Anstalten städtisch. Wenn auch ein Teil davon im Winter nicht benutzbar ist, weil sie in öffentlichen Parks liegen, so sind doch alle von Frühjahr bis Spätherbst im Betriebe, und da könnten genügende Erfahrungen gesammelt sein. Die besten Plätze Berlins sind besetzt durch die Anstalten der Unternehmer. Die beiden Anstalten in Koblitz und auf dem Gartenplatz, mit denen die Stadt Erfahrungen sammeln kann, werden auch in den nächsten Jahren nicht um andre vernebelt werden, und so werden wir mit den Erfahrungen nach zwei Jahren nicht einen Schritt weiter gekommen sein. Die Anstalten in den öffentlichen Parks, die in erster Linie für Frauen und Kinder eingerichtet sind, unterscheiden sich betreffs der Reinlichkeit außerordentlich von den freizeiligen der Privatunternehmen. Solche Unreinlichkeiten wie in den letzteren sind in den städtischen Anstalten nicht vorhanden. Die Herren, die das bestreiten, sollten doch bloß einmal die Probe aufs Exempel machen und ihre Frauen veranlassen, sich nicht zu geieren und diese freizeiligen zu benutzen. Abwechselnd sind diese freizeiligen übrigens geschlossen. Auf dem Spittelmarkt war die freizeilige mittags um 1 Uhr geschlossen und nachmittags um 4 Uhr immer noch geschlossen; die Wartein erklärte, seinen Schlüssel zu haben. Außerdem sind sie sehr oft wegen Reparaturen geschlossen, und wer dann sein Bedürfnis befriedigen will, muß den Duhus von 5 Pf. opfern und zur Mehrung des Unternehmerprofits beitragen. Die Unternehmer werden natürlich keine großen Freunde der freizeiligen sein. Daß ihr Unternehmen sich lohnt, ergibt sich daraus, daß ziemlich jede Anstalt im Durchschnitt jährlich 3000 M. Einnahme hat, und 50 solche Anstalten haben die beiden Unternehmer, also Brutto-Einnahme 150 000 M. Selbst die Hälfte für Ausgaben und Löhne gerechnet, bleibt ein Reingewinn von ca. 70—75 000 M. Da lohnt es sich wohl, alles daran zu setzen, den Vertrag noch weiter verlängert zu erhalten. Dabei befand sich ein Teil der Anstalten noch im vorigen Jahre in miserablen Zustände, und erst durch energische Intervention der Stadt konnten die Unternehmer bewogen werden, hier und da reparieren zu lassen und den Anstalten einen etwas freundlicheren Anstrich zu geben. Je länger die Anstalten im Besitz der Privatunternehmer bleiben, desto mehr wird Berlin später an Kosten für Instandhaltung aufzuwenden haben. Ein Geschäft soll mit den Anstalten nicht gemacht, der Gewinn vielmehr zur besseren Ausstattung und zur Vermehrung der freizeiligen verwendet werden. In diesem Sinne bitten wir Sie, die Magistratsvorlage abzulehnen und nach dem Beschlusse von 1901 zu verfahren.

Eine weitere Debatte entfiel nicht. Der Berichterstatter verfuhr die tatsächlichen Angaben Jubels zu widerlegen. Die Magistratsvorlage wird darauf gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Mitglieder angenommen.

Der Stadtv. Walsch hat beantragt, den Magistrat zu ersuchen, wegen Einverleibung der Südseite der Straße Hasenheide und ebent. des Tempelhofer Feldes mit den zuständigen Behörden zu verhandeln und der Versammlung schleunigst eine Vorlage darüber zu machen.

Der Antragsteller (A. L.) bezeichnet seinen Antrag als eine Folge der Debatte von vor acht Tagen. Erst jetzt habe er sich von der niederflammernden Antwort des Magistrats erholt, daß die Stadt nach Ansicht des Magistrats kein Interesse an der Eingemeindung habe. Das sei doch etwas stark nach der zweimaligen Beschlußfassung der Versammlung. Wenn die Versammlung drei Jahre gutnützig auf eine Antwort des Magistrats wartete, so gebe das letzterem nicht eine Spur von Recht zu der Debatte, daß die Versammlung kein Interesse zur Sache habe. Die Frage des Tempelhofer Feldes hätte auch nicht ein abschließendes Moment bilden dürfen; werde doch heute auch Wöhensee mit seinen Kirchhöfen und Eichenwäldern eingemeindet. Der Antrag verlange authentische Antwort auf die Frage: Was kostet die Sache? Es sei doch selbstam, daß die Stadt die Unterhaltungspflicht der Straße habe, während die Anwohner nach Tempelhof steuerien.

Stadtv. Bohm: Der Korredner sieht die Sache doch durch eine gefärbte Brille an; wir haben wenigstens aus den Verhandlungen der Versammlung einen ganz anderen Eindruck erhalten. Die Sache kostete mindestens 1/2 Millionen, während die Versammlung uns nicht geneigt schien, überhaupt Aufwendungen dafür zu machen.

Stadtv. Kreßling (A. L.): Der Magistrat hätte allerdings die Einverleibungsfrage weislicher behandeln müssen; die früheren Unterlassungslünden rächen sich jetzt bitter.

Stadtv. Borgmann (Soz.): Ich bedauere, daß wir die stenographischen Berichte der Versammlung so spät erhalten; wir haben den Bericht von der vorigen Versammlung noch nicht und können die Ausführungen des Stadtrats zur Sache nicht nachprüfen. Ich bitte, uns die Berichte wie früher am Mittwoch zugehen zu lassen. Der Stadtrat hat voriges Mal Zahlen aufgeführt, die nicht sichhaltig

erscheinen, er sprach u. a. von 49 000 M. Steuern, wodurch Berlin mit 900 000 M. belastet werden würde; aber daneben kommen doch auch andre Faktoren in Betracht. Die Meinung der Versammlung in solchen Fragen ist oft nicht deutlich genug zum Ausdruck gebracht worden. Bei der Verlängerung der Konzession der Straßenbahn bis 1949 hieß es, ja, der Minister habe ja gar keine Ahnung gehabt, daß die Stadt die Übernahme beabsichtige. Hier scheint mir die Sache genau so zu liegen. Allgemein hat jetzt in der Bürgererschaft die Meinung Platz gegriffen, daß unbedingt die Vororte eingemeindet werden müssen. Deshalb müssen wir den Antrag Wallach annehmen. (Beifall.)

Vorleser Dr. Langerhans: Die Verspätung in der Ausgabe der Berichte hat den Grund, daß sich zahlreiche Stadtverordnete und Stadträte ihre Stenogramme zuhause lassen, und das verzögert die Ausgabe. Sollen Sie, daß ich das nicht mehr gestatte (Lebhafte Zustimmung), so wird dieser Grund fortfallen.

Stadt. Cassel (A. L.): Die Behandlung dieser Frage durch den Magistrat dürfte in der Besichtigung von Behörden, die in Wechselbeziehungen stehen, einzig dastehen. Es ist mir unfassbar, wie der Stadtrat vom dem Kollegen Wallach sagen kann, er sehe die Sache durch eine gefärbte Brille an. Wir lassen hier doch keine überzogenen Beschlüsse. Wozu dann unsere Beratungen? Dann könnte man ja alle Dinge vertraulich abmachen. Das ist keine Art, mit uns zu verhandeln, und liegt auch nicht im Interesse der Stadt. Die Verantwortung dafür, daß eventuell nichts beim Antrag Wallach herauskommt, liegt lediglich beim Magistrat, der unsere Beschlüsse nicht ernst nehmen zu sollen geglaubt hat. (Lebhafte Beifall.)

Stadt. Dr. Preuß (wid): unterstützt auch mit Rücksicht auf die Eingemeindungsfrage an sich die Annahme des Antrags Wallach, damit die Versammlung in jeder Grenzveränderungsfrage genaue Unterlagen erhalte.

Stadt. Dr. Langerhans pflichtet diesen Ausführungen bei. Daß man jetzt das Stadthaus einfach von Berlin lohreichen wolle, sei sehr bedauerlich. Der Magistrat habe hier nicht die notwendige Energie entwickelt.

Der Antrag Wallach wird darauf fast einstimmig angenommen.

Der spezielle Entwurf zum Neubau eines Desinfektions- und Verbrennungshauses beim Virchow-Krankenhaus findet die Genehmigung der Versammlung.

Die Volksbadeanstalt in der Gerichtstraße.

Nachdem die von der Versammlung verlangten genaueren Ermittlungen über die Frage der Wasserlieferung und -beschaffung für die in der Gerichtstraße projektierte Volksbadeanstalt angefertigt sind, beantragt der Magistrat, nummehr den Vorentwurf zu dieser Anlage zu genehmigen.

Stadt. Dinske (A. L.) beantragt, die Vorlage dem für die Angelegenheit noch bestehenden Ausschuss zu übergeben; Zeit werde damit nicht verloren.

Stadt. Borgmann (Soz.): Wie es kommt, daß dieser Ausschuss noch am Leben ist, weiß ich nicht. Es stand doch überhaupt nur noch die Frage der Beschaffung des Wassers aus. Was soll jetzt noch der Ausschuss, nachdem uns nachgewiesen ist, daß wir genügendes und brauchbares Wasser erhalten können? Nehmen Sie daher einfach die Vorlage an!

Stadt. Cassel bittet den Kollegen Dinske, seinen Antrag zurückzugeben. Die alte Linie werde jetzt in überwiegender Mehrheit für den Bau stimmen, halte aber ihre Bedenken gegen die enormen Kosten aufrecht und stimme ohne jedes Präjudiz für die Zukunft für die Vorlage. Man müsse neben den städtischen Rücksichten auch die Finanzlage der Stadt im Auge behalten.

Stadt. Dinske zieht seinen Antrag zurück.

Stadt. Rommisen (Fr. Fr.) schlägt sich dem Vorbehalt Cassels wegen der enormen Kosten an und redet der Bauverwaltung energisch ins Gewissen.

Stadt. Cassel bittet den Kollegen Dinske, seinen Antrag zurückzugeben. Die alte Linie werde jetzt in überwiegender Mehrheit für den Bau stimmen, halte aber ihre Bedenken gegen die enormen Kosten aufrecht und stimme ohne jedes Präjudiz für die Zukunft für die Vorlage. Man müsse neben den städtischen Rücksichten auch die Finanzlage der Stadt im Auge behalten.

Stadt. Rommisen (Fr. Fr.) schlägt sich dem Vorbehalt Cassels wegen der enormen Kosten an und redet der Bauverwaltung energisch ins Gewissen.

Stadt. Borgmann: Auch ich habe den Wunsch, billig zu bauen. (Große Bewegung und Heiterkeit.) Es handelt sich hier um Gebäude, in denen täglich Tausende von Wädern genommen werden sollen. Die Anforderungen für die Ausführung sind in allen wesentlichen Punkten von der Baudeputation gegeben worden. Die Kosten haben sich erhöht, weil die Anstalt später in größerem Umfang projektiert worden ist.

Stadt. Borgmann protestiert gegen die Art, in der Herr Rommisen seinen Vorbehalt Ausdruck gegeben habe. Die in Rede stehende Anstalt sei weder opulent gebaut, noch sei sonst daran Verschwendung getrieben worden. Der Baurat habe lediglich nach den Erfahrungen und Anweisungen der Baudeputation gearbeitet. In architektonischer Beziehung seien uns andre städtische Bade-Anstalten nicht bloß die Münchener, über.

Stadt. Rommisen: Ich habe nur verlangt, daß die Bauverwaltung in Zukunft nach einem andern billigeren Schema überhaupt und speziell auch bei der Befriedigung des Badebedürfnisses arbeitet; es muß durchaus nach einem solchen Schema und Programm gesucht werden.

Stadt. Borgmann: Die Behauptung, daß die Berliner Hochbauverwaltung ungewöhnlich teuer baut, ist neuerdings sehr oft erhoben worden. Ich habe bisher darauf geschwiegen. Eine inzwischen erschienene Zusammenstellung über die kommunalen Bauten in 25 Städten ergibt für Berlin ein sehr günstiges Resultat, obwohl hier die Arbeitslöhne sehr hoch stehen. Mit diesen Zahlen (die Redner verliest) kann ich endlich dieser Behauptung entgegen treten. Schulen mit weniger hohen Dächern als die unsrigen werden heute nirgends mehr gebaut.

Stadt. Cassel bleibt trotz alledem bei seinen Warnungen und Beforgnissen und schließt sich Rommisen durchaus an. Man wolle keineswegs jeden künstlerischen Gedanken aus der Veranschaulichung verschwinden lassen, es müsse aber energisch darauf hingearbeitet werden, zu verhindern, daß die Kosten so enorm anschwellen. Herr Borgmann und seine Freunde hätten ein besonderes Interesse daran, denn durch diese hohen Aufwendungen für Bauten werde die Erfüllung mancher kommunalen Aufgabe hintertrieben, die jene für besonders gödlich hielten. (Beifall.)

Stadt. Borgmann: Diese Allgemeinheften entbehren jeder Beweisraft. Berlin sieht in Bezug auf städtische Bauten noch keineswegs durchwegs an der Spitze der deutschen Städte, die neuen Gemeindeforschauarbeiten in Dresden z. B. präsentieren sich weit gehaltiger als die unsrigen. Der Vlankenstein-Stil (Stürmische Juriste; Korrespondenz) mußte doch endlich einmal durch etwas Besseres ersetzt werden. Wir freuen uns, daß wir in dem Stadtbaurat Hoffmann den Mann bekommen haben, der neue Bahnen einschlug. (Beifall.)

Stadt. Borgmann bestreitet, daß bei den Schulbauten ein übermäßiger künstlerischer Aufwand getrieben werde. Hier spreche die Schuldeputation das entscheidende Wort. Uebrigens besteht zwischen Kunst und Aufwand ein großer Unterschied.

Stadt. Cassel kann sich noch immer nicht beruhigen. Die von Borgmann ihm zugegebene Beweisraft lehnt er ab. Der Stadtbaurat äußere sich ja ganz entgegenkommend; dann folgten aber aus der Mitte der Versammlung die großen Lobreden auf Herrn Hoffmann, die den Eindruck jener Reueerungen gänzlich verwischten. Zuletzt tritt Redner wiederum als Ehrenreiter des Baurats Vlankenstein in die Schranken, der durch seine sparsame Bauart sich den Dank der Stadt verdient habe.

Unter wachsendem Lärm der Versammlung versucht Stadt. Hylitz (A. L.) das Ständeregister des Stadtbaurats noch um einige Kapitel zu vergrößern, indem er namentlich auf die Verschleppung zahlreicher städtischer Bauten, so des neuen Rathhauses hinweist. Die Einzelheiten gehen größtenteils in der Regierung der Versammlung unter.

Stadt. Borgmann giebt eine Statistik der Rathhausbauten anderer Städte, um diese Vorwürfe, die er ebenfalls erwartet hat, zu entkräften.

Damit schließt die Debatte, nachdem Stadt. Rommisen sich vorbehalten hat, auf die allgemeine Baudebatte bei der Stadtberatung zurückzukommen.

Stadt. Borgmann (persönlich) weist die Unterstellung des Stadth. Hylitz, als ob die Sozialdemokraten alle Hochbauvorlagen kritiklos annehmen, als unbegründet zurück.

Darauf wird der Vorentwurf fast einstimmig genehmigt.

Der Vorentwurf zum Neubau einer Anstalt für Hospitanten in Buch wird nach längerer Debatte, in welcher u. a. Stadt. Hylitz (Fr. Fr.) bei aller Anerkennung der Ausarbeitung des Entwurfs doch der Meinung Ausdruck giebt, daß sich derselbe Zweck auch mit einem Aufwand von 5 bis 6 Millionen (die Vorlage sieht über acht Millionen vor) erreichen lasse, da der Entwurf z. B. für ein Wärtnerhaus allein 77 000 M. auswerfe, einen Ausschuss überweisen.

Die Beratung des Etats des Gesinde-Bezahlung- und Unterstützungsfonds wird auf Antrag Ullstein bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Schluß 1/9 Uhr.

Gewerkchaftliches.

Deutsches Reich.

Achtung! Organisierte Arbeiter allerorts!

Noch immer sind in Crimmitschau 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt. Die Unternehmer versuchen trotzdem noch fremde Arbeitswillige heranzuziehen. Arbeiter allerorts: **Reidet Crimmitschau!**

Zur Bewegung der Schneider. Die Eiberfelder Konfektionäre gehen entschlossen ihren Weg. Nachdem von den Arbeitern unternommene Versuch einer Einigung mit den Konfektionären vor dem Gewerbegericht an der ablehnenden Haltung der letzteren gescheitert ist, glauben die Konfektionäre weitere friedliche Mittel zur Anwendung bringen zu müssen. Deshalb haben im Laufe der letzten Tage Verhandlungen bei verschiedenen Firmen der Engrosbranche stattgefunden. Geschlossen traten die Arbeiter an, um in Gemeinschaft mit der Lohnkommission den Firmeneinhabern auf die Kude zu rücken und die Stellung der Konfektionäre persönlich kennen zu lernen. Durch diesen Aufmarsch der fast vollständig vertretenen Arbeiter erhielt die Hofauer- und Brauenerstraße zeitweise ein nicht nur recht lebhaftes Gepräge, sondern auch den Konfektionären dürfte nun eine Ahnung davon aufgestiegen sein, daß die Arbeiter in ihrer überzähligen Mehrzahl hinter der Bewegung stehen. Wie nicht anders zu erwarten war, verhielten sich auch bei diesen Verhandlungen die Konfektionäre in ihrer Mehrzahl den Forderungen der Arbeiter gegenüber ungehörig bis an die Ohren. — In Weimar traten die Aussperrten mit den Arbeitswilligen in einen Briefwechsel, sie vielleicht auf diesem Wege zur Niederlegung der Arbeit zu veranlassen. Auf ihre höfliche Anfrage erhielten sie eine höhnisch abweisende Antwort.

Arbeitswilligensklub-Programm in Dresden für nächste Woche.

Strafkammer: Verhandlung gegen die Maurer Wartsch und Franz in der Berufungsinstanz. Das Schöffengericht hatte dieselben freigesprochen.

Schöffengericht: Verhandlung gegen die Maurer Langfeld, Göhlich und Pfeiffer.

Alle Angeklagte sind beschuldigt des Vergehens gegen den § 154 der Gewerbe-Ordnung.

In einer Reihe schwebender Sachen ist Termin noch nicht angesetzt.

Ueber den Bergarbeiter-Ausstand auf Zeche Oberhausen berichtet uns aus Oberhausen eine Privatdepesche: Die Belegschaft der Zeche Oberhausen ist nur in zwei Schichten ausständig. Man zählt jetzt 500—600 Ausständige und der Ausstand droht an Ausdehnung noch zu gewinnen. Die Direktion verhält sich nach wie vor ablehnend. Am Freitag findet eine Unterhandlung der Arbeiterkommission mit dem Oberbergamt Dortmund statt. — Eine Streikversammlung, in der Genosse Hub referierte, verlief sehr ruhig.

Der christliche und der sogenannte freie Deutsche Bergarbeiter-Verband erklärten sich solidarisch!

Ausland.

Einen erfolgreichen Streit haben die Cigarettenarbeiter und Arbeiterinnen in Zürich in der Fabrik von Gerber u. Cie. durchgeführt. Die Gewerkschaft hatte in einer schriftlichen Eingabe an die Fabrikleitung die Abstellung verschiedener Mängel sowie die Entlassung des Vorarbeiters verlangt. Die Antwort bestand in der Mahnung, daß die Gewerkschaftspräsidenten, woraus sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit einstellten. Nach etwa achtstägigem Streik hat die Firma alle Forderungen bewilligt, die Wahrgelassung zugesprochen und schriftlich erklärt, daß innerhalb der nächsten drei Monate keiner der am Streik beteiligt gewesen Arbeiter entlassen werden darf.

Die Differenzen in der Diamantindustrie. Am 8. Februar. (Fig. Bel.) Die Situation in der Diamantindustrie hat sich bis jetzt noch nicht geklärt. Einseindem jedoch wollen die Juweliere die Gegenwärtigen der Diamantarbeiter nicht annehmen. Montagabend nämlich fand eine Versammlung der Antwerpener Juweliere statt, wobei auch der Antwerpener Juwelier-Verein vertreten war und wo, in Übereinstimmung mit letzterem, die Vorschläge der Antwerpener Diamantarbeiter abgewiesen wurden. Die dortigen Juweliere stellten ein Ultimatum und verlangten bis zum 5. März Annahme ihrer Forderungen, also 300 Beleglinge; sie weigern sich jedoch, den Kennzeichen einzuführen. Zwar soll Uneinigkeit unter den Antwerpener Juwelieren und überdies zwischen diesen und den Fabrikbesitzern entstanden sein, welche in der erwähnten Versammlung derselben selbst zu Thätlichkeiten führten. Ein Juwelier wurde so von den Häuten seiner Freunde bearbeitet, daß er bettlägerig ist. — Bei dem engen Zusammenhange zwischen den Antwerpener und Amsterdamer Arbeitgebern ist dennoch auch hier eine Weigerung gegenüber der auch von der öffentlichen Meinung als gerechtfertigt angesehenen Vorschläge des „A. R. D.“ wohl zu erwarten. Heute sollte, wie verlautet, eine Versammlung der hiesigen Juweliere die schwebende Frage behandeln. Dieselbe ist jedoch verlagert, da der Schriftführer des „A. R. D.“ vom Ministerpräsidenten Dr. Kuiper nach dem Haag berufen wurde, um ihn über die Lage zu unterrichten. In demselben Zweck waren bereits letzten Mittwoch der Vorsitzende des „A. R. D.“, Genosse Henri Polak, und der Vorsitzende der Unterabteilung von Diamantarbeitern des christlichen Vereins Patrimonium zur Audienz beim Minister.

Falls es keine Kriegsluft ist, scheint der Zwist unter den Juwelieren Befähigung zu finden durch den Umstand, daß ein Teil der hiesigen Arbeitgeber wiederum rohen Diamant an die Arbeiter ausgeteilt hat zur Verarbeitung, und zwar nachdem solcher in letzter Zeit nicht gegeben war. Unter diesen Arbeitgebern befindet sich der Sekretär des Amsterdamer Juweliervereins, die Seele des letzteren, und auch einer der größten Arbeitgeber. Ueberdies machten dieselben während der letzten Tage große Anläufe von rohem Diamant zu London.

Wie vor einigen Tagen bereits mitgeteilt wurde, hat Partels, Vorstandmitglied des Antwerpener Diamantarbeiter-Bundes, die Strafe von drei Monaten, wozu er vor einigen Jahren verurteilt wurde, antreten müssen. Um dieser Verbannung der Führer der Organisation seitens der belgischen Regierung mitten im Kampfe zu entgehen, hat das andre Vorstandmitglied Jef Groefer, der seiner Zeit ebenfalls bedingungsweise verurteilt wurde, sich nach Rosenbaal, auf holländischen Boden, begeben. Er hofft von hier aus wenigstens noch einigermaßen seinen Antwerpener Kameraden zur Seite stehen zu können, falls es in der That zum Kampfe kommt.

Verfammlungen.

Paul Singer über die Kaufmannsgerichte.

In einer sehr stark besuchten, vom Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen einberufenen Handlungsgehilfenversammlung referierte am Mittwochabend der Reichstags-Abgeordnete Genosse Singer in Kellers Festsaal. Die sachkundigen Ausführungen des Referenten wurden mit gespannter Aufmerksamkeit angehört und häufig durch lebhaften Beifall unterbrochen.

Aus dem Vortrage geben wir nachstehende Ausführungen des Redners wieder: Die sozialdemokratische Fraktion hat seit langer Zeit für Errichtung von Kaufmannsgerichten im Anschluß an die Gewerbegerichte gewirkt. Bereits 1890, als das Gewerbegerichts-Gesetz geschaffen wurde, haben wir die Ausdehnung des Gesetzes auf die Handlungsgehilfen und Gehilfinnen gefordert. Damals wurde die Forderung abgelehnt und wir wurden von den bürgerlichen Parteien fast mit Hohn bedacht. Die Handlungsgehilfen-Organisationen waren trotz aller Meinungsverschiedenheiten in dem Punkt einig, daß die Kaufmannsgerichte notwendig sind. Wenn die bürgerlichen Parteien scheinbar von Wohlwollen für die Handlungsgehilfen überfließen, so steckt der Haderbusch dahinter, daß sie glauben, die Handlungsgehilfen würden sich bei den Wahlen von ihnen ins Schleppjoch nehmen lassen. Diese Verhältnisse, die Sie täglich am eigenen Leibe spüren, suchen in der herrschenden Gesellschaftsordnung. Die Erkenntnis dessen hat Sie ja auch dazu geführt, Schulter an Schulter mit der Arbeiterschaft zu kämpfen, die an ihre Zahne geschrieben hat: Bekämpfung der Ausbeutung und der Unterdrückung in jeglicher Form! (Stürmischer Beifall.) Nach den wiederholten Kundgebungen des Reichstags für die Notwendigkeit der Kaufmannsgerichte hat sich die Regierung endlich veranlaßt gesehen, den nun vorliegenden Entwurf im Reichstag einzubringen. Der Entwurf ist vollständig unzulänglich und ein erneuter Beweis für die Langsamkeit und die Rücksichtslosigkeit unserer vielgepriesenen Sozialreform. (Lebhafte Zustimmung.) Der Redner geht nun auf die Einzelheiten des Entwurfs ein und erörtert die bekannten Anträge der sozialdemokratischen Fraktion. Besonders die Ausführungen über die vertretende Art, mit welcher recht oft die sogenannten Konkurrenz-Kaufleute gehandelt wird und über die Notwendigkeit und die Verwirklichung des Frauenwahlrechts wurden häufig vom starken Beifall unterbrochen. In der Kommission haben die Vertreter der Freisinnigen gegen den Anschluß der Kaufmannsgerichte an die Gewerbegerichte und für Angleichung an die Amtsgerichte gestimmt. Ich habe — fährt der Redner fort — im Reichstags die Zahl der im Reich beschäftigten Handlungsgehilfen durch einen Sprachschriftsteller — der Minister würde sagen: „faulsten Jungenstil“ — als in Berlin beschäftigt erwähnt. Das Versehen genügt dem Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verband, um über meine mangelnde Sachkenntnis zu spotten (stürmische Heiterkeit). Ich erwähne es nur, um zu zeigen, wie gehässig, wie kleinlich, wie widerwärtig die Kampfweise dieser Herren ist! (Lebhafte Beifall.) Der Gesetzentwurf ist eine Halbheit, die weder den Interessen, noch der Würde der Handlungsgehilfen entspricht. Wir wünschen und hoffen, daß es uns im Reichstag gelingt, den Entwurf im Sinne der Forderungen der Handlungsgehilfen unguändert — dann werden wir dem Gesetz mit Freuden zustimmen. Sollte es aber nicht gelingen, so würden wir nicht die Verantwortung für ein Gesetz übernehmen, das den berechtigten Wünschen der Beteiligten nicht entspricht und dessen Annahme für den wirklichen Fortschritt auf diesem Gebiete nur einen Hemmschuh bilden würde. (Stürmischer Beifall.)

In der Diskussion sprach zunächst Herr Böwes, der für Zwangsvereinigungen im Handel und gegen den 8 Uhr-Ladenstich auftrat.

Zwei Handlungsgehilfen sprachen über die Notwendigkeit der Organisation und das Anwesen der geheimen Anstalten über den Stellungsforderungen der Gehilfen.

In seinem Schlusswort erwähnte der Referent die Anwesenden in lebhaften Worten zum Anschluß an die Organisation. — Eine Resolution, in der die von uns bereits veröffentlichten Forderungen der organisierten Handlungsgehilfen zur Abänderung des vorliegenden Gesetzentwurfs enthalten sind, wurde einstimmig angenommen.

Mit einem stürmisch aufgenommenen Hoch auf die moderne Handlungsgehilfenbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Berliner Tanzlehrer-Verband. Heute abend 9 Uhr alle Salzstraße 76: Monatsversammlung.

Unterhans. London, 4. Februar. (B. L. O.) Auf eine Anfrage erklärt Unterstaatssekretär Borch, hinsichtlich des Standes der russisch-japanischen Verhandlungen könne er keine Mitteilung machen. In Verantwortung mehrerer anderer Anfragen fährt Borch aus, es seien von der britischen Regierung der russischen Regierung häufig Vorstellungen gemacht bezüglich des Aufschubes der Räumung der Mandchurie. Die englische Regierung habe erfahren, daß die Russen eine Anzahl Seezollbeamte von der Verwaltung der chinesischen Pöle in Rußland abgelehnt und sie durch russische Beamte ersetzt hätten. Es seien deshalb der russischen Regierung Vorhaltungen gemacht worden. Es seien ferner Mitteilungen zwischen der russischen und englischen Regierung bezüglich der Expedition nach Tibet vor deren Abgange aufgedeckt worden. Hierüber werde binnen kurzem ein Dlaubuch veröffentlicht werden. Der Staatssekretär für Indien Brodrick erklärt in Verantwortung einer Anfrage, die sich auf denselben Gegenstand bezog, der Zweck der Expedition sei nicht, irgend einen Teil des tibetischen Gebietes zu annektieren, sondern die Wiederkehr von Schwierigkeiten, die sich aus der Haltung der tibetischen Regierung bezüglich der Konvention von 1890 ergeben, zu verhindern.

In weiteren Verläufe der Debatte entspann sich eine lebhaft Diskussion über ein Amendement Robson zur Adresse, welches die Regierung wegen der schlechten Leitung und Fahrlässigkeit im Boerenkriege tadelte. Wyndham, der im Jahre 1890 Unterstaatssekretär des Kriegsammtes war, verteidigte die Regierung und erklärte, obgleich die Regierung Fehler gemacht habe, hätte sie einen Erfolg erzielt, dessen sie sich nicht schäme. Er rechtfertigt die Verzögerung in den Kriegsvorbereitungen aus politischen Erwägungen, bespricht, daß das Heer mangelhaft ausgerüstet gewesen wäre, und verbotste die Liberalen wegen ihres Vorgehens im früheren Stadium der südafrikanischen Kriege.

Die Situation in Ostafrika. London, 4. Februar. Dem „Reuterschen Bureau“ wird aus Tokio gemeldet: In Anwesenheit des Kaisers habe heute eine Beratung der alten Staatsmänner stattgefunden und man glaube, daß in dieser Beratung eine Entscheidung von größter Wichtigkeit getroffen worden sei. In Tokio herrsche allgemein der Eindruck, daß jetzt jede Hoffnung auf Erhaltung des Friedens geschwunden sei.

Rom, 4. Februar. (B. L. O.) Vor dem als Staatsgerichtshof zusammengesetzten Senat begann heute der Prozeß gegen den Senator und Professor der Chirurgie Antonino d'Antona, der beschuldigt ist, bei der Operation eines gewissen Paolo Jannarino in der Klinik in Neapel einen Charpiebausch in der geöffneten Leibes-höhle gelassen und dadurch den Tod des Operierten veranlaßt zu haben. Nach der Vernehmung des Angeklagten und einiger Zeugen wurde die Verhandlung auf morgen vertagt.

Reichstag.

24. Sitzung, Donnerstag, den 4. Februar 1904, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Nieberding.

Die erste Lesung der Vorlage über die Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft wird fortgesetzt.

Abg. Frohme (Soz.):

Die Geschichte dieser Materie ist ein betäubendes und Beschämendes Kapitel. Seit nahezu 1 1/2 Jahrhunderten steht die Frage der Entschädigung unschuldig Verhafteter in der juristischen Literatur zur Diskussion. Auch im deutschen Reichstage ist sie bereits in den stehenden Jahren vielfach behandelt worden. Die Reichsregierung hat sich in dieser Angelegenheit immer gedreht und gewunden. 1882 verwarf sie die preussische Justizminister Dr. Friedberg im preussischen Abgeordnetenhaus gegen jede Entschädigung. Im Reichstage aber stellte sich der Centrums-Abgeordnete Reichensperger auf den Standpunkt der unbedingten umfassenden und gründlichen Entschädigung. Solange der Staat die Schuld irgend eines Menschen nicht festgestellt habe, müsse seine Unschuld presumiert werden. Der Staatssekretär hat gesteuert so, als habe die Reichsregierung in dieser Frage stets einen korrekten Standpunkt eingenommen. In Wirklichkeit hat sie sich zunächst genau auf den Stand des Justizministers Dr. Friedberg gestellt, wonach es selbstverständlich sei, daß der Justiz Unschuldige zum Opfer fallen und wonach die Publikation einer Entschädigung notwendig zu betrügerischen Manipulationen führen müsse. Schon vor 20 Jahren hat sich eine Reichstagskommission in überwiegender Mehrheit für die Entschädigung schlüssig gemacht. Wenn die Regierung, die sich sonst so viel auf die Starrheit ihrer Begriffe und Anschauungen zu gute thut, in dieser Frage ihren Standpunkt vollkommen geändert hat, so muß sie sich sagen, daß sie auch jetzt noch nicht weit genug geht, auch jetzt weit hinter dem zurückbleibt, was im Interesse des Rechtes gefordert werden muß. Aber wartet sie noch ein paar Jahre, so wird sie weiter fortgeschritten sein. Bei der Reform der Strafprozess-Ordnung waren bei uns ganz bestimmte enge Grenzen für die Verhängung der Untersuchungshaft beantragt worden. Wir stellten nun im Plenum denselben Antrag noch einmal. Damals hat die Regierung das Plenum auf die finanziellen Schwierigkeiten hingewiesen, von denen man jetzt glauben möchte, daß sie in den Anschauungen und Entschädigungen der Regierung nie eine Rolle gespielt haben. Man hat sich damals auch wieder hinter den lächerlichen Einwand geflüchtet, daß die Autorität der Justiz durch eine solche Entschädigung gefährdet werde. Schließlich ist beim Gesetz zur Entschädigung für unschuldig erlittene Straffahrt unrichtig beantragt worden, die ganze Materie der Entschädigung einschließlich der hier vorliegenden Fragen zu regeln. Jetzt haben wir wieder ein so elendes Stückwerk, welches an sich genau so große Ungerechtigkeiten in sich birgt, wie der bisherige Zustand. In der Begründung der Vorlage beruft sich die Regierung förmlich demonstrativ auf die Volkseinstimmung. Wenn man in allem der Volkseinstimmung Rechnung tragen wollte, so würde von dem ganzen Justizwesen, wie wir es heute haben, nichts übrig bleiben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das Hauptgewicht haben wir stets auf die Entschädigung unschuldig Verhafteter gelegt, weil die Fälle ungerechtfertigter Verhaftung weit häufiger sind als die Fälle ungerechter Verurteilung. In rücksichtsloser Weise wird seitens der Richter häufig Untersuchungshaft verhängt. Man hat ein gewisses Interesse daran, die Unschuldigen schuldig zu finden oder schuldig zu machen. Unser ganzes heutige Justiz trägt den Charakter der Klassenjustiz. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn auch noch so viele Richter und Staatsanwälte innerhalb und außerhalb dieses Hauses, wie es gestern der Abgeordnete Hagemann that, sich mit stiller Entrüstung dagegen vernehmen, die Thatsache wird nicht aus der Welt geschafft. Gerade wir Sozialdemokraten können da mit einer reichen Erfahrung aufwarten. Unter dem Socialistengesetz waren wir vogelfrei und der schändlichsten, gewissenlosen Willkür preisgegeben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Häufig verurteilte man von uns Gefährliche zu erpressen, unter der direkten Androhung der Verhängung der Untersuchungshaft. Ich kann Ihnen beweisen, daß man Untersuchungshaft auf lange Zeit über Personen verhängt hat, denen man sonst nicht bekommen konnte, nur um sie zu zwickeln. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es bedarf gründlicher Reformen, um eine höhere Rechtschaffenheit gegen ungerechtfertigte Verhaftung zu schaffen. Die tiefsten Gründe solcher Justizirrtümer müssen beseitigt werden. In erster Linie bekämpfen wir die ganze Institution der Staatsanwaltschaft mit aller Energie. Eine staatliche Behörde mit dem ausgesprochenen Zweck, Schuldige zu finden, Anlagen zu konstruieren, neue Delikte zu erfinden, ist ein juristischer Kontrast. Das ist keine spezifisch socialdemokratische Auffassung, sondern viele hervorragende Juristen wie Mittelstich stehen hier auf unserer Seite. Die Institution der Staatsanwaltschaft muß geradezu als gemeingefährlich und die Rechtschaffenheit in Frage stellend bezeichnet werden.

Kein Tag vergeht, ohne daß die Zeitungen über polizeiliche Mißgriffe zu berichten haben. Und die beruhen meist nicht bloß auf Irrtum oder Fahrlässigkeit, sondern qualifizieren sich zum großen Teil geradezu als Amtsmißbrauch. Da müßte man die Beamten unter den moralischen Zwang von Bestimmungen stellen, wonach sie für jeden Schaden haftbar gemacht werden, den sie vorhält, fahrlässig oder irrtümlich herbeigeführt haben. Der Uebermut, die Rücksichtslosigkeit dieser Organe lassen sich nur erklären aus dem Gefühl: Du kannst dir das erlauben, mit einer Rüge des „Mißgriffs“ ist die Sache erledigt. Wenn man die entsprechende Reform im ganzen Justizwesen durchzuführen würde, würden die Rechtsgarantien gegen ungerechte Verhaftung bedeutend erhöht. Ein weiterer Punkt bei dieser Reform wäre die erhöhte Heranziehung des Laienelements zur Rechtsprechung. Manches Urteil, das dem gefunden Laienverstand unverständlich ist, würde dann nicht gefällt werden. Wir werden uns bemühen, den Entwurf möglichst zu verbessern und verlangen vor allem, daß die Entschädigung auf alle diejenigen ausgedehnt werde, die ungerecht verhaftet sind, ob ihre Unschuld erwiesen ist oder nicht, so lange man ihnen nur keine Schuld nachgewiesen hat. Ein Staatsanwalt hat in einer Gerichtsverhandlung öffentlich erklärt: gegen jeden Socialdemokraten bestände der zwingende Verdacht, zu Gunsten eines angeklagten Parteigenossen einen Meineid zu leisten. Auf Grund dieser Uebersetzung hält sich der Staatsanwalt gewiß für berechtigt, ihn wegen dieses Verdachtes zu verhaften und hinterher nicht zu entschädigen. Die „Hamurger Neuesten Nachrichten“ fordern dazu auf, gegenüber der Socialdemokratie die Vergeßlichkeit des Rechts, nur unbestimmert durchzuführen, da sie sich selbst außerhalb der menschlichen Gesellschaft gestellt habe. Wenn maßgebende, gutgesinnte Zeitungen derartigen Aeußern, so ist das ein Zeichen für den Geist, der in gewissen Kreisen herrscht, Kreisen, denen auch sehr viele Richter, Staatsanwälte und Polizeibeamte angehören. Aber das Rechtsbewußtsein des Volkes läßt sich in diesen Fragen nicht mehr täuschen. Wenn man ernstlich der Vergeßlichkeit der Person, der Verhaftung Unschuldiger vorbeugen will, muß man eine umfassende Reform unserer ganzen Strafrecht anbahnen. Mit Verhaftungen und Verurteilungen wird es sich nicht länger abspitzen lassen. (Ordnung bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Nieberding:

Im allgemeinen werde ich auf die in der Debatte berührten Einzelheiten erst bei der zweiten Lesung eingehen, nur dem Vordredner will ich aus Dankbarkeit für seine Mühe und Objektivität gleich antworten. (Weiterkeit.) Ich habe gestern mit keinem Wort gesagt, daß die Regierung ihren jetzigen Standpunkt immer eingenommen hätte. Solche Thesen werde ich nicht begehnen. Aber

statt daß der Abgeordnete anerkennt, daß die Regierung in dieser Frage begründeten Anregungen zugänglich war, scheint er ihr noch einen Vorwurf daraus zu machen. Der Vordredner tabelte, daß den Richtern zu viel freies Ermessen eingeräumt werde. In den Gesetzgebungen einzelner Schweizer Kantone aber haben die Gerichte noch weit mehr Entscheidungsfreiheit. Daß die Unschuld nachgewiesen werden muß, um die Entschädigungsberechtigung zu statuieren, hat auch der Juristentag verlangt. Weiter hat der Vordredner schwere Angriffe gegen den Richterstand erhoben, sie aber durch keinerlei thatsächliche Mitteilungen bewiesen.

Er sprach von gewissenlosen und gesetzwidrigen Verhaftungen seitens der Staatsanwälte und der Richter. Heraus mit den Akten! Weisen Sie nur die Fälle nach! Statt dessen überraschen uns die Herren hier unvorbereitet und fernmüßig mit solchen Dingen. Unterrichten Sie uns vorher, dann werden wir Ihnen keinen Wein einschenken. So lange das nicht geschieht, ist anzunehmen, daß die Vorwürfe unbegründet sind und daß derartige Ungeheuerlichkeiten, falls sie vorgekommen sind, die genügende Sühne im vorgeschriebenen Instanzenwege gefunden haben. Wenn der Vordredner Verhärte oder übermütige und rechtswidrige Verhaftungen der Justiz kennt, so möge er sie dem Reichstagslangen anzeigen. Ich bürge dafür, daß diese Fälle dann geprüft werden. Wenn wir mithin bereit sind, Ihnen in dieser Weise zur Seite zu stehen, so sollten Sie uns dafür solche allgemeinen Vorwürfe ersparen.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Der Versuch des Staatssekretärs, meinen Freund Frohme zu widerlegen, ist nicht gelungen. Frohme ist ja der eigentliche Vater dieses Kindes, indem er schon 1881 auf eine wirkliche Entschädigungspflicht für diejenigen drang, die unschuldig durch die Staatsorgane ihrer Freiheit beraubt worden sind. Der Staatssekretär als späte Mutter (Weiterkeit) sucht vergeblich nachzuweisen, daß das Kind, das er jetzt hervorgebracht hat, nicht so ungeraten sei, wie Frohme annimmt. Frohme hat treffend nachgewiesen, daß die Reichsregierung, seitdem Schelling jedes Recht auf Entschädigung ablehnte, in Wirklichkeit ihren Standpunkt nicht verlassen hat. Auch heute wird keinerlei Recht der Entschädigung statuiert. Infolge dessen bedeutet das Gesetz nicht nur keinen Fortschritt, sondern eher einen eminenten Rückschritt, indem es die diskretionäre Gewalt der Richter ins unermeßliche verwehrt. (Lachen rechts.) Ich werde auf einen weiteren Nachteil des Gesetzes hinweisen: es ist ein Schritt zu der denkbar reaktionärsten Reform unseres Strafsystems. Man will den Klagen über unberechtigte Verhaftung den Hinweis auf die Entschädigung entgegenstellen. Wie schon 1882/83 und 1885/86 die Regierung uns vorge schlagen hat, will man die Untersuchungshaft ohne richterlichen Beschluß auf 6 und 4 Wochen ausdehnen. Ein Reichensperger hätte der Regierung einen solchen Entwurf ohne Kommissionsberatung vor die Füße geworfen; aber heute begründen wir im Centrum und Freisinnige als Fortschritt. Unter einer solchen Ueberschrift will die Vorlage das öffentliche Gewissen kalmieren. Und selbst das bekämpft das Centrum nicht mehr, daß zwei Klassen von Freiheitsproben geschaffen werden. Verleumde nur erst, Herr Staatsanwalt, es bleibt schon etwas am Angeklagten hängen, denn er bekommt ja keine Entschädigung! Die Rechte ist natürlich auch für dieses reaktionäre Gesetz zu haben. Verlangte doch längst die „Kreuz-Zeitung“ gegen Socialdemokraten mißliche die Untersuchungshaft solange ausgedehnt werden, bis sie gefehlig seien. Es ist ja seit Verschleis unseres Strafgesetzbuches nur einmal vorgekommen, daß ein Richter wegen unberechtigter Verhängung der Untersuchungshaft bestraft worden ist. Das Gesetz der „Kreuz-Zeitung“ scheint man ja in Königsberg jetzt wieder versuchen zu wollen. Keine Parteigenossen und ich sind ja die einzigen Praktiker der Untersuchungshaft, die hier im Hause vorhanden sind. (Große Heiterkeit.) Ich glaube, wir haben noch größere Praxis als Sie, Herr Müller-Meinungen. (Zwischenruf des Abg. Müller-Meinungen.) Ach so, Sie haben nur von der Praxis in der Verhängung der Untersuchungshaft gesprochen. (Große Heiterkeit.) Da mögen Sie uns über sein. (Große Heiterkeit.) Aus juristischen und psychologischen Gründen ebenso wie aus Rücksicht auf die deutsche Sprache bitte ich den Staatssekretär, im § 1 des Entwurfs zu erklären, der Verhaftete soll entschädigt werden, wenn seine Unschuld nachgewiesen ist oder ein begründeter Verdacht nicht mehr besteht. Was soll das heißen? Wenn ein begründeter Verdacht besteht, muß er ja bestraft werden, oder soll es heißen: ein begründeter Verdacht für die Unschuld? (Heiterkeit.) Nach der Strafprozess-Ordnung muß das Verfahren eröffnet werden, wenn ein hinreichender Verdacht vorliegt. Dann wäre ein begründeter Verdacht also doch immer vorhanden. Nach dem Wortlaut der Strafprozess-Ordnung, nicht nach ihrer Anwendung soll die Untersuchungshaft verhängt werden bei dringendem Verdachte. Daraus geht deutlich hervor, daß im Falle nur eines Freiheitsprobes die Untersuchungshaft stets zu Unrecht verhängt worden ist, denn es bestand nicht nur kein dringender Verdacht, sondern überhaupt kein Verdacht. Nach welchem Zeitpunkt soll sich der begründete Verdacht bestimmen? Nach der Zeit der Verhaftung oder des Urteils? Das ist die Unklarheit, die immer entstehen muß, wenn die Regierung unwillkürlich einem dringenden Verlangen des Volkes nachgibt. Die Ausnahmen, die mit Recht getroffen werden können, hat schon vor Jahren ein Antrag Wurm-Stadthagen zusammengefaßt. Nur die Fälle dürfen von der Entschädigung ausgeschlossen werden, in denen der Angeklagte den Versuch gemacht hat, sich durch die Flucht der Verhandlung zu entziehen, oder die Spuren der That zu verwischen, oder Zeugen zu beeinflussen, oder ein falsches Geständnis, oder eine falsche Selbstbezüglichung abgegeben hat oder sonst absichtlich die Untersuchungshaft herbeigeführt oder verlängert hat. Wie oft wird jetzt von den verantwortlichen Beamten die Untersuchungshaft aus Irrtum oder Fahrlässigkeit verlängert? Ein armer Schüler, der neun Mark unterzulegen hatte, wurde sechs Monate in Untersuchungshaft gehalten, weil ein Beamter der Staatsanwaltschaft das Geld und die Akten unterzulegen hatte. Ist das Richteramt des Untersuchungsrichters, sich sechs Monate nicht um einen Angeklagten zu kümmern. Wäre der Verhaftete ein Mitglied der benachteiligten Klasse gewesen, dann hätte er nicht Monate gefessen. Ein Kellner wurde angeklagt, einen Geldbeutel unterschlagen zu haben, er leugnete nicht, daß er ihn genommen hatte, wußte aber nicht, wo er geblieben war. Schließlich fand er sich in einem andern Rad dieses Kellners vor. Als ich den Fall im Reichstage vortrug, sagte der schätzbare Bundesratsbevollmächtigte, es wäre grobe Fahrlässigkeit des Kellners gewesen; er habe die Untersuchungshaft selbst verschuldet.

Im Hamburg-Altonaer Hochverrats-Prozess verurteilte man einen Angeklagten darauf hin festzusetzen, daß in seinem Arbeitsbuch gewisse Buchstaben standen, die man als Zeichen für seine Zugehörigkeit zur Socialdemokratie deutete. Der Mann mußte freigesprochen werden, aber er war in den Augen des Richters fahrlässig genug gewesen, ein ehrenwerter Socialdemokrat zu sein. Es wäre ihm also sicher keine Entschädigung zugebilligt worden. Darin besteht ja gerade die große Verschuldung, daß jemand nicht schuldig ist. Weiter der „Bericht gegen die guten Sitten“. Im Kwickel-Prozess hätten die Richter es sicher als einen Vorstoß gegen die guten Sitten bezeichnet, daß die Frau es wagte, mit fünfzig Jahren noch ein Kind zu bekommen. (Große Heiterkeit.) In der Provinz Brandenburg pflegt man Leute, die socialdemokratische Flugblätter verbreiten, anzufassen. Sie werden natürlich freigesprochen, würden aber sicher keine Entschädigung erhalten. Kann man Vertrauen zu solchen Richtern und Staatsanwälten haben? Ich habe allenfalls das Vertrauen, daß die Richter aus Versehen einmal das Richtige treffen. (Weiterkeit.) Kürzlich wurde ein „Vorwärts“-Redakteur zu einigen Monaten Gefängnis verurteilt, weil er das Verhalten eines ober-

schlesischen Amtsvorstehers „sehr gemühtief“ genannt hatte. Es ist also eine schwere Beleidigung, einem preussischen Beamten zuzumuten, er könne gemühtief sein; man muß vielmehr annehmen, er sei gemühtroh. (Unruhe rechts.)

Welche Ungeheuerlichkeiten entstehen aus dieser Nachtvollkommenheit der Richter! In ihren Augen sind alle schuldig, die es überhaupt wagen, sich der Anklage zu widersetzen. Man läßt die Verhafteten desto länger in Untersuchungshaft, je weniger Schuld ihnen nachgewiesen werden kann. Ich erinnere an einen Hochverratsprozeß von 1884, wo der Beschuldigte in einem anonymen Brief zu einem Verbrechen gegen das Oberhaupt des Staates aufgefordert haben sollte. Der Brief erwies sich als von einem Polizeispiegel geschrieben. Aber kommen derartige Kaffistungen nicht auch heute noch vor? Und würde der Richter dem Freiheitsproben eine Entschädigung zusprechen? Nach der Vorlage soll nur der Vermögensschwachen erseht werden. Wenn z. B. ein Landarbeiter stirbt, wird der Hofsus sagen, er hat es ja im Gefängnis besser als draußen — und da hat der Hofsus sogar meist recht — und wird ihm nichts gewähren. Aber der Mensch hat doch gewisse andre Bedürfnisse, die ihn vom Tier unterscheiden. Der Reichslangler hat früher Entschädigung für die Freiheitsberaubung gefordert, allerdings in — Haill! Da hat der deutsche Geandte „im Namen seines Souveräns“ für die — berechtigte — Verhaftung des — natürlich reichen — Kaisersmanns Liders 1000 Dollar Entschädigung für jeden Tag und 5000 Dollar für jeden weiteren Tag Verzögerung beantragt. Wenn wir in Deutschland eine solche Entschädigung einführen (Weiterkeit), dann könnten allerdings viele in die Versuchung kommen, sich unschuldig einzuverren zu lassen. Ist das Deutsche Reich nur dazu da, jenseits der Meere Recht und Gerechtigkeit durchzuführen. Der Rückschritt auf die schuldigen Beamten, versetzt sich am Ende. Entschädigung müßte ferner gewährt werden für jeden Jeugniszwang durch den Richter, der ihn angeordnet hat. Das würde den Jeugniszwang wirksamer besämpfen als all die langen Reden hier im Hause. Wir verlangen ferner Entschädigung für die, die ohne Grund als Irre eingesperrt worden sind. Ich trage hier einen Fall nach der Aussage des früheren Polizeipräsidenten von Berlin v. Windheim vor, der so, nachdem er im Wahlkreis Frankfurt-Debus gegen die National Liberalen erwünschte Wahlbeeinflussung versucht hat, irgenbwo zum Oberpräsidenten befördert worden ist. Da wurde ein Mann 10 Tage im Irrenhaus festgehalten, weil er sich auf der Polizeistation, auf der er geprügelt worden war, über diese Behandlung beschwert hatte. Es stellte sich aber heraus, daß der Mann gefaschert war als viele Beamte — bekanntlich muß ein Angeklagter gesund sein, was bei einem Richter nicht nötig ist. Auch der Polizeipräsident erklärte vor Gericht, die Beschwerde an diesem Ort sei ein Zeichen des Wahnsinns gewesen. Herr Abgeordneter Hagemann, da können Sie sehen, wie pflichttreu nach der Auffassung des Volkes die Beamten vorgehen! Daß nicht jeder Polizeipräsident längst unter Anklage gestellt ist, das liegt an dem Institut der unaccountablen Staatsanwaltschaft, die, auch wenn die objektiven Merkmale des Verbrechens gegeben sind, nicht gegen die Beamten einschreiten, weil sie ihnen nicht den nötigen Dolus, das heißt die nötige Einsicht zutrauen. Wir verlangen ferner Entschädigung für unberechtigte Haftstrafe wegen Angehör vor Gericht. Ich erinnere an den Fall in Breslau, wo der Vorsitzende eines Schöffengerichts den Angeklagten schwer beleidigte und den Mann, der so viel Zurückhaltung hatte, die Ohrfeigen, die er dem Richter anbot, nicht einmal auszuführen, noch wegen Ungebühr bestrafen wollte. Wenn Sie mir mitteilen könnten, Herr Hagemann, der betreffende Amtsrichter sei wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt abgesetzt und über bereits im Irrenhaus, dann sollen Sie recht haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, Lachen rechts.) Sie (nach rechts) laden, weil Sie gar nicht daran denken, Beamte, die objektiv ein Verbrechen begehen, zur Verantwortung zu ziehen. Sie nehmen das Recht für sich in Anspruch, wo es Unrecht ist, und gegenüber den arbeitenden Klassen haben Sie nur den Kavallerieton und das scharfe Schwert des Gesetzes, das Recht in Unrecht verzuwandeln.

Eine neue Gattung für die Entschädigungspflicht ist das un gerechtfertigte Verhütenlassen einer schweren Strafe. Zwar steht Justizhaus darauf, aber was hilft das denen, die die schweren Strafen verhängen müßten? Ich will einen Fall vortragen, der einer bestimmten Regierung nicht unbekannt ist, den Fall des Redakteurs Biermann aus Oldenburg. Obwohl seine Behauptung sich im wesentlichen als richtig herausstellte, obwohl nachgewiesen wurde, daß der Herr Justizminister Kukhrat nicht die Achtung vor den Oberlandesgerichts richte hatte, wie Sie, Herr Hagemann (Weiterkeit), daß er sich beim Spiel als entschiedener Gegner des Dimeckismus gezeigt hat (Wiederholte Heiterkeit), wurde Herr Biermann von den Richtern, die ja in gewisser Abhängigkeit von dem Herrn Justizminister stehen, zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Er dachte sich nun, spielen kannst du nicht; die ganze Justiz ist ja ein Würfelpiel, das Gold seiner Wahrheit gibt nicht, nur das Blech der Lüge. Er ging ins Gefängnis und verlangte die Strafe, die ihm nach § 16 des Strafgesetzbuchs zusteht. Der Herr Justizminister scheint aber mit dem Herrn Hingburg der Meinung zu sein, daß der Zweck der Strafe die Rache ist. Da nach dem Gesetze Herrn Biermann zustehenden Ansprüche verweigerte der Minister ihm, schlug ihm das Galten einer Zeitung und das Licht nach 7 1/2 Uhr abends ab 6 Uhr. Wahrlich muß ich im Gefängnis um 8 Uhr alles dunkel sein, damit man nicht sieht, was im Kasino geschieht. (Weiterkeit.) Auch das Aufsichtspersonal wird wohl nach 8 Uhr als Diener im Kasino tätig sein. (Wiederholte Heiterkeit.) In ihrer Not wandte sich Frau Biermann persönlich an den Justizminister. Sie hatte freilich kein Kriegsgeld hinter sich. (Große Heiterkeit.) Wenn der Präsident von Haiti zu Frau Liders gesagt hätte: „Ihr Mann ist ein Lump“, da hätte ich einmal Ihre (nach rechts) Entrüstung sehen wollen. Man dachte nun, vielleicht sagen einmal die obdenburgischen Richter mit Ihnen (nach rechts), Beleidigungen können nicht hoch genug bestraft werden“. Und von einem Justizminister kann man doch noch mehr erwarten, wie Sie, Herr Hagemann (Weiterkeit), von den übrigen Richtern erwarten, daß er sich seine Worte überlegt. Und ehrenhaft ist es gewiß nicht, gegenüber einer wehrlosen Frau ihren Mann zu beschimpfen. So scheint die Strafe von 20 Mark etwas gering. (Weiterkeit.) Ich halte sie freilich aus andern Gründen für angemessen. Wenn jemand von der Ehre eines andern Mannes nur wenig wegnimmt, so genügt geringe Strafe. Da der Minister Herrn Biermann nur wenig beleidigen kann, so sind zwanzig Mark und un gerechtfertigt acht Monate die richtigen Strafmaße. (Weiterkeit.) Wenn Herr Biermann unschuldig in Untersuchungshaft gefessen hätte, so würde er keine Entschädigung bekommen haben, denn der Minister hat von ihm gesagt, er ist ein Lump, also hat er sich wohl gegen die guten Sitten vergränen. (Große Heiterkeit.) Das ist das wahre Bild unserer Justiz. Ich wünschte nur einmal, Sie (nach rechts) wären nicht nur der Hammer, sondern auch einmal der Ambos und kriegten die Prügel, von der sie jetzt gar nicht merken, daß Sie sie der Arbeiterklasse andeuten. Ich erwarte, daß der Herr Staatssekretär den Fall unteruchen und dafür sorgen wird, daß der Justizminister Kukhrat, der entgegen § 16 des Strafgesetzbuches den Redakteur Biermann eine härtere Gefängnisstrafe verhängen läßt und somit dringend verdächtig ist, ein Verbrechen begangen zu haben, auf welches Justizhaus sieht, zur Verantwortung gezogen wird. Sollte sich herausstellen, daß er nicht die Fähigkeit hat, die Tragweite seiner Handlungen zu übersehen, so könnte man vielleicht in die obdenburgische Verfassung schreiben: Justizminister kann nur

berjenige sein, der in dieser Lage ist. (Große Heiterkeit.) Entschädigung muß ferner gewährt werden für unangenehmere Tätigkeit in der Hausführung, Beschlagnahme usw. Das Treiben der russischen Polizeispiegel ist ihnen ja kürzlich geschildert worden; wir wollen dafür eine Entschädigung von ihnen erlangen oder von den Beamten, die an diesen Unthaten mitschuldige sind, und wenn es der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes selber wäre.

Jeder Privatmann muß Entschädigung geben, nur die Beamten können straflos bleiben. Da liegt das Privilegium der Dummheit, gegen das Sie sich mit Händen und Füßen sträuben müßten.

In die Vorlage sollte eine Bestimmung eingefügt werden, daß unschuldig erlittene Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet werden muß. Heute wird sie denen, die nicht einsehen können, daß nur die durch Beschuldigung und Bildung sich hervorragend dankenden Männer herrschen dürfen, verweigert.

Der zukünftigen Reform des Strafprozesses, die daraus gebrant wird, können wir kein besonderes Vertrauen entgegenbringen. Es sitzen in der Kommission nur Leute aus den herrschenden Klassen, Leute, die noch nie gefessen haben. (Große Heiterkeit.) Unseres Erachtens wird nichts dabei herauskommen, als der Versuch, den Hammer des Strafrechts noch kräftiger auf das Proletariat niederzulassen zu lassen. Das vorliegende Gesetz ist eine Art Unfallversicherung, gegen Unfälle im Justizbetriebe des Staates. Das ist auch ein Betribe, der maschinemäßig betrieblich wird. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Sie (nach rechts) wollen ja dem Handwerker einen goldenen Boden geben. Belegen Sie jeden Staatsanwalt mit den Kosten jeder ungerechten Anklage und er wird zum Handwerksbetriebe übergehen. (Heiterkeit.)

Sie (nach rechts) verlangen mit Recht Vorgehen gegen jeden unlauteeren Wettbewerb. Aber Sie schädigen das Gemeinwohl viel mehr, wenn Sie unter solcher Etikette dem Gesetz einen ganz andern Inhalt geben. Ich glaube, daß es vergebliche Mühe sein wird, in der Kommission etwas zu Stande zu bringen, ich habe den Verdacht, die bürgerlichen Parteien wollen uns zum monarchischen Prinzip bringen, indem sie uns zwingen, pour le roi de Prusse zu arbeiten. Trotz alledem geben wir die Hoffnung nicht auf, daß wenigstens der Reichstag das Rechtsbewußtsein des Volkes vertreten wird. Wir haben keine Veranlassung uns vom Bundesrat etwas abhandeln zu lassen. Die Verschüttung ungerechter Verhaftungen ist uns viel wichtiger als das Entschädigungsalmosen, das die Räder der Staatsmaschine nur noch langsamer laufen läßt. (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Deppe (Hospitant der Nationalliberalen): Die maßlosen Angriffe, die der Herr Vorredner die Richter und Staatsanwälte gerichtet hat, übergehe ich mit Stillschweigen. Ich würde doch nicht Worte finden, die der Herr Präsident zulassen würde, um sie gebührend zurückzuweisen. (Lebhafte Zustimmung rechts, im Centrum und bei den Nationalliberalen.) Das Ansehen unsrer Justizverwaltung ist im Volke Gott sei dank so groß (Hört! hört! bei den Socialdemokraten: Na! Na!), daß es durch solche Angriffe nicht erschüttert werden kann, selbst in den Kreisen nicht, die von den Herren (zu den Socialdemokraten) beherrscht werden. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Auch dort giebt es zahllose einsichtige Leute, die die Maßlosigkeit dieser Angriffe erkennen werden. Sünden giebt es freilich überall und auch im Richterstande, aber jeder Uebertreter findet auch seine Sühne. Ich gebe dem Staatssekretär vollständig recht darin, daß nicht jeder unschuldig Verhaftete Anspruch auf Entschädigung hat, aber allen Ausnahmefällen Bestimmungen der Vorlage kann ich nicht bestimmen. Vielleicht könnte man von den Entschädigungsansprüchen diejenigen ausnehmen, denen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt worden sind, nicht aber alle vorher gerichtlich Verurteilten. Redner polemisiert im Weiteren gegen Dr. Müller-Meinungen, der gestern den deutschen Richterstand verunglimpft habe.

Abg. Gröber (C.):

Herr Stadthagen hat die merkwürdige Entdeckung gemacht, daß der Gesetzentwurf sogar einen Rückschritt bedeute. Seine Gründe dafür waren durchaus nicht stichhaltig. Abg. Stadthagen meinte, Richter würden jetzt um so leichter Untersuchungshaft verhängen, weil sie ihr Gewissen damit beruhigen könnten, daß ja Entschädigung gewährt werden könne. 1884 aber meinte er in einer Polemik gegen den Abg. Dr. v. Buchla, die Statuierung der Entschädigungsspflicht werde keinen Beamten in seinem pflichtmäßigen Vorgehen alterieren. (Hört! hört! im Centrum.) Wenn die Vorlage wirklich so schlecht ist, wie Herr Stadthagen behauptet, warum bemüht er sich dann, sie überhaupt zu verbessern? Da haben wir den kompletten Unsinn! (Wahr! im Centrum.) Vor lauter Haß und Eifer, den Gegner herunterzureißen, feuert man ungeniert in das Gebiet des vollendeten Blödsinns! (Heiterkeit und lebhaftige Zustimmung im Centrum.)

Herr Frohne hat früher einmal viel weniger weit gehenden Antrag der Abg. Philipp und Benzmann befürwortet, heute wertet er gegen die Vorlage, die viel mehr bietet! Abg. Frohne will die Beamten für jeden Justizirrtum persönlich haftbar machen. Ja, dann würde wohl kein Mensch in Deutschland mehr das Amt eines Untersuchungsrichters übernehmen wollen. Trotz aller Gewissenhaftigkeit sind Versehen unvermeidlich, natürlich nur in der kapitalistischen Gesellschaft, nicht im socialdemokratischen Zukunftsstaat! (Heiterkeit und sehr gut! rechts und im Centrum.) Wir wollen in treuer Kommissionsarbeit etwas Brauchbares zu Stande zu bringen suchen! (Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. Lucas (natl.): Die deutschen Richter stehen für die Angriffe von jener (zu den Socialdemokraten) Seite viel zu hoch. (Woh! und Gelächter bei den Socialdemokraten.) — Die Vorlage kann und darf in der jetzigen Form nicht Gesetz werden. Man kann allerdings auch nicht jeden entschädigen, der wegen mangelnder Beweise freigesprochen worden ist; Leute, die nach wie vor dringend verdächtig bleiben, so daß die Voraussetzungen zur Verhaftung bestehen bleiben, können keine Entschädigung beanspruchen. Aber darüber hinaus sollte der Gesetzgeber sich hüten, Freigesprochene erster und zweiter Klasse, solche mit und ohne Entschädigung zu schaffen. Unbedingt muß das Gesetz auf Verhaftungen im staatsanwaltlich-justizialen Ermittlungsverfahren ausgedehnt werden, denn gerade hierbei ist die Gefahr von Irrtümern besonders groß. Geben wir den Weg dieser Vorlage zu Ende, erst dann wird aus dem Torso ein vollständiges Werk! (Wahr! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Bargmann (fr. Sp.): Als Abgeordneter für Oldenburg habe ich mir vorgenommen, den Fall Hermann und die damit zusammenhängende Frage des Strafvollzuges beim Justizetat zur Sprache zu bringen.

Abg. Frohne (C.): Der Abg. Gröber warf Stadthagen vollenblenden Blödsinn vor. Gerade aus seinem Munde ist ein solcher Ton wenig passend. Ich bin allerdings für den Antrag Benzmann-Philipp seiner Zeit eingetreten, aber wie aus dem stenographischen Bericht hervorgeht, unter Veruschuldigung der oben von mir angeführten Erwägungen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Wir waren nicht zufrieden mit dem Antrag, sondern gingen viel weiter. Die Presse der bürgerlichen Parteien, auch des Centrums, hat sich jetzt vielfach unserer Kritik angeschlossen, aber es scheint System darin zu liegen, hier unsre Ausführungen immer als maßlos zu bezeichnen. Gewiß werden wir, falls die Vorlage in verbesserter Form aus der Kommission herauskommt, unter Umständen den kleinen Fortschritt mitnehmen, aber das schließt doch die gründliche Kritik in der Generaldebatte nicht aus. Ich habe auch keineswegs, wie Abgeordneter Gröber behauptete, verlangt, daß die Beamten für entschuldigte Verfehlungen haftpflichtig sein sollten. Soweit sind wir auch beim bürgerlichen Gesetzbuch nicht gegangen. Weiterhin wurden meine Mitteilungen über die rechtschänderischen Praktiken eines Staatsanwalts angezweifelt. Hat jemand den Mut zu sagen, ich hätte mir die Sache, die seiner Zeit in Hamburg das größte Aufsehen erregt hat, aus den Fingern ge-

sogen? Spielen Sie doch nicht die fittlichen Entrüsteten, es steht Ihnen nicht an. So lange Sie unsere Behauptungen nicht als unabweisbar nachweisen können, machen Sie sich in den Augen jedes Vernünftigen nur lächerlich mit Ihrer fittlichen Fajkerei! (Große Unruhe im Centrum und bei den Nationalliberalen, Beifall bei den Socialdemokraten.)

Präsident Graf Balkeström: Der Teil der Ausführungen des Abg. Gröber, den der Vorredner bemängelt hat, hat mir im Stenogramm vorgelegen. Sowohl mir als meinem Herrn Stellvertreter, der zur Zeit dieser Ausweisungen an dieser Stelle saß, haben diese Ausweisungen den Eindruck gemacht, daß die Kraftworte, die darin vorliefen, nicht gegen die Person des Abgeordneten Stadthagen gerichtet waren, sondern auf die Konsequenz sich bezogen, die man aus seinen Ausweisungen hätte ziehen können. Ich möchte aber die Bitte an alle Herren Kollegen richten, sich doch möglichst solcher Kraftworte zu enthalten, die wirklich zu nichts Gutem führen, sondern den Ton im Reichstag herabmindern. Es wird ja in dieser Beziehung auf vielen Seiten gesündigt, deshalb richte ich diese Bitte an alle hier Anwesenden.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.): Gegenüber dem Abg. Dr. Lucas bemerke ich, daß ich das Material über den gestern von mir angeführten Fall, in dem ein Lohgerber sein ganzes Vermögen verloren hat, von einem Geraer Rechtsanwalt durch einen besonderen Schriftsatz erhalten habe. — Daß eine große Zahl deutscher Richter, wenn sie eine große Straffliste sehen, bereits halb und halb von der Schuld eines Angeklagten überzeugt sind, ist meine feste Ueberzeugung. — Es läßt sich nicht leugnen, daß das Vertrauen zum deutschen Richterstande im Volke nicht mehr das alte ist. (Woh! bei den Nationalliberalen.) Selbst der „Reichsbote“ hat neulich einen Appell an den Reichstag gerichtet, die Brandmarlung der Justizirrtümer nicht allein der Socialdemokratie zu überlassen. Durch idealistische Heilmalelei nützen Sie dem deutschen Richterstande nicht. (Wahr! links.)

Abg. Gröber (C.): Hätte Herr Frohne in seinen ersten Ausführungen nur die Forderung gestellt, daß Richter und Staatsanwalt sowohl für vorsätzliche wie für fahrlässige Pflichtverletzungen haftbar gemacht werden sollten, so hätte ich keinen Anlaß gehabt, ihm zu widersprechen. Denn das ist auch mein Standpunkt. Er hat aber eine viel weitergehende Forderung erhoben.

Damit schließt die Diskussion. Der Entwurf geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Hierauf verläßt sich das Haus. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats des Reichsamts des Innern.)

Schluß 5 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Parlamentarisches.

Die Kaufmannsgerichte.

Die Kommission zur Beratung der Vorlage der Kaufmannsgerichte trat in ihrer Sitzung am Donnerstag, den 4. Februar, in die Beratung des § 1 ein. Dieser Paragraph regelt die fakultative Errichtung der Kaufmannsgerichte. Von den socialdemokratischen Kommissionsmitgliedern war folgende Fassung beantragt worden:

Zur Entscheidung von Streitigkeiten aus dem Dienst- oder Lehrverhältnisse zwischen Kaufleuten einerseits und ihren Handlungsgehilfen und Handlungslehrlingen andererseits sind Kaufmannsgerichte zu errichten.

Singer (C.) begründete den Antrag. Durch die Vorlage werden die Handlungsgehilfen in kleineren Orten in der Rechtsprechung benachteiligt. Dove (fr. Bg.) ist für den Antrag, weil dadurch schneller eine Angliederung der Kaufmannsgerichte an die Amtsgerichte herbeigeführt werde. Lattmann (Ant.) ist ebenfalls für den Antrag. Staatssekretär v. Posadowsky erklärte sich gegen den Antrag, weil dadurch den kleineren Gemeinden zu große Lasten aufgebürdet und ev. die Entscheidungen verschleppt würden. Bundesratsbevollmächtigter v. Schider bezweifelt, daß in kleinen Gemeinden die genügende Zahl von Beisitzern vorhanden seien und befürchtet, daß das Ansehen der Gerichte leiden werde, wenn minder qualifizierte Angestellte zu Beisitzern gewählt würden. Qualifizierte Angestellte gingen nicht auf das Land in Stellung. Herbert (C.) stellt fest, daß auch bei kleinen Gewerbebezirken eine Verzögerung der Rechtsprechung nicht eintrete, während Lipinski (C.) darauf hinweist, daß ca. 60 Proz. der Handlungsgehilfen von der schnelleren Rechtsprechung ausgeschlossen würden und die Angelegten auf die sociale Einsicht der Gemeindeverwaltungen nicht rechnen könnten.

Der Antrag wurde gegen fünf Stimmen (David, Herbert, Lattmann, Lipinski und Singer) abgelehnt.

Hierauf wurde § 1 nach der Vorlage gegen fünf Stimmen angenommen.

Zu § 2 lag ein Antrag Müller-Meinungen vor, die Kaufmannsgerichte obligatorisch für Gemeinden mit 25 000 Einwohnern zu errichten. Ein Antrag Trimborn (C.) will diese Zahl auf 20 000 Einwohner, analog den Bestimmungen des Gewerbegerichts-Gesetzes, herabgesetzt wissen.

Staatssekretär v. Posadowsky: Die Vorlage wäre im Bundesrat nicht zu Stande gekommen, wenn die Zahl von 20 000 Einwohnern angenommen worden wäre. Schon im Plenum habe er bemerkt, daß die Kaufmannsgerichte gewissermaßen nur ein Provisorium darstellen, das Ideal sei, das Amtsgerichts-Verfahren zu reformieren man möge darum an der Zahl 50 000 festhalten.

Singer (C.): Das Provisorium sei doch nur deloratio, daran, daß eine Reform des Amtsgerichts-Verfahrens sobald kommen werde, glaube doch niemand. Die Stellenlosigkeit in den großen Städten zwingt gerade die Handlungsgehilfen nach kleineren Orten zu gehen, dafür dürfen sie aber durch schlechtere Rechtsprechung nicht gestraft werden. Bundesratsbevollmächtigter v. Schider regt an, es bei der Zahl 50 000 zu belassen, den Einführungszwang aber für kleinere Orte zu bestimmen, wenn im Orte eine Mindestzahl von Handlungsgehilfen und Handlungslehrlingen sei, die noch festzustellen wäre. Müller-Meinungen greift dies sofort auf und kündigt einen diesbezüglichen Antrag für die zweite Lesung an. Herbert und Lipinski (C.) erörtern weiter, daß ein Bedürfnis für kleine Orte zur Errichtung von Kaufmannsgerichten vorhanden sei.

Es wurde der Antrag Trimborn mit 13 gegen 8 Stimmen angenommen.

Zu § 4 beantragte Müller-Meinungen die Gehaltsgrenze von 5000 M. zu streichen, weil die Prokuristen von den Beisitzern wählen ausgeschlossen würden. Singer (C.) trat für die Vorlage ein. Er rechne diejenigen Handlungsgehilfen die 5000 M. und mehr Gehalt beziehen nicht zu denen, die sich in einer Notlage befinden und für die das Gesetz gemacht werde. Diese besser bezahlten Angestellten seien meist Vertraute des Principals und hätten darum die Gemeinsamkeit mit den schlechter entlohnten Handlungsgehilfen verloren; sie sind nicht mehr geeignet als Handlungsgehilfen-Beisitzer zu gelten.

Lipinski (C.) wendet sich gegen folgende Sätze zur Begründung des § 4 der Regierungsvorlage: Die Bedeutung des mit dem Gewerbegerichts-Gesetz übereinstimmenden Ausspruchs „Jahresarbeitsverdienst an Lohn und Gehalt“ ist durch die Wissenshaft und Rechtsprechung übereinstimmend so ausgelegt worden, daß darunter Lantienmen mit eingegriffen sind. Von andern unsicheren Verträgen, wie Provisionen, Reisespesen gilt das Gleiche insoweit, als sie ein über die Erstattung von Kosten und Auslagen hinausgehendes eigentliches Arbeitsentgelt bilden und führt aus, daß diese Auslegung, hinübergenommen in spätere Kommentare des Gesetzes, zu Konflikten führen müsse. Er wünschete von den Vertretern der Regierung eine bündigere und klarere Erklärung, daß Espesen nicht zum Jahresarbeitsverdienste zu rechnen seien.

Staatssekretär v. Posadowsky erklärt, daß im Bundesrat festgestellt worden sei, daß Reisende gegen ganz hohe Espesen, aber ohne Gehalt engagiert seien. Wollte man die Espesenüberschüsse nicht

als Entkommen rechnen, dann würde die Zuständigkeit der Kaufmannsgerichte für diese Angelegten überhaupt ausgeschlossen werden. Singer, Lipinski (C.) stellten fest, daß wohl Reisende gegen Provision ohne Gehalt, aber nicht ohne Gehalt, aber mit Espesen angestellt würden, die Voraussetzungen des Bundesrats also fehlen. Müller-Meinungen und Semler (natl.) erkannten an, daß die Frage geklärt werden müsse. Singer kündete einen diesbezüglichen Antrag für die zweite Lesung an.

Der Antrag Müller-Meinungen wurde abgelehnt und § 4 der Regierungsvorlage mit großer Mehrheit angenommen.

Wahlprüfungs-Kommission. Gegen die Wahl des Abgeordneten Leinenweber, nationalliberal, 4. pfälzischer Wahlkreis, Zweibrücken-Birmasens, ist von der Partei des unterlegenen Centrums-Kandidaten Reeb Protest erhoben worden. Der Protest behauptet, es sei durch eine falsche telefonische Nachricht, die gesandt habe: die Centrumswähler hätten den socialdemokratischen Kandidaten eines Wahlkreises in der Stichwahl durchfallen lassen, darum müsse auch die socialdemokratische Stimmhaltungspareole im Wahlkreise Birmasens aufgehoben werden, die dortigen socialdemokratischen Wähler sollten in der Stichwahl gegen den Centrums-Kandidaten stimmen — eine so große unzulässige Wahlbeeinflussung gelte, daß die Wahl Leinenwebers, der 15 465 Stimmen gegen 13 032 erhielt, für ungültig erklärt werden müsse. Die Kommission hielt jedoch diese Beeinflussung, die zwar auf ein unehrliches Parteitagitationsmittel sich stütze, nicht für geeignet, die Gültigkeit der Wahl Leinenwebers anzuzweifeln, erklärt sie also für gültig.

Dann trat die Kommission in die Prüfung der Wahl des konservativen Abgeordneten Dietrich ein, 3. Wahlkreis Potsdam (Ruppiner-Templin), der in der Stichwahl 13 210 Stimmen gegen 8807 erhielt, die dem socialdemokratischen Kandidaten, Cigarrenfabrikant Kiesel-Berlin, zuzufallen. Es liegt ein umfangreicher socialdemokratischer Protest gegen die Wahl vor. Die Kommission hielt es für erheblich, Beweiderhebungen darüber anstellen zu lassen, 1. ob es Thatsache sei, daß in Lüdersdorf, Kagar bei Rheinsberg, Wildenburg und Treselow über 1500 Ziegeleiarbeiter (Saisonarbeiter) durch verweigerte Eintragung in die Wahlerlisten um ihr Wahlrecht gebracht worden sind; 2. ob in Lüdersdorf und Kagar eine Kontrolle, wie einzelne Wähler gestimmt haben, durch reihenweise Aufschüttung, Auszählung und Verlesung der Stimmzettel vorgenommen worden sei; 3. ob ein Wahlaufwurf für den konservativen Kandidaten Dietrich von fünf Bürgermeistern und fünf Amtsvorsetzern des Kreises mit ihren Amtstiteln unterzeichnet worden sei.

Die Ausweisung socialdemokratischer Vertrauensleute aus den Wahllokalen verschiedener Orte beschloß die Kommission einer Beweiderhebung nicht zu unterwerfen, weil im Protest nicht behauptet werde, daß die Offenheit der Wahl ausgeschlossen worden sei.

Die Frage ungenügender Wahllisten (Köpfe mit Dedel, Suppenterrinen usw.) soll gelegentlich speciel behandelt werden, vorläufig wird die Anregung allseitig acceptiert, daß einzelne Abgeordnete aller Parteien sich über eine Resolution resp. einzelne Deklaration des Wahreglements verständigen sollen. Diese Frage erhält durch die Reue der Couvertwahl eine höhere Bedeutung.

Die weitere Prüfung der Wahl wird darauf bis zur nächsten Sitzung verschoben.

Zum Schluß wurde der schriftliche Bericht über die Wahl in Frankfurt-Lebus festgestellt.

Nächste Sitzung: Dienstag, 9. Februar.

Partei-Nachrichten.

Die „Münchener Post“ hatte bei Erwähnung der Resolution des Central-Wahlvereins für Zellton-Geoslow zur Herero-Angelegenheit von Resolutionen nach Jubelstimmem „Münchener Post“ gehrochen und daran noch mehrere für Genossen Jubel verteilende Bemerkungen gehängt, zu denen nicht der geringste Anlaß vorlag. Wir nahmen an, daß sie dies auf Grund unrichtiger Darstellungen bürgerlicher Blätter gelhan habe, und verwiesen sie deshalb auf den Bericht im „Vorwärts“.

Geut antwortet darauf die „Münchener Post“, daß sie der „freundlichen Zurechtweisung“ nicht bedürfe, denn sie habe den Bericht im „Vorwärts“ gelesen, bevor sie ihre Bemerkungen gegen Jubel schrieb. Sie giebt damit zu, daß sie trotz Kenntnis des richtigen Sachverhalts den Genossen Jubel angerepelt hat, ohne daß dieser ihr den geringsten Anlaß dazu gegeben hat.

Der zwölfte Landes-Parteitag der Socialdemokraten Niederösterreich fand dieser Tage in Hainfeld in Anwesenheit von 90 stimmberechtigten Vertretern statt.

Aus den Berichten über die Presse ist ersäwendwert, daß sowohl die „Wiener Arbeiterzeitung“, wie auch die „Arbeiterinnenzeitung“ und die „Volkstribüne“ erheblich an Abonnenten zugenommen haben. Ramentlich die „Volkstribüne“ hat einen bei österreichischen Parteiblättern noch nicht dagewesenen Erfolg gehabt; sie stieg von 26 100 Abonnenten im Jahre 1902 auf 42 500 im Jahre 1903.

Außer den geschäftlichen Angelegenheiten wurde über das Gemeindevahlrecht sowie über die Dienstboten-Ordnung verhandelt und dazu ähnliche Resolutionen beschloffen, wie kürzlich von den socialdemokratischen Gemeindevertretern Niederösterreichs.

Zuletzt wurde noch beschloffen, daß die Vereine der socialdemokratischen Gewerbetreibenden und Kaufleute als gleichwertige Organisationen in der Partei anerkannt werden. Den Bezirks- und Wahlkreisleitungen wird die Förderung der genannten Organisationen empfohlen.

Soziales.

Ärzte und Krankenkassen.

Zu der gestern erwähnten angeblichen Verfügung der Aufsichtsbehörde in Köln, wonach den vertragstreuen Ärzten die Kassenpraxis unterlagt sei, wird der „Kölnischer Volkszeitung“, die ebenfalls die Verfügung als eine Thatsache gemeldet hatte, geschrieben:

Eine Verfügung ist den betreffenden Ärzten noch nicht zugegangen; dagegen wurde in einer am Montagabend stattgehabten Zusammenkunft der neuen Kassenärzte mitgeteilt: einer von ihnen sei zu dem Vertreter der Aufsichtsbehörde gebeten und ihm dort eröffnet worden, er möge nebst seinen Kollegen angesichts der veränderten Verhältnisse auf die Behandlung der erkrankten Kassenmitglieder Verzicht leisten und Sühnderstapanprüche mitteilen. Die Ärzte beschloffen jedoch, diesem Wünsche keine Rechnung zu tragen und, falls eine derartige Verfügung an sie gelangen sollte, den Klageweg gegen die vier vertraglichstehenden Kassen zu beschreiten. Nun ist in dem zwischen dem Regierungspräsidenten und den Kölner Ärzten vereinbarten Vertrage, der allerdings noch der endgültigen Feststellung bedarf, eine Bestimmung vorgesehen, wonach auf die Tätigkeit der neuen Ärzte verzichtet werden muß; es könnte also dazu kommen, daß die Aufsichtsbehörde den neuen Ärzten die angeforderte Verfügung thatsächlich zustellt und die Angelegenheit dann auf dem ordentlichen Rechtswege ihre Erledigung findet.

Danach hätte der Regierungspräsident bei den Vereinbarungen mit der ärztlichen Landesorganisation keine übermäßige Vorausicht bewiesen; bevor er einen Vertrag einging, daß auf die Tätigkeit der neuen, durch ihren Vertrag nicht bloß verpflichtet, sondern auch berechtigten Kassenärzte verzichtet werden müsse, mußte er sich doch vergewissern, daß diese Ärzte auch bereit seien, auf sich verzichten zu lassen. Wenn er dadurch in eine Zwidmähle kommt, wird es ihm vielleicht noch zum Bewußtsein kommen, daß es doch besser gewesen wäre, nicht über die Köpfe der erfahrenen Kassen-

Verwaltungen hinweg einfach die Forderungen der ärztlichen Standesorganisation zu bewilligen.

Auf der einen Seite die rechtsgültig angestellten 30 Ärzte, die auf ihrem Rechte bestehen, auf der anderen Seite die ärztliche Standesorganisation, der gleichfalls durch Vertrag die Abgrenzung der dreißig zugesichert ist und in der Mitte die Aufsichtsbehörde, die eingriff mit der Begründung, daß die Klassenverbände ihre gesetzlichen Verpflichtungen nicht erfüllten: Man könnte diese Situation komisch nennen, wenn nicht am Ende die Klassen den entstehenden Schäden zu tragen hätten. Jedenfalls zeigt diese verfahren Situation, daß es mit bloßen Eingriffen noch nicht abgethan und daß die Köhler Angelegenheit noch lange nicht erledigt ist. Wenn überdies die Klassenmitglieder einsichtig sind und sich bewegen lassen, so weit als möglich nur die 30 vertragstreuen Ärzte zu konsultieren, die andern aber möglichst gar nicht, dann würde gerade der „herrliche Sieg“ in Köln die Ärzte doch noch ein wenig zum Nachdenken veranlassen.

Wie die Angelegenheit von den ärztlichen Interessenvertretungen behandelt wird, dafür diene als Beispiel das nachfolgende Citat aus der Nr. 3 des „Ärztlichen Wochenblattes“ vom 30. Januar d. J.:

„In unserer ganzen Bewegung ist der dramatische Höhepunkt bald erreicht. Zu diesen Tagen muß es sich entscheiden, ob die deutsche Ärzteschaft reif genug zur Durchführung der in Berlin und Köln proklamierten Selbsthilfe ist, oder ob die Krankenkassen über die Ärzteschaft wieder triumphieren werden. In Berlin zeigt es sich, daß unsre schlimmsten Feinde diejenigen Ärzte sind, welche schlimmer als die brutalsten Klassenverbände die wirtschaftliche Nachsichtigkeit und Unmündigkeit schwächerer Ärzte-Existenzen ausnützen und ihrem eignen Zweck nutzbar machen, unbekümmert darum, was die überwertende Mehrzahl, ja, was die ganze ansäugig fühlende Ärzteschaft über sie und ihr Tun und Treiben denkt.“

Dort hat — die Feder sträubt sich fast beim Schreiben — der sogenannte „Vorstand“ des sogenannten „Bereins der Berliner Kassenärzte mit freier Arztwahl“ unter Leitung des Herrn Geheimen Sanitätsrats Dr. med. Koepfel den Kassenärzten einen Reders zur sofortigen Verantwortung vorgelegt, durch den sie sich auf fünf weitere Jahre der Gnade oder Ungnade des „Vorstandes“ ergeben sollten.

Die Nichtunterzeichnenden sollen ihr Brot verlieren. Dieser „Vorstand“ des „Bereins“ Berliner Kassenärzte (auch heute noch Mitglied des Ärzte-Bereinsverbundes) ist hauptsächlich wieder ein Vereinsvorstand, noch kein Verein im eigentlichen Sinne. Der „Vorstand“ spielt nur den Zwischenmeister in der Beschaffung ärztlicher Hilfe, und daß er damit seine arbeitnehmenden Kollegen schlimmer behandelt, als solches auf dem großen Arbeitsmarkt sonst vorzunehmen kann, ohne daß das ganze Publikum für die ausgebeuteten Arbeiter Partei ergreift, beweist die Ueberrumpelung mit oben erwähntem „Reders“. Einige Berliner Ärzte haben notgedrungen auch diesen feindlichen Willen hinabgeschluckt; die Mehrzahl hat ein lautes „Nein“ gerufen. Auf diesen Schlag ins Gesicht der ansäugigsten, um die Zukunft und das Wohl des ganzen Ärztestandes ringenden deutschen Ärzteschaft wird hoffentlich die verdiente Reaktion eintreten. Ein Dr. Landmann hat im Rheinlande die Ärzteschaft vom Schlaf erweckt; für nicht besser halten wir die Tätigkeit der Herren Dr. Koepfel, Witte und Genossen im Vorstände. Wer Wind sät, soll Sturm ernten! Rechnen wir von nun an diese Männer zu unsern Feinden! So „schonen“ diese die berechtigten Interessen und den „Befehlstand“. Sie thun genau dasselbe, was die Nationalclubs ihren Landesleuten, den ehrenwerten Voeren anthaten. Und diese Herren brüsten sich andern Ärztesgruppen gegenüber ihres Deutschthums? Die erste Tugend des Deutschen ist die Treue. Und diese haben sie gehalten — ihren Kassenvorständen, ihren Arbeitgebern und ihren Einnahmequellen; es ist diese Treue aber keine deutsche Treue. Heil dem, wer eine solche nicht hat! Vor Ärztesachen aus Berlin wird gewarnt.“

Gegen den Kinderschuss.

Die Konservative Korrespondenz schreibt: „Bei der Durchführung des Kinderschuss-Gesetzes sollen neben den Polizeibeamten, Lehrern und natürlich auch Eltern und Vormündern auch die Krankenkassen mitwirken. Da die in gewerblichen Betrieben beschäftigten Kinder dem Kranken-Versicherungsgesetz und somit der Anmeldepflicht unterliegen, sind die Krankenkassen in der Lage, zu prüfen, ob die Beschäftigung des betreffenden Kindes in dem fraglichen Betriebe und Alter gesetzlich zulässig sei, und mißbräuchliche Verwendung von Kinderarbeit zur Anzeige und Bestrafung zu bringen. Es wird jedoch abzuwarten sein, ob die sozialdemokratische Herrschaft in den Krankenkassen nicht dem Unternehmertum Hikanos entgegenzutreten wird.“

Solchen papiernen Arbeiterschuss, der nicht durchgeführt wird, würden die Konservativen den Arbeitern sehr gern ganze Haufen beschieren.

Aus der Frauenbewegung.

Genossinnen!

Montagabend 8 1/2 Uhr findet in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20, eine öffentliche Versammlung statt, in der die Frauen und Mädchen Berlins Stellung zum Heimarbeiters-Kongress nehmen werden. Das Referat hat Genossin Jeklin-Stuttgart übernommen. Näheres siehe Annonce am Sonntag. Die Vertrauensperson.

Eine gutbesuchte öffentliche Frauenversammlung tagte am 8. Februar bei Raabe in der Kolbergerstraße. Genosse Stadlverdamer H. Heiman referierte über: Bildung und Proletariat. Redner wies im Laufe seines interessanten Vortrages nach, daß die herrschenden Klassen stets bemüht gewesen seien, das Bildungsniveau des Volkes so tief als möglich zu halten und daß es nur dem jegigen Stande unserer industriellen Entwicklung zu danken sei, wenn etwas mehr wie früher gesehe, da die Industrie heute an die Intelligenz der Arbeitsträfte höhere Anforderungen stelle. Die Länder ständen in der allgemeinen Kulturentwicklung und auch wirtschaftlich am höchsten, wo die Arbeiter sich durch Erriugung höherer Löhne und einer kürzeren Arbeitszeit größere Bildungsmöglichkeiten geschaffen hätten. Am Beispiele Dänemarks besonders zeigte Redner, daß auch die Landwirte dort am besten sich mit einer ihnen schädlichen Veränderung der Weltmarktverhältnisse abzufinden verstanden, wo der landwirtschaftlichen Bevölkerung eine bessere Bildung zu teil werde. Redner verbreitete sich dann im einzelnen über die heutigen Bildungsmöglichkeiten; er schilderte zum Beispiel eingehend das Elend des Volksschulwesens in Preußen-Deutschland und vertrat die Forderungen der Sozialdemokratie auf diesem Gebiete. Interessante Aufschlüsse gab Redner über die Univeritätsausdehnungs-Bewegung in England und über öffentliche Bibliotheken Englands und Americas. Er stellte dem das wenige gegenüber, was in Deutschland in der Beziehung gesehe sei. Für Kulturzwecke habe man in Deutschland ja niemals Geld. Uebrigens sei zu sagen, daß die 28 Volksschulbibliotheken in Berlin auf Drängen der Sozialdemokraten jetzt mit gutem Vorrat versehen seien. Er schloß: Bildung und Wissen seien nicht nur ganz allgemein, sondern auch besonders in der Hand des Proletariats eine ganz gewaltige Macht, die zu erringen jeder bestrebt sein sollte. Allerdings sorgten die wirtschaftlichen Verhältnisse dafür, daß heute die Wärme der Bildung nicht in den Himmel wachse. Die Lösung heiße: Durch Freiheit zur Bildung. Erst in der sozialistischen Gesellschaft würden wir in der Lage sein, allen Menschen die Thore weit zu öffnen, die zur wahren Bildung, zum Genuße von Kunst und Wissenschaft führten. (Lebhafter Beifall.) Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die Versammlung.

Verfammlungen.

Fünfter Wahlkreis. Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am Mittwoch im Lehndeders Saal seine Generalversammlung ab. Zunächst ehrten die Anwesenden das Ableben des kürzlich verstorbenen Genossen Vießer durch Erheben von den Sitzen; sodann gab Genosse Lippmann bekannt, daß sich 98 neue Mitglieder zur Aufnahme in den Verein gemeldet haben; gegen keinen derselben wurde Widerspruch erhoben. Hierauf erstattete Leo Juch den Vorstandsbericht. Er beschränkte sich auf die notwendigen Ergänzungen des erst kürzlich gegebenen Vertrauensmännerberichts, besonders soweit sie die Landtagswahlen betrafen. Demnach ist das Interesse und die Beteiligung an denselben bei weitem nicht so stark gewesen wie bei den Reichstagswahlen, was vor allem auf die öffentliche Stimmung zurückzuführen ist. In einer Reihe von Urwahlbezirken ist es nicht einmal immer möglich gewesen, die erforderliche Anzahl von Wahlmannskandidaten zu stellen, weil dieselben ja in dem Bezirk wohnhaft sein mußten. So z. B. fehlte es den Bezirken des Fröbels-Obdachs, des Stedehauses und der königlichen Charité günstig an Kandidaten, und in der Friedrichstraße sowie am Alexanderplatz konnten für die erste und zweite Wählerklasse keine Kandidaten gefunden werden. Hier mußten die Kandidaten der dritten Klasse gleichzeitig für die erste und zweite Klasse aufgestellt werden. Zahlenmäßig hatte die Landtagswahl — der fünfte Reichstags-Wahlkreis gehörte teils zum dritten, teils zum vierten Berliner Landtags-Wahlkreise — folgendes Ergebnis: Bei der Wahlmännerwahl stimmten für die Sozialdemokratie insgesamt 5471 Wähler; davon in der dritten Klasse 5308, in der zweiten Klasse 72 und in der ersten Klasse 1 Wähler. Für die Freijüngigen stimmten 3347 Wähler; davon in der dritten Klasse 2271, in der zweiten Klasse 836 und in der ersten Klasse 240. Für die Konservativen stimmten im ganzen 315 Wähler; davon in der dritten Klasse 262, der zweiten Klasse 88, der ersten Klasse 25. An der Wahl beteiligten sich im ganzen 9133 Wähler. Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, daß 298 Wähler der ersten Klasse ebenso viel Rechte hatten wie 946 Wähler der zweiten Klasse und 7921 Wähler der dritten Klasse. Natürlich stellt sich bei der Gesamtzahl der Wahlberechtigten das Verhältnis für die dritte Klasse noch bedeutend ungünstiger. — Wahlmänner wurden gewählt: Sozialdemokraten in der dritten Klasse — 129; zweiten Klasse — 2; ersten Klasse — 0; zusammen 122. Freijüngige in der dritten Klasse — 51; zweiten Klasse — 170; ersten Klasse — 157; zusammen 378. Konservative in der dritten Klasse — 4; zweiten Klasse — 3; ersten Klasse — 9; zusammen 16. — Wie überall, so hat sich auch im fünften Kreise eine tiefgehende Erbitterung gegen die offensichtlich Ungerechtigkeit des preussischen Dreiklassen-Wahlrechts bemerkbar gemacht, und diese Stimmung soll jetzt nach den Wahlen ausgenutzt werden, um im Februar und März eine intensive Agitation zur Stärkung des Wahlvereins vorzunehmen. Es ist aber auch eine Kommission beauftragt worden, diejenigen Wahlvereinsmitglieder zur Rechenschaft zu ziehen, die sich von der Stimmabgabe bei der Landtagswahl gedrückt haben. Ergibt sich bei der Prüfung dieser Angelegenheit, daß die Wahlwürger keine genügenden Gründe für ihr Fernbleiben hatten, so wird deren Ausschluß aus dem Wahlverein erfolgen. — Was die Stadtverordnetenwahlen anbelangt, so hat der Kreis auch diesmal seine Schuldigkeit getan, indem er für den Genossen Wels das einzige in Frage kommende Mandat eroberte. — Der Verein zählt gegenwärtig 1410 Mitglieder. Da infolge des Steigens der Mitgliederzahl verschiedene Abteilungen den Wunsch auf Einführung von Jahrlahenden geäußert haben, so werden solche von jetzt ab monatlich einmal in den betreffenden Distrikten abgehalten, und zwar am zweiten Mittwoch im Monat. Den Kassenbericht gab Lippmann; derselbe umfaßt die Zeit der letzten fünf Monate. Inklusiv des früheren Bestandes von 2205,14 M. beläuft sich die Einnahme auf 7732,75 M., der eine Ausgabe von 6709,53 M. gegenübersteht; somit verbleibt ein Kassenbestand von 1023,22 M. Erläuternd bemerkt der Kassierer, daß während der Landtagswahl-Periode ein auffallender Rückgang in der Ausbringung von Geldmitteln zu verzeichnen gewesen ist gegenüber der anerkanntwertigen Opferwilligkeit bei der Reichstagswahl. Auf den Sammellisten zur Landtagswahl gingen nur ein 719,84 M.; Parteibonds wurden nur für 342 M. umgelegt, und die Zellerfammlungen ergaben nur etwa den zehnten Teil dessen, was sie bei der Reichstagswahl brachten; auch die Einnahmen aus dem Verkauf der „Jubiläums-Zeitung“ waren nur sehr mittelmäßig. Dagegen gestiegen sich die direkten Wahlvereins-Einnahmen bedeutend günstiger wie früher. Seit der Reorganisation im Jahre 1901 ist ein fortwährendes Steigen der regelmäßigen Beiträge zu konstatieren. So wurden im Jahre 1901: 5450, 1902: 6780 und 1903: 9557 Beiträge entrichtet. Unter den Ausgaben figurieren 1000 M. an den Parteivorstand und 500 M. für die Weber in Grimmschau; die Landtagswahlen kosteten ca. 2300 M. Alles in allem genommen können die Kassenverhältnisse des Vereins immerhin als gut bezeichnet werden, denn während nach der 1898er Wahl ein erhebliches Defizit zu deuten war, hat der Verein trotz der großen Wahlausgaben des verflossenen Jahres keinerlei Schulden mehr. Es folgt der Bericht der Prekominmission vom Genossen Wels. Derselbe hob hervor, daß sich der „Vorwärts“ während der ganzen Wahlbewegung des vergangenen Jahres nach dem einmütigen Gutachten aller tätigen Genossen als ein guter Berater des Volkes erwiesen habe; es sei nichts vernachlässigt worden, was in jener Zeit irgendwie zur Orientierung und Aufklärung der Wähler dienen konnte. Zwar ist es nach dem Dresdener Parteitag zwischen Redaktion und Prekominmission zu einigen Auseinandersetzungen gekommen, doch sind diese schließlich alle in Güte erledigt worden. Die eingegangenen Beschwerden bezogen sich zum größten Teil auf die Nichtaufnahme von Versammlungsberichten bezw. Streichungen an denselben. Den Beschwerdeführern wurde jedoch nahegelegt, künftighin auf die Raumverhältnisse des „Vorwärts“ genügende Rücksicht zu nehmen. Auch eine Beschwerde des Genossen Kränkel aus dem fünften Kreise wegen Nichtaufnahme eines Artikels über Mißstände bei der Krankenkasse der Kaufleute ist aus obigen Gründen zurückgewiesen worden. Die Prekominmission hat aber beantragt, daß in Zukunft Anfragen über den Verbleib von Einwendungen von der Redaktion unbedingt zu beantworten sind. Redner ging dann auf die in letzter Zeit über die verantwortlichen Redakteure verhängten hohen Gerichtsstrafen ein und zeigte an dem für uns so günstigen Abschluß der Strupp-Affäre, daß die Redaktion auch in den Fällen, die zur Verurteilung geführt haben, alles einschlägige Material vor der Veröffentlichung gewissenhaft geprüft und sich keine Vorkürze zu machen habe. Ueber den Haushaltsetat des „Vorwärts“ machte Wels folgende Angaben, die gleichzeitig einen interessanten Ueberblick über die Entwicklung des Zentralorgans gewähren: Im Jahre 1897/98 hatte der „Vorwärts“ eine Auflage von 52 000 Exemplaren; diese stieg 1901 auf 55 000 und 1903 auf 78 000; gegenwärtig hat der „Vorwärts“ 82 000 Abonnenten, darunter 7000 Postabonnenten. An Abonnementsgeldern durch die Expedition wurden verzeichnet: 1898 — 398 905,20 M.; 1901 — 464 417,70 M.; 1903 — 588 965,65 M. An Inseraten verzeichnet: 1898 — 138 432,70 M.; 1901 — 193 890,20 M.; 1903 — 192 853,20 M. Die Gesamteinnahmen betragen 1898 — 572 768,55 M.; 1901 — 697 978,30 M.; 1903 — 788 864,55 M. — Es wurden vorausgabt a) an Zahlung für Redaktion, Mitarbeiter und Verleger: 1898 — 127 023,50 M.; 1901 — 134 502,10 M.; 1903 — 147 212,15 M.; b) an Gerichtskosten: 1898 — 1300,20 M.; 1901 — 1408,65 M.; 1903 — 4662,85 M.; c) insgesamt für Rechnung der Redaktion: 1898 — 158 026,55 M.; 1901 — 169 711,75 M.; 1903 — 200 849,65 M. Die Kosten der Druckrechnung belaufen sich 1898 auf 845 651,75 M., 1901 auf 429 046,50 M., 1903 auf 486 547,90 M. Reinüberschuß wurde erzielt: 1898 — 53 347,75 M., 1901 — 80 446,55 M., 1903 — 72 338,65 M. Die Zahlen bieten einen lehrreichen Vergleich. Am Schluß seiner Ausführungen wies Wels darauf hin, daß die Genossen für die Verbreitung des „Vorwärts“ unter den Arbeitern noch bedeutend intensiver tätig sein könnten; ebenso müsse es sich jeder zur Aufgabe machen, seinen Bedarf an

Bildungs- und Unterhaltungsliteratur aus der Vorwärts-Buchhandlung zu beziehen.

Den Bericht der Lokalkommission gab Klein. Bezüglich einer Anfrage, wie es mit der „Philharmonie“ stände, wurde auf die dazu kürzlich erfolgte Veröffentlichung im „Vorwärts“ hingewiesen. Ueber die Tätigkeit der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg berichtete Koyke. In Anbetracht des bei der Reichstagswahl eingetretenen Mißerfolges in den Wahlkreisen Sorau-Forsf und Cottbus-Spremberg hat die Kommission entsprechend dem Wunsche der Provinzialkonferenz auf eine Reorganisation in verschiedenen Wahlkreisen ähnlich derjenigen des fünften Berliner Kreises hingewirkt. Dem entsprechend haben nunmehr die Kreise Sorau-Forsf, Cottbus-Spremberg, Salau-Ludau und Guben-Lübben ihre Organisationsform geändert. Als Charakteristikum führt Redner an, daß den Wirten in Lübben, bei denen Parteiverfammlungen während der Wahl abgehalten wurden, wegen Schankkonzessions-Uebertretung nicht weniger wie ca. 700 Mark an Strafmandaten aufgedrückt worden sind. Nach den Wahlen ist aber trotzdem ein erheblicher Fortschritt der Parteibewegung in der Provinz zu verzeichnen, wovon unter anderem auch das Steigen der Abonnentenzahl unserer Provinzialpresse bezeugtes Zeugnis ablegt. Die Märkische Volkstimme hat es sogar zu einem Reinüberschuß von 12 000 Mark gebracht. Auch in dem Wahlkreise Grenzau-Angermünde, der vom fünften Berliner Kreise bearbeitet wird, geht es rüstig vorwärts; bei der Landtagswahl sind dort 12 sozialdemokratische Wahlmänner gewählt worden, ein Zeichen, daß auch in den kleineren Orten immer mehr Genossen ersehen, die sich auch öffentlich als Sozialdemokraten bekennen. Eine scharfe Kritik knüpfte Redner an die Aufführung der Wahl des Genossen Braun im Frankfurt-Rebuser Kreise und sprach die Erwartung aus, daß die dortigen Genossen geniß alles daran setzen werden, den Kreis wieder zu erobern.

Die nunmehr vorgenommenen Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Leo Juch; 2. Vorsitzender Haas; 1. Kassierer Lippmann; 2. Kassierer Kirke; 1. Schriftführer Vernein; 2. Schriftführer F. Koyke; Prekominmission Wels und Friedländer; Lokalkommission Kaufh und Stange; Agitationskommission Davidsohn; Revisionen Meyer, Keul und Vier. Als Abteilungsleiter wurden bestätigt: 1. Abt.: Gahnisch; 2. Abt.: Roth; 3. Abt.: Weife; 4. Abt.: Bardile; 5. Abt.: Koschorek; 6. Abt.: Friedländer; 7. Abt.: Weife. Sämtliche Funktionäre bleiben bis zum Oktober im Amt. Es ist auch einem Wechsel entsprechend verfahren worden, Reichstags-Kandidaten für die Wahlkreise der Provinz nicht mehr in die Agitationskommission zu wählen.

Unter „Parteiangelegenheiten“ kritisierte Wels das Verhalten der Reichstags-Fraktion in Sachen des Hereroskrieges, worin er ein Abweichen von unrem Prinzip erblickt. In Anbetracht unrer grundsätzlichen Stellung zur Kolonialpolitik und unter richtiger Würdigung der Ursachen des Herero-Aufstandes — von der Resolution 130 des Dresdener Parteitages ganz zu schweigen — hätte sich die Fraktion nicht der Abstimmung enthalten dürfen, sondern müßte ohne Bedenken gegen die Bewilligung der zu dem Nachzug geforderten Summe stimmen. Am meisten verwundere es ihn, daß gerade Wels bei der Erklärung der Fraktion abgab. Bei dem größten Teil der Genossen finde ein derartiges Verhalten kein Verständnis. Bei der früheren Ablehnung der Alters- und Invaliditätsgesetze habe man auch nichts nach etwaigen Vorwürfen der bürgerlichen Parteien gefragt; da hätte hier erst recht kein Mann und kein Groschen bewilligt werden brauchen. Es sei klar, daß die Handlungspolitik der Regierung jetzt sogar einen Rückhalt in der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion gefunden habe. Er beantrage deshalb: Die Generalversammlung des fünften Berliner Reichstags-Wahlkreises möge durch ein Votum bekunden, daß sie sich mit der Haltung der Fraktion in der Herero-Angelegenheit nicht einverstanden erklären könne, sondern gewünscht hätte, daß die Fraktion die diesbezüglichen Forderungen der Regierung strikte ablehne.

Hast einstimmig nahm die Versammlung diesen Antrag an, indem sie sich vollständig auf den Standpunkt des Genossen Wels stellte. Hermannski rügt zum Schluß noch, daß es anscheinend eine beträchtliche Anzahl Genossen gebe, die erst immer durch sanfte Mahnungen im „Vorwärts“ aufgefordert werden müssen, Sammellisten sowohl der Partei als auch der Gewerkschaften endlich einmal abzulegen. Es werfe dies ein schlechtes Licht auf solche Genossen, weshalb sie es sich angelegen sein lassen müßten, ihre Listen rechtzeitig abzurechnen. — Mit der Aufforderung, die am 22. Februar im Schweizergarten stattfindende öffentliche Versammlung gut zu besuchen, schloß der Vorsitzende alsdann die Versammlung.

Verband der Maschinisten u. Feizer
sowie Verfertiger, Deutschlands.
Verwaltungsstelle Berlin u. Umg.
Todes-Anzeige.
Am Dienstag, den 2. Februar, verstarb unser Mitglied
Paul Krusch.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 5. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Brangelstr. 109, aus nach dem Central-Friedhof in Friedrichs-Heide statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
138/4 Die Ortsverwaltung.

Allen Fremden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine herzensgute Frau und liebe Mutter
Auguste Gröschow
am 4. Februar, morgens 1 Uhr, nach langen, schweren Leiden sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Brangelstr. 109, aus nach dem Central-Friedhof statt.
Dies zeigen herbeiziehenden Herzens an
Der trauernde Gatte
nebst Sohn, und Geschwister.

Centralverein für alle in der Nut- u. Filzwaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen.
(Filiale Berlin.)
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Ernst Begersdörffer
im 66. Lebensjahre verstorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 5. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Charité, Rosenstraße, aus nach dem Central-Friedhof statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
294/3 Der Vorstand.

Nach längerem, schwerem Leiden entschlief heute sanft mein innig geliebter Mann, unser treuer, guter Vater, mein fürsorgender Sohn, der Restaurateur
Gotthelf Gosslau
im 49. Lebensjahre.
Berlin, den 2. Februar 1904.
Wahlstr. 26/27. 15905
Wanda Gosslau
geb. Fenger
nebst Kindern und Mutter.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Ruinenstädtischen Kirchhofes, Bergmannstraße 48/50, aus statt.

Central-Verband der Köpfer Deutschlands.
Filiale Berlin.
Todes-Anzeige.
Am Dienstag, den 2. Februar verstarb unser Mitglied
Friedrich Müller
nach langem Leiden an der Proletariatskrankheit. Seine letzten Wenden.
195/3
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. Februar, nachmittags 1 1/2 Uhr vom Trauerhause, Nixdorf, Kirchhoffstr. Nr. 4 aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erachtet
Der Vorstand.

Dankung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes
15388
Frans Pietsch,
insbesondere die Aufmerksamkeiten von seinen Stammvätern, den Mitgliedern der Wogenbauer-Kasse, dem Ballerball der 104. Kommission, dem Verein der Berliner Reichstagswirte sage allen meinen besten Dank.
Witwo Emma Pietsch nebst Sohn.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unres Bruders und Sohnes
Albert Deutschmann
sagen wir allen Fremden und Bekannten sowie der Firma Holzappel und Hügers nebst Personal und dem Treptower Turnverein Bahn unsern herzlichsten Dank.
Familie Deutschmann.

Inserate

für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzufenden. Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion kein Publikum gegenüber irgendeiner Verantwortung.

Theater.

Freitag, 5. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues Königliches Opern-Theater.
Wann.
Schauspielhaus. Der Verschwendter.
Deutsches. Johannes.
Berliner. Maria Theresia.
Kessing. Kapfenreich.
Witten. Die schone Helena.
Neues. Schwester Beatrice. Der
Schlafentwender.
Reibenz. Die Empfehlung. Der
keusche Casimir.
Central. Das Schwalbennest.
Thalia. Guido Thielscher als Hoch-
tourist.
Belle-Alliance. Götterweiber.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wagner-Theater.)
Uziel Acosta.
Schiller N. (Friedrich-Schillerstadt.)
Kollege Cranpton.
Luisen. Die goldene Eva.
Reinold. Elektra.
Trianon. Madame X.
Carl Weiss. Der Alte kommt.
Metropol. Durchlaucht Radieschen.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n
großen Leib.
Casino. Wie einst im Mai. Bade-
kuren.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Gedr. Herrfeld. Nur eine Nacht.
Vasage-Theater. Entanbung.
Specialitäten. Anfang 5 Uhr.
Apollo. Frühlingluft. Blüten-
hochzeit. Specialitäten.
Winter-Garten. Cléo de Mérode.
Specialitäten.
Urania. Tantenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Der Erdball als Träger des Lebens.
Hörspiel:
Dr. G. Nass: „Käthchenchemie“.
Sternwarte Invaliden-
str. 57/62.
Dr. B. Donath: „Radium“.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5.
Minna von Barnhelm.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Central-Theater.

Täglich 7 1/2 Uhr:
Das Schwalbennest.
Operette in 3 Akten v. M. Debonnant.
Musik von Henry Verblay.
Sonabendnachmittag 4 Uhr, halbe
Preise. Jeder Erwachsene ein Kind mit
einem Eintrittsfrei: Der gestiefelte
Kater.
Ab. 7 1/2 Uhr: Das Schwalbennest.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Gastspiel Rudolf Christians.
Benefiz Stefanie Stauffen.
Zum erstenmal:
Die goldene Eva.
Sonabend: Die goldene Eva.
Sonntagnachmittag: Die religiösen
Studenten. Abends: Romeo und
Julia.
Montag: Die religiösen Studenten.

Residenz-Theater

Direktion S. Lautenburg.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Empfehlung.
Abends 8 Uhr:
Der keusche Casimir.
Deutsch-Amerikanisches Theater.
Heute: Köpnickestr. 67.
Zum Anfang 8 Uhr.
Ende 10 Uhr 30 Min.
GASTSPIEL
A. d. Philipp.
Ueberr grossen
163. TEICH.
Male:

Apollo-Theater.

8 Uhr:
Frühlingsluft
mit dem Blütenhochzeit.
Ballett
Neue Specialitäten-Debüt
Miss Cronin. X X 3 Joscarys.
Robert Steidl.
Martin Kettner mit ihren neuesten
Solo-Schlagern.
Quartett Legay. X X 3 Zagas.
Messieurs Kosmograph.
Anfang 8 Uhr.
Sonntagnachm. 3 Uhr kleine Preise:
Lysistrata.

Casino-Theater.

Lothringersstr. 37. Anf. 8. Sonntag 7 1/2.
Das neue Februar-Programm.
Friedrich Valcanus u.
Neu! Badekuren.
Wie einst im Mai.
Sonntagnachm. 4 Uhr: Der vor-
tauschte Sohn.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73. Anf. IV 4440.
Anf. 7 1/2 Uhr. Direction Jean Kron
und Alfred Schönfeld. Anf. 7 1/2 Uhr.
Heute und folgende Tage:
Guido Thielscher als Hochtourist.
Sonntag 7 1/2 Uhr: Charleys Tante.
Dienstag, d. 9., u. Donnerstag, d. 11.:
Gastspiel Isadora Duncan.

Cirkus Schumann.

Nur kurzes Gastspiel.
Einzig und allein dastehendes Natur-
wunder der Jetztzeit.
Der **Chimpanse** gen. **Consul.**
Vuhenden: **Riesen-Programm.**
Phänomenale Löwendressur 25 Löwen des Herrn
BABEL. Grosse Ausstattung-
Pantomime.
Sonntag in beiden Vorstell. der Chimpanse gen. Consul.
Nachmittags: Pierrots Weihnachts. Abends: Babel.
Gedrüder

Urania.

Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Der Erdball als Träger des Lebens.
Hörspiel:
Dr. G. Nass: „Käthchenchemie“.
Sternwarte Invaliden-
str. 57/62.
Dr. B. Donath: „Radium“.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Elektra.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: **Nachtsyl.**

Metropol-Theater

Durchlaucht Radieschen!
Burleske Ausstattungssposse mit
Gesang und Tanz in 4 Bildern
von Julius Freund.
Musik von Victor Holländer.
In Scene gesetzt vom Direktor
Richard Schultz.
Im 4. Bilde:
Grosses Ballett
Wie damals im Monat Mai.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.
Der Alte kommt!
Vaudeville-Operette in 3 Akten von
Max Feldberg und Max Leroyowski.
Musik von Gumpert. Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag 4 Uhr: Robinson Crusoe.

Trianon-Theater.

Georgenstraße, zwischen Friedrich-
und Universitätsstraße.
Madame X.
Anfang 8 Uhr.
Sonntagnachmittag: „Biscotto.“

Steidl-Theater

Linien-Oranien-
strasse 132 burger Thor.
Riesenerfolg!
Das teure Vaterhaus.
Dramolett von Rich Steidl.
Vollständig neues Programm.

Berliner Prater

Stettiner-Platz 7-9.
Freitag, den 5. Februar 1904:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Der Walzerkönig.
Große Völle mit Gesang in 4 Akten
von H. Mannhilt.
Anfang 8 Uhr.
Montag, den 8. Februar: Kabale
und Liebe.

Palast-Theater

Burgstraße 22. früher Fean-Palast.
Heute abend 8 Uhr:
Extra-Elite-Vorstellung.
Deborah.
Schauspiel in 4 Akten von Kolofel.
Waltzstücke erster Bühnenkünstler.
Halbe Kassenpreise.
Morgen abend 8 1/2 Uhr:
Das Millionenmüdel.
Vorher Konzert und Specialitäten.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: Elio-
Vorstellung. Halbe Kassenpreise.
Deborah. Abends 8 Uhr: Das
Millionenmüdel.
Anfang Sonntag 8. Sonntag 7 1/2 Uhr.

Belle-Alliance-Theater.

Belle-Alliancestr. 7/8. Anf. VI 283.
Anf. 7 1/2 Uhr. Direction Jean Kron
und Alfred Schönfeld. Anf. 7 1/2 Uhr.
Heute und folgende Tage:
Götterweiber.
Ausstattungs-Burleske in 3 Akten
mit Gesang und Tanz.
Sonntagnachm. 3 Uhr: Maria Stuart.

Chimpanse gen. Consul.

Vuhenden: **Riesen-Programm.**
Phänomenale Löwendressur 25 Löwen des Herrn
BABEL. Grosse Ausstattung-
Pantomime.
Sonntag in beiden Vorstell. der Chimpanse gen. Consul.
Nachmittags: Pierrots Weihnachts. Abends: Babel.
Gedrüder

Urania.

Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Der Erdball als Träger des Lebens.
Hörspiel:
Dr. G. Nass: „Käthchenchemie“.
Sternwarte Invaliden-
str. 57/62.
Dr. B. Donath: „Radium“.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Elektra.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: **Nachtsyl.**

Metropol-Theater

Durchlaucht Radieschen!
Burleske Ausstattungssposse mit
Gesang und Tanz in 4 Bildern
von Julius Freund.
Musik von Victor Holländer.
In Scene gesetzt vom Direktor
Richard Schultz.
Im 4. Bilde:
Grosses Ballett
Wie damals im Monat Mai.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.
Der Alte kommt!
Vaudeville-Operette in 3 Akten von
Max Feldberg und Max Leroyowski.
Musik von Gumpert. Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag 4 Uhr: Robinson Crusoe.

Trianon-Theater.

Georgenstraße, zwischen Friedrich-
und Universitätsstraße.
Madame X.
Anfang 8 Uhr.
Sonntagnachmittag: „Biscotto.“

Steidl-Theater

Linien-Oranien-
strasse 132 burger Thor.
Riesenerfolg!
Das teure Vaterhaus.
Dramolett von Rich Steidl.
Vollständig neues Programm.

Berliner Prater

Stettiner-Platz 7-9.
Freitag, den 5. Februar 1904:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Der Walzerkönig.
Große Völle mit Gesang in 4 Akten
von H. Mannhilt.
Anfang 8 Uhr.
Montag, den 8. Februar: Kabale
und Liebe.

Palast-Theater

Burgstraße 22. früher Fean-Palast.
Heute abend 8 Uhr:
Extra-Elite-Vorstellung.
Deborah.
Schauspiel in 4 Akten von Kolofel.
Waltzstücke erster Bühnenkünstler.
Halbe Kassenpreise.
Morgen abend 8 1/2 Uhr:
Das Millionenmüdel.
Vorher Konzert und Specialitäten.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: Elio-
Vorstellung. Halbe Kassenpreise.
Deborah. Abends 8 Uhr: Das
Millionenmüdel.
Anfang Sonntag 8. Sonntag 7 1/2 Uhr.

Cirkus Busch.

Nur noch kurzes Gastspiel:
Wunder-Dressuren des
Mr. Richard Sawado mit seinen
wilden Königstigern.
Die offene Schleiße
des Monsieur Satas aus Paris.
Herr Burkhardt-Footitt auf „Zum
Stein“, Bolleblat von Nephthia a.
d. Centure. Wlk. de Holstein auf
ihre inländ. Springpferd „Wilton“.
Aus den Alpen.
Der Automobilsturz.

Etablissement Sagenhagen

Moritzplatz.
Am Kaiserplatz:
Künstler-Gesellschaft
„Nordsterne“
unter Leitung d. Herrn
Rudolf Schauss.
Kaffeezerk. 5 Uhr.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Entrée 50 Pf.
Nach der Vorstellung:
Tanzfränzchen.
In den unteren Sälen:
Görlich-Kouzer und Boadickef.

Sansonei.

Kottbuscher Thor - Stat. der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag
und Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
u. Tanzfränzchen.
„Kalt gestellt.“
Dienstag, den 9. Februar:
Ein Mann aus dem
Volke.
Bohnen-Vorzugst. gültig.

Königstadt-Kasino

Golymarktstr. 72. Ecke Alexanderstraße.
Täglich:
Franz Sobanski.
Die neuen Specialitäten mit
Hedwig Döring.
Zum Schluss die
Gefangnisse
Nach der Vorstellung: Mittwoch,
Sonabend u. Sonntag: **Tanz.**

Arbeiter-Radfahrerverein

„Berlin“.
Sonntagmittag 1 Uhr:
Prenzlauer Chor nach Bernau
(Glysum). 11/9

Vorwärts-Buchhandlung

SW. Lindenstraße 69, Laden.

Schriften von Karl Marx:

Das Kapital. Kritik der politischen
Ökonomie. 2 Bde. 1867/85.
1. Bd.: Der Produktionsprozess
des Kapitals. 4 Aufl. R. 9.-;
in Halbbr. geb. R. 11.-
2. Bd.: Der Verwertungsprozess
des Kapitals. 2 Aufl. R. 8.-;
in Halbbr. geb. R. 10.-
3. Bd.: Der Gesamtprozess der
kapitalistischen Produktion. Zwei
Teile. R. 10.-; in Halbbr.
geb. R. 14.-
Die Klassenkämpfe in Frankreich
1848-50. Mit einer Einleitung von
Friedrich Engels. R. 1.-
Der Bürgerkrieg in Frankreich.
Abhandlung des Generalrats der Inter-
nationalen Arbeiter-Assoziation. R. — 30
Entwürfe über den Kommu-
nizismus. Drogen zu Köln. Mit
Einleitung von Fr. Engels u.
Dokumenten. R. — 25
Lohnarbeit und Kapital. Separat-
abdruck aus der „Neuen Rheinischen
Zeitung“ vom Jahre 1849. R. — 30
Das Geld der Philosophie.
Antwort auf Brudhans „Philo-
sophie des Geldes“. Deutsch von
Ed. Bernstein und A. Kaustky.
Mit Vorwort und Noten von
Fr. Engels. Prof. R. 1.50;
geb. R. 2.-
Marx vor den Kölner Ge-
schworenen. Prozess gegen den
Ausführer der rheinischen Demo-
kraten wegen Aufrufs zum be-
waffneten Widerstand (9. Febr. 1849).
Mit Vorwort von Fr. Engels.
Neue Auflage. R. — 20
Revolution und Kontor-Revo-
lution in Deutschland. Deutsch
von Karl Kaustky. Prof. R. 2.-
R. 1.50; geb. R. 2.-
Der 18. Brumaire des Louis
Bonaparte. R. 1.-

Stoff-Reste

für Heiratsanzüge, Paletots usw.
spottbillig.
Tuchfabrik-Niederlage
Berlin C., Rosstrasse 2
Koch & Seeland.

Hasen vorletzte Woche!

Wittelsch 30, 40, Blatt 60 Pf.
Grüne 60 Pf. auch ausgesch.
Klein und Linsen.
A. Ritschl, Dresdenerstr. 61. IV, 1599.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Die werthen Mitglieder, die in Innungs-Druckereien
arbeiten, ersuchen wir, bei der bevorstehenden Wahl für
den Gesellenauschuss folgenden Kollegen ihre Stimme
zu geben.
Als Vertreter:
Kugo Michaelis (Sittenfeld).
Bernhard Spittel (Günther u. Sohn).
Als Stellvertreter:
Richard Koeckeritz (Bahlke).
Robert Kittel (Elsner).
Die Stimmzettel werden von der Innung direkt
an die Druckereien versandt und sind fehlende Stimm-
zettel von dem Bureau der Innung, Friedrichstr. 239,
zu reklamieren.
Dr. Gauvrontand:
J. A. Albert Nassini.

FrISCHE Blut- u. Leber- Wurst

in bekannter In-
deler Qualität.
Rich. Augustin. Lindenstr. 69.
Bismarck-Haus. Feinbäck- und
Wittgangsbäck. Schungsbücher.
Wilhelm Glewes Etablissement
„Süd-Ost“
Waldemarstr. 75.
Jeden Dienstag, Donnerstag
und Freitag: 41302*
Großer Bod- Jubel.
Frei-Konzert
der beliebten Baumann-Kapelle.
Anfang 8 Uhr. Entrée frei.

HALT!

Wollen Sie Ihren Husten, Ihre
Erkältung oder das Kitzeln
im Halse los sein? — Wollen Sie
eine klare Stimme haben und
von Ihrer Verschleimung befreit
sein? — gebrauchen Sie bitte
Pascoe's Brust-Pastillen
à PACKET 25 PFENNIG.
Sie werden den Versuch nicht
beueuen!
Zu haben in Apotheken und Drogerien.

Berliner Uk-Trio.

Felix Scheuer U-Stralanderstr. 1.
Von Verlage von G. Birk & Co.,
München, erschien und durch alle
Buchhandlungen und Kolportage
ist zu beziehen:
Die Opfer der Kaserne
von Rudolf Kraft
fr. bayr. Oberleutnant a. D.
96 S. Prof. 50 Pf.
Die Schrift des bekannten Militär-
Schriftstellers enthält eine Fülle von
Material gegen den Militarismus und
über die Soldateneinrichtungen.
Demnächst erscheint:
Julius Vahlteich:
Ferd. Lassalle
und die Anfänge der deutschen
Arbeiterbewegung.
Preis 1 R. 40882*

Günstige Gelegenheit!

Kragen, Manschetten, Serviteurs.
Einzigsten-Herrenträger, best. Hadik,
rein Lein. 4 fach, p. Dbd. nur 2 R.
Manschetten, prima, garnirt, 4 fach,
1/2 Dbd. 1.80 R. 39942*
Serviteurs, ganz prima, einzelne
Sachen, Stk. 30, 40 u. 50 Pf.
• Cbergehenden, Rauchweren, •
außerordentlich preiswert.
Ernst Marcuse, Münchstr. 23.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.

Specialarzt für [70]13*
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntag 10-12 2-4

Dr. Schünemann

Specialarzt für Haut-, Harn- und
Nierenleiden, Seydelstr. 9.
1/2, 12-1/2, 3, 1/2, 6-1/2, 8, Sonntag 9-11

Prosit! Böhmisches Brauhaus. BERLIN.



Empfehlen unser helles u. dunkles
Tafelbier:
Gambrinusbräu (Münchener)
Nepomukbräu (Pilsener)
Böhmisches Brauhaus NO.
Fass-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5088.
Flaschen- „ Frieden-Strasse 93. T. VII. 1670.
Unsre Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen
Kolonialwaren-Handlungen.

Abgeordnetenhaus.

10. Sitzung, Donnerstag, den 4. Februar 1904, 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Podbielski. Die zweite Beratung des Etats der Landwirtschaftlichen Verwaltung, dauernde Ausgaben, wird fortgesetzt.

Abg. Glayel (natl.): Auch wir wünschen, daß möglichst bald neue Handelsverträge geschaffen werden, wir wünschen aber nicht, daß die bisherigen Verträge gekündigt werden, ehe eine neue Regelung der landespolitischen Verhältnisse erfolgt ist. Im Augenblick hören wir ja, sind die Verhandlungen mit Westeuropa eingeleitet und wir werden abwarten müssen, ob der Weg, den die Regierung eingeschlagen hat, nicht doch zum Ziele führt. Wir hoffen, daß es auch gelingen wird, mit Rußland in ein klares handelspolitisches Verhältnis zu kommen. Wir erwarten jedenfalls, daß auf dem Schutze der Landwirtschaft, insbesondere auch der Viehzucht, beim Abschluß von Verträgen die möglichste Rücksicht genommen wird. Die schwierige Lage der Landwirtschaft haben meine Freunde nie verkannt. Die Hauptschuld daran trägt ja die Leutenot. Der Anstieg des Grafschmids, diese Leutenot zu mildern durch mögliche Ausbreitung der eisernen Arbeiter, der Maschinen, im landwirtschaftlichen Betrieb steht die Industrie naturgemäß sympathisch gegenüber. Für eine Einschränkung der Freizügigkeit der ländlichen Arbeiter sind wir aber nicht zu haben. Dagegen wird die innere Kolonisation ein wirksames Mittel zur Verminderung der Landflucht sein. Dringend bitte ich die Regierung, die Bestrebungen der Pommerischen Anstaltungs-Gesellschaft finanziell zu unterstützen.

Begünstigt der Seuchengefahr werden wir nach wie vor ein wachsendes Auge haben müssen, wenn auch die Maul- und Klauenseuche so gut wie erloschen ist. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Hirsch (fr. Sp.): Die Ausführungen des Herrn Vordredners über die Handelspolitik gehörten wohl mehr in den Reichstag als hierher. Graf Kanitz erinnerte an die kaiserlichen Versprechungen. Das war recht unvorsichtig. Er mahnte nur dabei an die kaiserlichen Worte, welche uns noch vor nicht langer Zeit eine Verbindung zwischen Rhein und Elbe versprochen, die aber leider nicht in Erfüllung gegangen sind; durch wessen Schuld, darüber besteht ja kein Zweifel. Die berechtigten Sorgen der Regierung vor einer schweren Erschütterung unseres Wirtschaftslebens durch Kündigung der Handelsverträge, bevor neue Verträge abgeschlossen sind, verspottet Graf Kanitz. Auch meine Partei hat von jeher ein warmes Herz befehlen für die deutsche Landwirtschaft (Große Mehrheit rechts. Sehr richtig! links). Wir vermissen auch nicht, daß die Landwirtschaft sich seit einer Reihe von Jahren in einer schwierigen Lage befindet, aber wir stimmen nicht ein in die pessimistischen Rufe der fortschreitenden Verelendung der Landwirtschaft. So wie die Sozialdemokratie ihre Verelendungslehre aufgegeben hat, sollte dies auch unsere Landwirtschaft thun. Die Statistik beweist, daß sich die Einkommensverhältnisse auf dem platten Lande nicht verschlechtert, sondern verbessert haben. (Hört! hört! links.) Unter solchen Umständen darf man um so weniger mit den Handelsverträgen va banque spielen. (Sehr richtig! links.) Die Wehrkraft des Landes und den Schutz des sozialen Friedens verlangt Graf Kanitz von der Regierung. Nun, die Wehrkraft des Landes darf nicht aufrechterhalten werden, wenn man die Industrie schweren Erschütterungen aussetzt, die doch einen großen Teil der Lasten des Militarismus aufringt und der soziale Frieden wird am wenigsten gefördert, wenn man durch Verteuerung der Lebensmittel die Arbeiter verbittert und immer neue Scharen der Sozialdemokratie in die Arme treibt. (Sehr richtig! links.) Die Krise der Landwirtschaft wird nicht durch hohe Zölle, sondern durch die sogenannten kleinen Mittel der Genossenschaften und Bildungsmittel überkommen. In Dänemark haben einen wesentlichen Einfluß in dieser Richtung gehabt die vom Staate unterstützten Volkshochschulen zur praktischen Ausbildung der ländlichen Bevölkerung. Unsere landwirtschaftlichen Volkshochschulen sind leider noch recht wenig besucht. — Ich möchte die Aufmerksamkeit des Herrn Ministers vor allem auf unsere 5 Millionen Landarbeiter richten. Für diese geschieht leider in Preußen recht wenig. Vor allem müßte ihnen die volle Koalitionsfreiheit gewährt werden. Sollen denn diese 5 Millionen Arbeiter ganz ausgeschlossen sein von aller Sozialreform? Unsere Landarbeiter stehen heute noch unter dem Befehl von 1854, das ihnen jede Koalitionsfreiheit nimmt. Die Koalitionsfreiheit allein aber sichert auch den ländlichen Arbeitern wirtschaftliche Freiheit und Gleichberechtigung. Verfolgt man ihnen dies Recht, so treibt man sie in die Arme der Sozialdemokratie. Herr v. Rühlmann-Dahmsdorf behauptete im Reichstag, die Gewährung des Koalitionsrechts an die Landarbeiter könnte einen Hungersnot für das ganze Land zur Folge haben. Das ist eine grausame Verdrehung der wahren Verhältnisse. (Sehr wahr! links.) Warum sind denn in England keine Hungersnöte ausgebrochen, wo die Landarbeiter seit langen Jahren das Koalitionsrecht haben? Rüge der Herr Minister sich seiner Pflicht bewußt werden, auch für die ländlichen Arbeiter zu sorgen im Interesse des sozialen Friedens. (Bravo! links.)

Abg. Camp (fr. Sp.):

Ich möchte dem Vordredner die Illusion nehmen, als ob er etwa mit seiner Rede zur Förderung des sozialen Friedens beigetragen hat. Noch selten ist hier eine so agitatorische und von Unrichtigkeiten wimmelnde Rede gehalten worden. (Unruhe links. Sehr richtig! rechts.) Wo haben Sie denn den sozialen Frieden, den Sie immer predigen, in der Industrie? Sind da etwa die Arbeiter zufrieden? Der Hinweis auf die steigenden Einkommensverhältnisse auf dem Lande beweist, daß der Herr Abg. Hirsch von diesen Dingen keine Ahnung hat. (Unruhe links.) Auf dem Lande wohnen doch viele Leute, die ihr Einkommen aus der Industrie beziehen. — Herr Hirsch behauptete, die ganze Sozialreform wäre für die Landarbeiter nicht da. Ist ihm denn gar nicht bekannt, daß die Alters- und Invalidenversicherung auch auf die Landwirtschaft ausgedehnt ist und daß außerordentlich viel für erkrankte ländliche Arbeiter geschieht? Dieser Teil seiner Rede schien mehr auf die Wirkung nach außen berechnet zu sein als für uns, die wir die Verhältnisse doch genau kennen. Der Schlag seiner Rede sollte offenbar der Hinweis auf die Besatzungs-Ordnung von 1854 sein. Ich bitte Herrn Hirsch, mir die Fälle nachzuweisen, wo die Bestimmungen dieses Gesetzes heute wirklich zur Anwendung kommen. Freilich ein Inspektor, der einen resistenten Arbeiter vor sich hat, kann auf dem Lande, wo die Polizei nicht gleich in der Nähe ist, häufig ohne ein paar Ohrfeigen nicht auskommen. — Eine Vermehrung der Fortbildungsschulen wünsche auch ich, eine einzelne ländliche Gemeinde kann aber unmöglich eine solche Schule einrichten. Ein wesentlicher sachlicher Vorteil kann auch von den Fortbildungsschulen nicht erreicht werden. Die Löhne der Landarbeiter sind in den letzten Jahrzehnten auf das Doppelte gestiegen.

Den Herrn Minister möchte ich bitten, vor allem dafür zu sorgen, daß die Viehzucht nicht heruntergedrückt werden. Besonders angeht es der jetzt wieder geradezu miserablen Schweinepreise bedarf unsre Viehzucht eines besonderen Schutzes. Sehr wünschenswert wäre eine Kontrolle über die Notierungen der Viehpreise auf den Viehmärkten, besonders in Berlin. Ich möchte den Herrn Minister fragen, wie es mit der Krankenversicherung für ländliche Arbeiter steht? Das Bedürfnis zu einer obligatorischen Einführung der Krankenversicherung besteht für weite Kreise der ländlichen Arbeiter zweifellos nicht; in einzelnen besonders fleißigen Gegenden aber ist eine erhöhte Krankenversicherung dringend notwendig. Hier sollte auf dem Wege der Landesgesetzgebung Abhilfe

geschaffen werden, ehe das Reich schematisch eine obligatorische Krankenversicherung auch für die Landarbeiter einführt. Herr Gothein hatte seiner Zeit behauptet, es gäbe Landwirte, die 4 bis 5 Proz. herauswirtschafteten. Ich habe mich bei den Herren, die Herr Gothein mit Namen anführte, erkundigt und sie alle haben mir geantwortet, daß davon keine Rede sein könne, ich müße Herrn Gothein mißverstehen haben. Im übrigen bestätigen die Antworten der Herren durchaus das, was ich stets über die Rentabilität der Landwirtschaft ausgeführt habe.

Landwirtschaftsminister v. Podbielski:

Ich will schon jetzt, ehe alle 36 gemeldeten Redner gesprochen haben, auf den Saal voll Wünschen eingehen, die bereits geäußert sind. — Im allgemeinen ist es tatsächlich richtig, daß heute die Arbeit, die die einzelnen Besitzer in den landwirtschaftlichen Betrieb hineinstecken, tatsächlich keine Entlohnung findet. (Sehr richtig! rechts.) — Man klagt über das Herabgehen der Zuderpreise. Die Betriebe haben aber schon häufig gewechselt. Früher war die Wolle der Hauptproduktionszweig, dann der Getreidebau, der heute auch nicht mehr rentabel ist. Jetzt weiß man uns auf die Viehzucht hin, aber die Schweinepreise sind, wie schon betont wurde, in einer Weise gefallen, die besonders für die kleinen ländlichen Besitzer eine katastrophale Schädigung bedeutet. (Sehr richtig! rechts.) — Graf Praßma wünschte eine günstigere Tarifierung für die Produkte der Landwirtschaft auf den Eisenbahnen. Das klingt ja sehr verlockend, aber die Herren mögen bedenken, daß an solchen Vergünstigungen nach den bestehenden Handelsverträgen auch das Ausland teilnimmt; daher ist diese Sache oft ein recht zweischneidiges Schwert. — Die Ausführungen des Herrn Goldschmidt über die Trichinen mußten den Herrn Abgeordneten selbst dazu führen, mit aller Energie für eine Sperrung der Grenzen gegen ausländisches Vieh einzutreten. Die Maul- und Klauenseuche ist mit Ausnahme von Hohenzollern-Sigmaringen so gut wie erloschen; ich hoffe, daß es in diesem Winter gelingen wird, sie ganz zu vernichten. Die Lungenseuche ist in neuester Zeit in Polen anscheinend durch russisches Vieh wieder eingeschleppt worden. Die Herren Landwirte aus dem Osten sollten mit allen Kräften gegen den Viehschmuggel an der Grenze auftreten. Ueber das neue Wehringische Serum gegen die Tuberkulose sind Versuche angestellt worden. Wesentliche Fortschritte sind auch in der Bekämpfung des Roges bei den Pferden gemacht worden. Die ansteigende Zunahme der Schweinekrankheiten ist wohl auf die genauere Untersuchung infolge des Fleischschau-Gesetzes zurückzuführen. Ich hoffe, wir werden auch in der Bekämpfung dieser Krankheiten vorwärts kommen. Was die Preisnotierungen anlangt, so ist es mein Bestreben gewesen, endlich eine feste unabhängige, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Preisnotierung zu erlangen. Die Frage hängt mit der Reichs- und Gewerbe-Ordnung zusammen und wird zur Zeit vom Handelsminister geprüft. — Für eine bessere Umgestaltung der ländlichen Wohnungen trete ich gern ein, aber ich kann nicht soweit gehen, die Landwirtschaft zu veranlassen, Einzelnen besondere Kredite für diesen Zweck zu bewilligen. Die Fortbildungsschulen sind von hoher Bedeutung und müssen als Vorbereitung für die Fachschulen dienen. Ich hoffe, daß wie jetzt in Oesterreich, dann auch in anderen Provinzen ähnlich vorgegangen wird. Einzelne Gemeinden können da nichts thun, darin hat Herr Camp durchaus recht. — Mit der Anwendung der Elektrizität in der Landwirtschaft werden fortgesetzt Versuche gemacht.

Es sind dann die Arbeiterverhältnisse berührt worden. Herr Goldschmidt wies neulich auf die niedrigen Löhne der Forstarbeiter hin. Er hat vergessen, daß diese Arbeiter außerdem noch Wohnung haben, daß ihnen Holz, Weide, Ackerland gewährt wird. Den ländlichen Arbeitern wird eben nicht alles in Geld gegeben; das vergibt man und daher kommen dann die schrecklichen Schilderungen von den ländlichen Hungerlöhnen. (Sehr richtig! rechts.) Uebrigens bekommen die Forstarbeiter noch mehr Lohn als die sonstigen Landarbeiter. (Abg. Goldschmidt: Also noch schlechter!) Das ist aber ganz erklärlich, da die Forstarbeiter überwiegend im Winter gebraucht werden, wo die Landwirtschaft naturgemäß weniger zahlen kann. Eine Krankenversicherung der ländlichen Arbeiter halte ich für sehr schwer durchführbar. Wo die Notwendigkeit vorliegt, sollten die Landwirte zusammentreten und durch einen Verband sich versichern. Eine Schablonisierung verleiht die Landwirtschaft am wenigsten. Das Koalitionsrecht für unsere ländlichen Arbeiter weiter auszubauen halte ich nicht für richtig. Unser Vaterland würde dadurch vor schwere Erschütterungen gestellt werden, wenn etwa durch extreme Ausnutzung dieses Rechtes die Arbeiter gerade zur Zeit der Ernte die Arbeit niederlegen würden. Wir haben ja gesehen, zu welchen Konsequenzen das Koalitionsrecht der Eisenbahn-Arbeiter in unserem Nachbarlande geführt hat. (Sehr richtig! rechts.) Ich hoffe, Sie haben aus meinen Ausführungen ersehen, daß ich stets bereit bin, auf dem Boden der landwirtschaftlichen Verhältnisse für die Interessen unserer Landwirtschaft in Preußen einzutreten. (Beifall rechts.)

Abg. Brömel (fr. Sp.):

Der agitatorische Hauch, den Herr Camp in der Rede des Herrn Dr. Hirsch fand, lag weniger in der Art seiner Ausführungen als in den Zielen selbst, die er schilderte. (Sehr richtig! links.) Herr Dr. Hirsch hat in ruhiger und sachlicher Weise vorhandene Mängel kritisiert, seine Ausführungen waren eine Mahnung an die Regierung, die mindestens in gleichem Maße das Gepräge des Patriotismus trug, wie die Ausführungen des Herrn Camp. Herr Camp ist auch auf das Verhältnis der freiwirtschaftlichen Vereinigung zur Sozialdemokratie eingegangen. Ich habe die Verbände mit der Sozialdemokratie, wie sie von einzelnen meiner Parteigenossen beschrieben wird, stets bekämpft. Was das Schicksal über den Crimmitschauer Streik anlangt, so kann ich es nur als tiefste Bedauern, daß dieses Gemisch von fanatischem Klassenhaß und demagogischer Rhetorik in dem Glatte eines Raumes veröffentlicht worden ist, der sich gedrungen gefühlt hat, zur freiwirtschaftlichen Vereinigung überzutreten. (Bravo! bei den Freiwirtschaftlichen.) Seine Auseinandersetzung mit Herrn Gothein hätte Herr Camp im Reichstage vornehmen können; jedenfalls kann aus den privaten Verhältnissen einzelner Landwirte nie ein Schluß auf die allgemeine Lage der Landwirtschaft gezogen werden. — Den Mitteln, die hier zur Förderung der Landwirtschaft empfohlen sind, stimme ich im allgemeinen durchaus zu. Ueber die Ermöglichung der Eisenbahntarife für landwirtschaftliche Güter sollte man nicht so leicht hinweggehen, wie es der Herr Landwirtschaftsminister that. Für die Bildung der ländlichen Jugend sollte weit mehr geschehen. (Bravo! links.)

Abg. Hilde (natl.):

Daß die Handelsvertragsverhandlungen nicht so schnell beendet werden, ist ganz erklärlich, wenn der Schutz für die Landwirtschaft, den wir alle wollen, wirklich erreicht werden soll. Einer so fortigen Kündigung der Handelsverträge können wir aber nicht zustimmen. Das ließe für die Industrie und namentlich die industriellen Arbeiter ein Unheil heraufbeschwören, für das wohl auch keiner vom Hause die Verantwortung übernehmen würde. Wir sind bereit die Landwirtschaft zu fördern, aber wir können auf der andern Seite auch den notwendigen Schutz für die Industrie verlangen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Herold (C.) beschränkt einen Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, wonach die Besitzer der einen gemeinschaftlichen Jagdbezirk bildenden Grundstücke in allen Jagdangelegenheiten, insbesondere bezüglich der

Jagdverpachtung, durch einen Jagdvorstand vertreten werden sollen, der von den Grundbesitzern des Jagdbezirks nach Verhältnis der in ihrem Besitze befindlichen Grundfläche gewählt wird.

Die Herren Freiwirtschaftlichen weisen immer auf die Erhöhung der Lebensmittelpreise durch den Zolltarif hin. Wie wenig es auf die Höhe der Lebensmittelpreise ankommt, beweist aber schon die Thatfache, daß der Zuzug der Bevölkerung in die großen Städte mit ihren hohen Lebensmittelpreisen stattfindet. Würde die Bevölkerung solchen Wert auf billige Lebensmittel legen, so könnte sie sich auf dem Lande viel billiger ernähren.

Redner ergeht sich des weiteren in längeren Ausführungen über die Not der Landwirtschaft und fordert einen ausreichenden Schutz derselben in den Handelsverträgen.

Minister v. Podbielski erklärt sich bereit, der Anregung des von dem Vordredner erwähnten Antrages zu folgen und darauf hinzuwirken, daß noch in dieser Session ein derartiger Gesetzentwurf dem Hause zugeht. (Bravo! rechts.)

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr. (Außer dem Etat der Geschäftverteilung.) Schluß 4 1/2 Uhr.

Die socialdemokratische Agitationskommission der Provinz Brandenburg als Verein.

Das Landgericht I Berlin als Berufungsinstanz hatte den Genossen Reichstags-Abgeordneten Arthur Stadthagen auf Grund des Vereinsgesetzes von 20. M. Geldstrafe verurteilt, weil er als Vortrager des „Vereins“ Agitationskommission für die Provinz Brandenburg es unterlassen habe, der Polizei davon Anzeige zu machen, daß am 9. November 1903 an Stelle des Mitgliedes Schubert der Schankwirt Obst aus Schöneberg in die Kommission eingetreten sei. Das Gericht ließ den Einwand Stadthagens, die Kommission sei überhaupt kein Verein und er auch nicht ihr Vortrager, nicht gelten. Unter anderm führte das Gericht aus: Wesentlich für den Vereinsbegriff im Sinne des öffentlichen Rechts sei das Dasein eines auf einen Vertrag beruhenden Rechtsverhältnisses, durch welches eine Mehrheit von Personen behufs eines ihnen gemeinsamen Zweckes mittels Unterordnung unter eine organisierte Willensmacht nach außen hin zu einer Einheit zusammengeschlossen wird. Diese Voraussetzungen seien hier bei der aus elf Personen bestehenden Kommission gegeben. Die Kommissionsmitglieder würden als allerdings von der Parteigenossenschaft der Markkreuzer Kreise und der Kreise Zeltow-Weeslow und Niederbarnim gewählt und dadurch noch nicht Mitglieder. Erst der Eintritt in die Kommission schließe ein rechtliches Band, einen stillschweigenden Vertrag, der alle in dem Willen vereinige, für die Sozialdemokratie in jeder Form thätig zu sein, abgesehen von der besonderen Agitationsfähigkeit der einzelnen in den Kreisen, die jedem zur besonderen Beachtung überwiesen sind. Ueber die Mittel und Wege, wie der Zweck am besten zu fördern sei, mögen die Ansichten der einzelnen Mitglieder auseinandergehen und hierin mögen sie an die Ansichten der Mehrheit nicht gebunden sein; aber in dem Endzweck seien sie einig, dieser sei allen gemeinsam und zu seiner Verfolgung hätten sie sich unabhängig von ihrer Abgeordnetenschaft (1) persönlich zusammengeschlossen. Durch die ungeschriebene Satzung werde Mitglied jeder Gewählte, der durch seinen Eintritt die Wahl annehme. Die Mitgliedschaft löse sich durch Austritt oder nicht Wiederwahl im nächsten Jahre. Die Frage der Mitgliedschaft sei dadurch gelöst auch ohne formelle Satzungen, die nicht wesentlich seien. Der gemeinsame Endzweck sei tatsächlich gefordert durch sie. Die Mitglieder hätten sich jeden Freitag zu gemeinschaftlichen Sitzungen zusammengefunden, zum Zwecke der Agitation sei eine Schrift „Die Fackel“ und ein Kalender „Der Märkische Landbote“ herausgegeben worden, eine Referentenliste für die Provinz habe man aufgestellt und zum mindesten die Kosten für die „Fackel“, für die Agitation in der Provinz und die Auslagen für die Reisen der Delegierten aus ihrer allgemeinen Kasse bestritten. Insbesondere habe die Kommission unter ihrem Namen als förmlich den Provinzial-Parteitag einberufen und diesen Bericht über ihre Thätigkeit, namentlich über die Verwendung der eingegangenen Gelder erstattet. Alle diese Thätigkeit habe die Kommission nicht entfalten können, wenn sie nicht nach außen hin sich zu einer Einheit zusammengeschlossen hätte. Dem sei auch in der Person des Angeklagten Stadthagen ein Leiter der Verhandlungen bestellt worden, der gleichzeitig als juristischer Beirat fungierte. Es hat weiter ein Mitglied die Kostenführung übernommen, ein anderer habe den Jahresbericht erstattet und wiederum ein anderer die allgemeine Rechnung aufgestellt. Es sei also eine richtige Arbeitsverteilung erfolgt. — Es handele sich also um einen Verein, und zwar um einen Verein im Sinne des § 2 des Vereinsgesetzes, welcher auf öffentliche Angelegenheiten einwirken wolle, und Stadthagen der übrigens das einzige dauernd gewählte Mitglied sei, sei sein Vortrager, als welchen ihn schon seine leitende Stellung charakterisiere. Er hätte demnach die Veränderung im Mitgliederbestande anzeigen müssen.

Stadthagen legte Revision ein und machte in der gestrigen Verhandlung (4. Februar) vor dem Kammergericht zunächst einige formelle Einwände geltend, die er ausführlich durch juristische Darlegungen begründete, unter andern dem Einwand der Verjährung. Eine Rolle spielte dabei besonders die Thatfache, daß das Schöffengericht Stadthagen nicht als Vortrager der Agitationskommission, sondern als Vortrager eines gar nicht existierenden Vereins, der „Vereinigung von Mitgliedern des Central-Wahlvereins der socialdemokratischen Partei“, verurteilt hatte, und zwar auf Grund der §§ 2, 8 und 13 des Vereinsgesetzes, wobei § 8 nur in Betracht kommen könnte, wenn Schankwirt Obst eine Frau wäre. Und der Strafbescheid hatte sich gar gegen den Vortrager der Agitationskommission des Central-Wahlvereins für Zeltow-Weeslow gerichtet, die es auch nicht gibt. — Weiter rügte Stadthagen, eingehend die Rechtsfragen behandelnd, eine Verkenntung des Begriffes „Verein“ und des Begriffes des „Vortragers“. Die Agitationskommission stelle höchstens einen Ausschuss dar.

Der Strafsenat vertwarf die Revision mit der Mahnung, daß Angeklagter nur wegen Vergehens gegen die §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes zu verurteilen sei. Zur Begründung wurde ausgeführt: Der Verjährungseinwand greife nicht durch. Trotz der förmlichen Zeichnung der Kommission im Strafbescheid habe Angeklagter schon damals aus der ausdrücklichen Nennung von Schubert und Obst erkennen können, worum es sich handelte. Und wenn das Landgericht die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg für einen Verein und Stadthagen für seinen Vortrager erachtete, so lasse das Urteil einen Rechtsirrtum nicht erkennen. Allerdings würden Persönlichkeiten, die von andern gewählt würden, nicht durch das Zusammentreten an sich zu einem Verein. So habe ja auch das Kammergericht bei den Gewerkschaftsartenstellen öfter den Vereinscharakter verneint. Da seien dann aber auch die Gewerkschaftsvereine, die Mitglieder des Kartells und die Delegierten nur ihre Vertreter, so daß eine Vereinigung bloßlicher Personen nicht vorliege. Hier sei aber lediglich die Wahlerversammlung der socialdemokratischen Partei einzelner Wahlkreise zusammengetreten und habe die Wahl vorgenommen; die Wahlvereine seien nicht Mitglieder der Kommission. Wenn nun die Gewählten zusammengetreten und eine ganz lose Vereinigung geblieben wären, und jeder nur gehen hätte, was ihm paßte, dann wäre es auch noch kein Verein. Hier indessen seien die Leute zusammengetreten mit dem Willen, gemeinschaftlich im Sinne der Sozialdemokratie zu wirken, und hätten ein regelrechtes Vereinsleben nach bestimmten Grundsätzen geführt und dabei eine ungeschriebene Satzung gehabt, die etwa begann: Mitglieder sind die Gewählten, die sich durch ihre Legitimation ausweisen. Schon durch die Prüfung der Legitimation hätten sie sich einer organisierten Willensmacht unterworfen und dann unterworfen sie sich

Stadthagen als dem Leiter. Die Arbeit wurde verteilt. So sei in dem Urteil ein Rechtsirrthum nicht zu finden. Der Einwand, die Zahl 11 sei zu gering, sei thatsächlicher Natur und könne in der Revisionsinstanz nicht berücksichtigt werden.

Kommunales.

Der Protest gegen die Gültigkeit der Wahl des Stadtverordneten Leis stand gestern zur Beratung in dem Ausschuss. Bei der Stichwahl erhielt Leis 848, Pregel 780, mithin ist Leis mit 68 Stimmen Mehrheit gewählt. Der Protest rügt eine Reihe offenbar ungewissenlicher Momente. Ferner aber behauptet der Protest, es sei auf in der Wählerliste angeführte Wähler, insgesamt 35, ein Druck seitens ihrer Protogebner dahin geübt, statt Pregel Leis zu wählen. Von der anderen Seite wird ein Druck auf eine große Reihe Beamten im Sinne einer Wahl für Pregel behauptet. Der Referent hält alle diese Wahlbeeinflussungen für unerheblich. Ihm schließen sich alle Mitglieder des Ausschusses mit Ausnahme Stadthagens an. Die Ausschussmitglieder meinen, erhebliche Unregelmäßigkeiten seien nur solche, die im Wahllokal vorkommen. Stadthagen trat dieser Anschauung entgegen. Es seien ganz große Wahlbeeinflussungen behauptet, deshalb müsse Beweisaufnahme stattfinden. Die schlimmste Wahlbeeinflussung sei die gegen die Freiheit der Wahlübung durch wirtschaftliche oder amtliche Beeinflussung gerichtet. Der Ausschuss lehnte gegen die Stimme Stadthagens Beweisaufnahme ab. Ferner brachte Stadthagen ihm zugewendetes Material zur Sprache. Er legte ein Flugblatt vor, das zur Wahl von Leis gegen Pregel angeblich im Auftrage von Socialdemokraten aufforderte. Thatsächlich führen die Unterschriften von Kreisbeamten und einer Reihe von Arbeitern her, die nicht im Bezirk der Wahl wohnten, aber durch wirtschaftlichen Druck von Arbeitgebern dahin beeinflusst sein sollen, die Genehmigung zur Unterschrift des Flugblattes zu erteilen, dessen Inhalt ihnen völlig unbekannt war. So habe der Stadtv. Vamberg seinen Hausdiener, der nicht im Wahlbezirk wohnte, veranlagt zu unterschreiben und andere Unterschriften zu besorgen. Leis selbst habe zwei nicht im Bezirk wohnende Arbeiter zu Blanco-Unterschrift bewogen. Ein Maurerpolier habe 15 Arbeiter, die bei seinem Bau in der Dorotheenstraße beschäftigt waren, aber gar nicht in Berlin wohnten, zur Unterschrift in Blanco bewogen. Auch hier verlangt Stadthagen Beweisaufnahme. Von allen Seiten wird anerkannt, solches Verfahren wäre ja nicht schön, wenn es vorgekommen sein sollte; aber bei dem grundsätzlichen Standpunkte, daß es nur auf Unregelmäßigkeiten im Wahllokal ankomme, sei auch dieser Vorfall unerheblich. Die Wahl wurde gegen die Stimme von Stadthagen für gültig erklärt.

Der Standpunkt des Ausschusses ist ein ungewissenlicher und zeigt von neuem, wessen der „Freisinn“ für fähig ist, wenn er die Mehrheit hat. Die Städte-Ordnung beschränkt selbstverständlich die Prüfung der Gültigkeit der Wahl nicht auf Vorkommnisse in dem Wahllokal. Ebenso hält selbst das Verwaltungsgericht Wahlbeeinflussungen für beachtlich, so die Entscheidungen vom 19. Mai 1894, 28. Mai 1895, 14. Februar, 14. September 1894, 20. April 1896 — aber dem Berliner Freisinn gilt eine wirtschaftliche Wahlbeeinflussung für nichts. Wie wird das Plenum entscheiden?

Das Kuratorium für das städtische Obdach hat in seiner letzten Sitzung die Frage erörtert, ob es möglich ist, für die Geisteskrankenstation Räume zu erhalten. Zu diesem Zwecke wurde eine dreigliedrige Kommission eingesetzt. Eine andre Kommission soll sich mit der Frage beschäftigen, auf welche Weise am besten die Vermittelung und Auslösung zwischen im Obdach untergebrachten gefallenen Mädchen und deren Eltern herzustellen sei, ob diese Aufgabe der privaten Wohltätigkeit zu überlassen sei oder aber ob die Stadt nicht selber dahingehende Vorkehrungen treffen könne. Bisher hat die vor einigen Jahren von der Stadt zu diesem Zwecke angestellte Dame lobenswerte Resultate erzielt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die Mitglieder der **Pressekommission** werden gebeten, ihre Adresse an die Redaktion des „Vorwärts“ zu senden. Die nächste Sitzung der Pressekommission findet am **Freitag, den 12. Februar**, abends 7/9 Uhr, auf der Redaktion statt.

Zur Lokal-Liste. Nachstehende Vereine veranstalten in Lokalen Vergnügungen, deren Gäste der Arbeiterklasse zu Verfügung stehen. Sollten zu diesen Vergnügungen Willens angeboten werden, so weise man sie zurück. **Schmidwisch-Gilde:** Der Lotterielub „Fortuna“ am Sonnabend, den 6. Februar, bei Stippeloh in Schmidwisch. **Lichtenberg:** Der Sparverein „Fortuna“ am Sonnabend, den 13. Februar, im Lokal „Börsenhalle“, Central-Viehhof. **Reinickendorf:** Der Rauchsclub „Geselligkeit“ am Sonnabend, den 13. Februar, in „Karl's Friedrichsgarten“ in Reinickendorf.

Fichtenau. Die Notiz in Nr. 25 des „Vorwärts“ vom 30. Januar 1904, daß „Frau Bach's Gesellschaft“ von der Lokal-Liste gestrichen werden soll, beruht auf Irrthum; obiges Lokal steht noch so wie früher der Arbeiterklasse zu Verfügung. Die Lokal-Kommission.

Erster Berliner Wahlkreis. Montag, den 8. Februar, findet in der Krausenstr. 10 bei Müller eine Veranstaltung der Stadtbezirke 10 bis 20 statt, in der Genosse Dr. Arons über „Das Wahljahr und die Socialdemokratie“ spricht. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Sechster Wahlkreis (Schönhauser Vorstadt). Sonntagsabend 6 Uhr findet im Jägerhaus, Schönhauser Allee 103, eine Versammlung für Männer und Frauen statt. Genosse Georg Davidsohn hält daselbst einen Vortrag über „Majestät's-Beleidigungen im alten Rom“. Nach der Versammlung gemüthliches Beisammensein. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vertrauensmann.

Wahlverein Waldmannslust. Die nächste Vereinsversammlung findet Sonntagnachmittag 4 Uhr im Lokal des Herrn Koll in Dallroß statt. Genosse Bartels-Vorleser referiert.

Gildwalde. Die regelmäßige Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet Sonntagnachmittag 4 1/2 Uhr bei Heinrich, Zeuthen-Hantels Abgabe statt. Berichterstattung über die Generalversammlung des Central-Wahlvereins.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die Tagesordnung, die den Stadtverordneten für ihre gestrige Sitzung vorgelegt wurde, sah nicht sehr danach aus, daß es lange Erörterungen geben würde; aber es kam nachher doch anders. Die ersten paar Sachen wurden rasch abgethan, darunter die Eingemeindung des Gutsbezirksanteils Pilsensee, die nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen wurde. Auch die Frage der Verlängerung des Vertrages über die öffentlichen Bedürfnisanstalten veranlaßte trotz der grundsätzlichen Bedeutung dieser Angelegenheit keine Aussprache mehr zwischen den Gruppen der Versammlung. Der Magistrat empfiehlt, unbedenklich um einen früheren Beschluß der Versammlung, eine nochmalige Verlängerung des Vertrages, und die Versammlung ist in ihrer Mehrheit damit einverstanden, daß wieder noch ein paar Jahre so fortgesetzt wird. Die socialdemokratische Fraktion forderte, daß die Stadt die Anstalten jetzt endlich in eigene Regie übernehme. Genosse Z u b e i l begründete diesen Antrag mit allen triftigen Gründen, die dafür sprechen, aber von freisinniger Seite erfolgte keine Antwort, und die Verlängerung wurde gleichmütig beschlossen.

Zur Frage der Eingemeindung der Hasenheide hatte der Stadtverordnete Wallach (Mitte Linke) vor 8 Tagen die Anfrage an den Magistrat gerichtet, wie es eigentlich damit stehe. Da vom Magistrat gegebene Auskunft hatte so wenig befriedigt, daß Herr Wallach ihm jetzt mit einem Antrag auf den Leib rückte, die Sache energisch zu betreiben. Der Magistratsvertreter Stadtrat Bohm gab diesmal eine so eigenartige Antwort — der Magistrat habe angenommen, die Versammlung meine es mit ihrer Forderung einer Eingemeindung der Hasenheide nicht ernst — daß die Redner aller Fraktionen mit seltener Einmütigkeit scharfe Kritik an diesem Verhalten übten. Von den freisinnigen Rednern wurde gerügt, daß der Magistrat es nicht für nötig gehalten habe, auf die früheren Verhandlungen der Versammlung über diese Angelegenheit irgend welche Rücksicht zu nehmen. Unser Genosse Borgmann zeigte, daß die städtischen Behörden gut daran thäten, über Eingemeindungsfragen — auch wenn es sich nur um kleine Gebietsteile handelt — sich klar und unvornehmlich zu äußern, damit die Regierung sich solche Rundgebungen ad notam nehme. Der Antrag Wallach wurde einstimmig angenommen.

Um die Badeanstalt auf dem Wedding entbrannte ein heftiger Streit, der bald — wie alle von freisinniger Seite an der Hochbauverwaltung geübte Kritik — in gisrige Angriffe auf Stadtbaurat Hoffmann ausartete. Als der Antrag gestellt wurde, den Bau-Entwurf noch einem Ausschuss zu überweisen, sprach unser Genosse Borgmann dagegen und blieb dabei völlig in den Grenzen sachlicher Erwägung. Aber Herr Cassel konnte es sich nicht versagen, wieder einmal dem „teuren“ Vaurat etwas am Zeuge zu flicken. Er wies auf die „enormen Kosten“ der geplanten Badeanstalt hin und richtete unter dem Veisfall seiner Freunde an den Magistrat die Bitte, künftighin billiger zu bauen. Herr Kommsen hieb in dieselbe Kerbe, aber Vaurat Hoffmann war auf die Angriffe vorbereitet und führte seine Begnner nicht abel ab. Außer dem Redner der socialdemokratischen Fraktion fand niemand ein Wort der Verteidigung für den Vaurat. Immer wieder kamen Cassel und Kommsen auf ihre alten, abgedroschenen Klagen zurück, und ihre Gefolgschaft lärmte Veisfall. Es war ein beschämendes Schauspiel; die Annahme des Bau-Entwurfes machte ihm ein Ende.

Ueber das Verhältnis der an der Stadtbahn beschäftigten Beamten zu ihren Vorgesetzten bringt die „Staatsbürger-Zeitung“ ganz bedenkliche Nachrichten. Das Antisemitenblatt schreibt u. a.: „An Stelle der Grundzüge und mündlichen Vorredungen, die früher für die Erledigung des Dienstes bestimmend waren, ist jetzt ein schriftlicher Verkehr getreten und etwaige mündliche Abmachungen oder Aufträge werden durch nachfolgende schriftliche Verfügungen des Vorstandes häufig aufgehoben oder geändert; den Beamten selbst jede Sicherheit und Freiheit im Handeln, sie können selbst ihre durch langjährige Praxis erworbenen örtlichen und sonstigen Kenntnisse und Erfahrungen häufig für ihren Dienst gar nicht verwenden, denn sie wissen vielfach nicht, woran sie mit ihrem Dienst sind. Trozdem die Beamten heute viel mehr arbeiten als früher, werden sie mit ihrem Dienste doch nicht fertig, denn manche Arbeiten sind nutzlos, manche wieder müssen doppelt gemacht oder geändert werden usw.; im übrigen waltet im Dienste eine diesen erschwerende übergroße Sparsamkeit vor. Die Beamten empfinden es schmerzhaft, daß sie das Vertrauen ihres vorgelegten Betriebs-Vorstandes, an das sie von früher her so lange gewöhnt waren, nicht voll besitzen. Auf sämtlichen Beamten der Berliner Stadtbahn liegt gewöhnlich ein Druck der Unzufriedenheit, der die Berufs- und Arbeitsleidigkeit hemmt.“

Ueber die Zustände im Eisenbahnbetriebe haben wir ja auch schon mancher erbauenden Dinge berichten können. Aber was die „Staatsbürger-Zeitung“ bringt, ist ja beinahe derart, daß für die Sicherheit des Verkehrs das schlimmste zu befürchten ist. Am Ende lassen die Reden und Vorarbeiten zur Socialistenverteilung Herrn Minister Rudde so viel Zeit, um den Beschwerden einmal auf den Grund zu gehen. Vielleicht nutzt eine ordentliche Untersuchung sogar etwas, während die Socialistenstürereien wie anderswo so auch hier im Eisenbahnbetriebe völlig zwecklos sind.

Die Entwidlung der Berliner Vorortbahnen. Der Ausweis über den Verkehr der kleineren Straßenbahn-Gesellschaften, die von der Großen Berliner Verwaltung verwaltet werden, zeigt unter anderem die überaus günstige Entwicklung der Vororte. Die Westliche Berliner Vorortbahn hat im Jahre 1903 nicht weniger als 16 678 000 Einwohner befördert. Gegen das Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme von nicht weniger als 4,7 Millionen. Der Verkehr dieser Bahn ist somit um mehr als ein Drittel gewachsen. Die Westliche Berliner Vorortbahn ist damit an die erste Stelle unter den Vorortbahnen getreten und hat die Berlin-Charlottenburger Straßenbahn überholt, die früher an erster Stelle stand. Die Charlottenburger Straßenbahn hat im vergangenen Jahre 15 786 000 Personen befördert, etwas weniger als im Vorjahre, in dem der Verkehr auf 15,9 Millionen berechnet worden war. Auch die Betriebseinnahmen der Westlichen Berliner Vorortbahn sind jetzt größer. Sie betragen 1 778 000 gegen 1 602 000 M. bei der Charlottenburger. Der starke Verkehr der Westlichen ist in erster Linie auf die Sommer- und Feiertage zurückzuführen. Die Bahn hat nur wenig über 5 Millionen Wagenkilometer geleistet, dabei aber 83 Pflanzkilometer gefahren. Die Charlottenburger Gesellschaft fuhr dagegen 5,2 Wagenkilometer, aber nur 78 1/2 Pflanzkilometer. Auch die Entwicklung der Südlichen Vorortbahn ist eine günstige. Sie hat 3 615 000 Personen gegen 3 1/2 Millionen im Vorjahr befördert und dafür 386 500 Mark eingenommen. Alle drei Gesellschaften beförderten zusammen etwas über 36 Millionen Personen. Mit der Großen zusammen haben sie also fast 350 Millionen befördert und dafür zusammen 31 1/2 Millionen Mark eingenommen. Es wird von interessierter Seite oft angeführt, daß die Unterhaltung der Vorortbahnen nur mit schweren Opfern möglich sei. Man sieht, daß auch in diesem Fall das Aktionär-Clend mit der Zeit erträglich wird.

Gegen die geplante Luxussteuer hat sich die Schutzkommission der vereinigten Gastwirte-Vereine mit einer Petition an die städtischen Behörden gewendet. Es wird dargelegt, daß eine derartige Steuer für den Stadtfußel ziemlich bedeutungslos sei, für die Unternehmer aber eine nicht zu rechtfertigende Härte darstelle.

Tuberkulose-Versuche im Reichs-Reservehidam. In dem soeben erschienenen 1. Hefte der Tuberkulose-Arbeiten aus dem kaiserlichen Gesundheitsamte erstatten Regierungsrat Prof. Dr. Koffel, Stabsarzt Dr. Weber und Oberdeterinar Dr. Heuß einen Bericht über die im Reichs-Gesundheitsamt angestellten Versuche. Der Bericht behandelt im wesentlichen die Uebertragungsversuche von Tuberkelbazillen mittels Einspritzung unter die Haut. Von 9 Bazillenstämmen, die aus dem Rinde oder Schweine herausgezüchtet worden waren, führten 8 beim Rinde zu allgemeiner Tuberkulose. Dagegen vermochten von 41 aus den verschiedensten Organen tuberkulöser Menschen gewonnene Kulturen nur 4 beim Rinde allgemeine Tuberkulose hervorzurufen, und ist es eigentümlich, daß diese 4 Stämme von Kindern im Alter von 3 1/2 bis 6 1/2 Jahren stammten, also aus Fällen, bei denen man eine Ansteckung durch tuberkuloses Material, wie Milch vom Rinde, annehmen kann. Von allgemeinem Interesse sind die — allerdings nur vorläufigen — Schlusfolgerungen, die die Verfasser aus den bisherigen Versuchen ziehen. Danach hat Koch recht, wenn er behauptet, daß die Ansteckung durch das Rind nur eine geringe Bedeutung für die Ausbreitung der Tuberkulose unter den Menschen hat, da sie nur selten zu stande kommt.

Die Umbauten im königlichen Opernhause gehen bereits ihrem Ende entgegen. Es werden im ganzen sechs Treppen angelegt, deren Eisenkonstruktion bereits in dem Mauerwerk verankert ist und die aus dem zweiten resp. dem ersten Stockwerk an der Außenfront des Gebäudes zur Erde führen, woselbst sie auf in dem Erdboden ruhenden Eisenstienen verankert sind. Die Stufen bestehen aus Eisenplatten

und das Geländer wird in 1 Meter Höhe angelegt. Die Treppen werden durch Gallerien, ebenfalls nur aus Eisenkonstruktionen bestehend, mit einander verbunden, und von den Innengallerien führen nicht weniger als 30 Notausgänge, in welche ein Teil der Fenster umgewandelt sind, nach den Außengallerien. — Gleichzeitig werden aber auch die Treppengänge nach dem Dache geleitet, dessen hohe Brüstungen zu diesem Zwecke ausgebrochen und mit Zugängen versehen sind. Hierdurch wird es den Besuchern des Opernhauses möglich, falls bei etwaigen Ausbrüche eines Brandes die Treppen zu sehr in Anspruch genommen werden, sich auch nach dem ausgebreiteten flachen Dach des Rückbaues zu flüchten, von wo aus ihre Rettung zur Not bewerkstelligt werden kann. — Da auch in den Nachmittagen bei elektrischem Lichte an dem Bau gearbeitet wird, ist seine Fertigstellung im Laufe der nächsten Woche zu erwarten.

Zu der Familientragdie in der Kurfürstenstraße erfahren wir noch, daß in dem Befinden der Frau von Seefeldmann, welche erst in später Abendstunde die Besinnung wieder erlangte, eine Wendung zum Besseren eingetreten ist. Die beiden Knaben sind wieder vollkommen hergestellt. Ein glücklicher Umstand rettete die drei vor dem Tode. Frau v. S., welche nur die beiden Thüren zu ihrem Schlafzimmer verschloß, hatte in der Aufregung vergessen, die zweite nach einem Nebenzimmer führende Thür zuzumachen und so verteilten sich die giftigen Gase nach diesem Raum hinüber.

Der von den Hereros ermordete Farmer Taufendfreund war früher in Berlin ansässig gewesen und hatte hier eine Gastwirtschaft betrieben. Vor zwölf Jahren begab sich T. als Freiwilliger mit einem Nachschifftransport der Schutztruppe nach Südwest-Afrika, lehnte jedoch nach vierjähriger Dienstzeit wieder zurück und eröffnete in der Neuen Königstraße eine Gastwirtschaft. „Zum lustigen Afrikaner“ genannt. Er verheiratete sich später mit einer Berlinerin, einer geschiedenen Frau, die ihm einen Sohn in die Ehe brachte. Der Knabe wurde demnach 14 Jahre alt geworden sein. Obwohl das Geschäft des T. diesem eine sichere Existenz gewährte, gefiel es dem Afrikaner, wie der Gastwirt von seinen Bekannten genannt wurde, in Deutschland nicht; er siedelte vor drei Jahren nach dem schwarzen Erdteil über, wo er von der Regierung eine Niederlassung erwarb. Diese bewirtschaftete T. gleich mit dem Erfolge, daß er seine Familie nachkommen lassen konnte. Bei der Ueberfahrt strandete vor dem Hafen Swakopmund das Schiff und geriet auf eine Klippe. Die Passagiere und Besatzung des Dampfers konnten gerettet werden, dagegen verlor T. sein gesamtes Mobiliar und Vermögen, das seine Frau mitgenommen hatte. Da seine Frau gut gedieh und er auch mit Erfolge Viehzucht betrieb, verschmerzte T. bald den Verlust. — Vor einem Jahre schenkte ihm seine Frau einen Knaben. — T. wurde, wie telegraphisch gemeldet worden ist, ermordet. Ueber das Schicksal seiner Frau und der beiden Kinder liegen zwar keine Nachrichten vor, aber es ist damit zu rechnen, daß auch sie getötet worden sind.

Gläubigerstatistik. Im Monat Januar nächstigen im Männerasyl des Anstaltens für Obdachlose 21 615 Personen, im Frauenasyl 4750 Personen. Arbeitsnachweis erbittet der Verein für Männer Wiesenstr. 55/59, für Frauen Fäßliestr. 5.

„Die Kasse, die Kass ist gerettet.“ In dies ergreifende Gedicht von Heine erinnert eine folgenschwere Spielerei, die gestern morgen zwischen zwei Schulknaben, dem elfjährigen Arbeiterknecht Bernhard Schulz aus der Neuen Jakobstr. 27 und dem zehnjährigen Sohn Arthur des Pfefferkuchlers Grüble aus der Wallstr. 34 stattfand. Beide kamen auf dem Wege zur Schule über die Waisenbrücke. Hier nahm Schulz die Handhabe des Grübles an sich und ließ sie bei der voraus entstehenden Rederei ins Wasser fallen. G. äußerte nun: „Du mußt mir meine Handhabe wieder besorgen“, und Sch. bengtete sich über das Brücken Geländer, um die Handhabe mit einem Stoß aufzusuchen. In der Besorgnis, die Handhabe möchten verloren gehen, und er mühte Eray leisten, vergaß er die Vorsicht, verlor das Gleichgewicht und fiel in die Spree. Grüble suchte ihn mit dem Arm zu erreichen, konnte ihn aber nicht fassen und sah ihn unter gellendem Geschrei in den Fluten versinken. Aus der Nachbarschaft eilten gleich Schiffer zu Hilfe, vermohten aber den untergegangenen Knaben erst um 1 Uhr nachmittags als Leiche wieder ans Land zu bringen.

Ein wichtiges Gefährnis hat der Kellner Franz Adams abgelegt, der einem Kaufmann einen wertvollen Ring anbot und verhaftet wurde. Durch seine Räubergelüste, daß er auf der Fahrt nach Berlin in der Eisenbahn betäubt und beraubt wurde, die er bei der Kriminalpolizei vortrug, will er in einem hiesigen Wäschegeschäft M'leid erregt und Arbeit gefunden haben. Aus Dankbarkeit dafür hat er angeblich in dem Geschäft Diebstähle begangen und sich dann aus dem Staube gemacht. Zu den entwendeten Wertgegenständen gehören ein Tauring mit dem Zeichen G. D. 93, ein Damenting mit zwei roten Perlen und zwei Türkisen, sowie ein Damenting mit zwei kleineren Perlen und einem Türkis. Der Thatact ist dem Gedächtnis des Diebes entfallen. Zur Ueberführung des Adams und zur Empfangnahme der Wertgegenstände werden die Bestohlenen gebeten, sich bei der Kriminalpolizei zu melden.

Ein Kindesmord liegt einem Hund zu Grunde, der gestern vormittag um 11 Uhr von Gartenarbeitern auf dem Gelände des Kaiser und Kaiserin Friedrich-Krankenhauses gemacht wurde. Hinter der Pollnitz dieses Krankenhauses liegt ein großer Garten, der von der Ezerzger- bis zur See- und Hennigsdorferstraße durch einen Wohnzaun abgeschlossen wird. Ueber den Zaun werden fortwährend allerlei Gegenstände geworfen, die dann zusammengesellen und eingegraben werden. Das sollte auch heute wieder geschehen. Dabei entdeckte man in der Umhüllung eines rot und blau karierten Stuhlsetzungs und in braunes Poppapier eingeschlagen und mit einer Korsettschnur zugebunden die Leiche eines Kindes, der durch eine um den Hals gelegte Schnur erdrosselt wurde. Die Leiche war naodend und das trägig entwickelte Kind hat nach Aussage des Gerichtsarztes Dr. Störmer gelebt. Das Kaset kann erst gestern morgen von der Strafe aus über den Zaun geworfen worden sein. Die Mörderin und ihre etwaigen Helfer wurden bisher nicht ermittelt.

Bermittelt wird seit dem 25. Januar der Barbiergehilfe Karl Kindermann aus der Postoderstraße 1. Der 36-jährige, der 19 Jahre alt ist, verließ die Wohnung der Eltern am erwähnten Tage, vormittags 8 Uhr, um sich eine Stellung zu suchen und ist bis jetzt nicht zurückgekehrt. Er ist 1,65 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, dunkelbraune Augen und ein blaßes Gesicht. Geleitet war er mit einem dunkelblauen langen Ueberzieher. Kindermann ist kenntlich dadurch, daß er den Kopf etwas nach rechts trägt. Wer etwas über ihn weiß, wird gebeten, den Eltern Nachricht zugehen zu lassen.

Flucht eines Verbrechers aus dem Eisenbahnwaggon. Ueber die Flucht eines Verbrechers russischer Staatsangehörigkeit aus dem Eisenbahnwaggon erhält das „Berliner Tageblatt“ folgende Mitteilungen: Ein Berliner Kriminalschaffmann hatte gestern einen russischen Verbrecher, der seiner Regierung ausgeliefert werden sollte, an die Grenze zu bringen. Unterwegs, während der Fahrt zwischen Guben und Sommerfeld, gelang es dem Arrestanten, obwohl er gefesselt war, die Coupéthür zu öffnen und hinauszupringen. Der Schaffmann, von diesem plötzlichen Fluuchtversuch, der wegen der Fesslung des Verbrechers ausgeschlossen erschien, überrascht, sprang sofort nach, wurde aber von dem Zuge 225 der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn überfahren und an beiden Beinen schwer verletzt. Dem Flüchtling dagegen wurde von demselben Zuge der Kopf abgefahren. Der Schaffmann befindet sich gegenwärtig im Krankenhaus zu Guben, an seinem Auskommen wird gezweifelt.

Ein „glänzender“ Konkurs. Ein klägliches Resultat hat der Konkurs des früheren Sattlermeisters und späteren Weigers einer Großschlachtere, Gustav Janke in Berlin, der einst ein flottes Leben führte, auch Kämpferde Lanten ließ und in weiteren Kreisen durch betrügerische, einen hiesigen Hofschlächtermeister um 186 000 Mark schädigende Manipulationen bekannt wurde. Janke hatte bei Fleischlieferungen jahrelang die Gewichtsmengen auf den Empfangschein verändert und dann auf Grund der so gefälschten Lieferzettel höhere Beträge erhoben, als ihm zulamen. Jetzt erhält der betrogene Hofschlächtermeister, nach der Allgem. Fleischer-Zeitung, für den er-

Littenern Schaden von 186 000 Mark ungefähr 33 000 Mark aus der Konfirmsaffe.

Die Brände entstehen, lehren folgende Fälle. Gestern abend wurde die Feuerwehre nach der Ludowicstr. 4 gerufen, wo im ersten Stock Meider, Matrager u. a. auf einem Hängeboden brannten. Die Feuerwehre hatte Mühe zu thun, um die Flammen, die das Gebälk erfasst hatten, zu löschen. Entstanden war der Brand dadurch, daß ein Dienstmädchen ein Streichholz unachtsam weggeworfen hatte. Dem armen Mädchen sind sämtliche Sachen verbrannt, darunter ein neues Ballkleid. In der Braunstr. spielten die Kinder in der Wohnung, während die Mutter sich mit einer Nachbarin auf der Treppe unterhielt. Den Kindern entfiel eine Kugel und rollte unter ein Bett. Um die Kugel wieder zu erlangen, kroch eins der Kinder mit einem Licht unter das Bett, das natürlich sofort in Flammen stand. Auf das Geräusch der Kleinen stürzten die Frauen herbei, hatten aber kaum noch Zeit, die Kinder zu retten. Die Flammen hatten im Nu die ganze Einrichtung ergriffen und konnten nur durch das Eingreifen der Feuerwehre gelöscht werden.

Feuerbericht. Gestern vormittag wurde die Wehre nach der Reinickendorferstr. 64 gerufen, weil hier in einem Keller allerlei Gerümpel, Strohhalm in Flammen stand. Zur selben Zeit war in der Zwinglstr. 17/18 ein größerer Poßien Feß in Brand geraten, der durch Aufwerfen von Sand beseitigt wurde. Gegen Abend erfolgte ein Alarm nach dem Rasthof, Markstr. 18. Hier waren Gardinen und Portieren in einer Wohnung in Flammen aufgegangen. Säcke, Kisten und Badmaterial wurden in der Jennstr. 21 bei einem Kellerbrande eingeschert. In der Brunnenstr. 100 hatte auf dem Boden alter Hausrat Feuer gefangen. Außerdem liefen in den letzten 24 Stunden noch von der Großen Frankfurterstr. 86, Landsbergerstr. 78, Wredowstr. 28 und noch verschiedenen anderen Orten Alarmerungen ein, doch handelte es sich in diesen Fällen durchweg um "blinden Alarm".

In der Bibliothek der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin (Wörze) ist eine praktische Rezension eingeführt worden. Der umfangreiche Katalog, der im November erschien und zu dem erstmalig billigen Preise von 1 M. käuflich ist, gab den Bestand der Bücherammlung vom 1. August 1903. Eine Liste der zahlreichen Käufe namentlich ganz neuer erschienenen Werke, die in den fünf letzten Monaten des Vorjahres stattgefunden haben, ist nun in der letzten herausgegebenen Nr. 1 des Jahrganges 1904 der Korrespondenz der Redaktionen als Beilage veröffentlicht worden. Um aber allen Interessenten, namentlich die Besitzer des Katalogs selbst über die Neuanschaffungen auf dem Laufenden zu erhalten, werden Sonderabdrücke dieser Liste in der Lesehalle unentgeltlich abgegeben. Solche Reviten-Verzeichnisse werden allmonatlich erscheinen und dienen zugleich als wertvolle Bibliographie über alle Zweige der volkswirtschaftlichen Litteratur.

Der Experimental-Vortrag über Radium in der Urania wird am Freitag, den 5. d. M., abends 8 Uhr, von Herrn Dr. Donath wiederholt werden. Es sei nochmals besonders darauf hingewiesen, daß dieser Vortrag nicht in der Taubenstraße, sondern in der Invalidenstr. 57/62 (Sternturme der Urania) stattfindet. Karten werden im Vorverkauf jedoch nur in der Urania, Taubenstr. 48/49, ausgegeben.

Zum Besten der ausgesperrten Weber in Grimmitzsch veranstaltet der Theaterverein "Hand in Hand" (Mitgl. des A. S.) Sonntagabend Punkt 7 Uhr in Franzos Festhale, Sebastianstraße 39, eine Vorstellung der Posse "Lumpenkönig" von Zimmermann. Das Programm kostet 30 Pfennig.

Am königlichen Institut für Meerestunde, Georgenstraße 34/36, spricht am Sonnabend, den 6. d. Mts., Herr Professor Schilling-Bremen über "Die Bedeutung der Schulschiffe für die Handelsflotte", mit Lichtbildern. Einlaßkarten sind von 12 bis 2 Uhr mittags und an dem Vortragabend selbst von 6 Uhr ab im Institut und von 9 bis 4 Uhr im Deutschen Flotten-Verein, Bernburgerstraße 35 I, erhältlich. Beginn des Vortrages abends 8 Uhr. Der für den 8. d. Mts. angekündigte Vortrag des Herrn Professors H. Halle über "New York als Durchgangspforte des Welthandels" findet wegen Behinderung des Vortragenden erst am Montag, den 29. d. Mts., statt.

Aus den Nachbarorten.

Die Charlottenburger Stadtvorordneten-Versammlung beriet am Mittwoch die Vorlage betreffend die Errichtung eines Schiller-Theaters. Während der Referent, Stadtm. Kaufmann, die Annahme der Ausschausträge befürwortete, wandte sich Stadtm. Bula, der Führer der Fraktion Alt-Charlottenburg, in längerer Rede gegen das Projekt. Herr Bula, der seit seinem Eintritt zur national-socialen Partei fortgesetzt das Wort Socialpolitik im Munde führt, ohne jedoch etwas Ernstliches auf diesem Gebiete zu leisten, sprach auch diesmal wieder des langen und breiten von den socialpolitischen Aufgaben der Gemeinden, um dann durch einen logischen Salto mortale seine ablehnende Haltung gegenüber der Vorlage zu begründen. Unter Fraktionsredner, Genosse Dirsch, der für die Begründung sprach, benutzte gleichzeitig die Gelegenheit, die eigenartige Socialpolitik sowohl der Fraktion Bula, als auch der Liberalen scharf zu kritisieren. Unter großer Heiterkeit ironisierte er die von Herrn Bula in der national-socialen Konfirmsaffe billigt erstandenen socialpolitischen Gemeinplätze und tadelte aufs schärfste die Haltung der Mehrheit in Schulfragen, in der Frage der Erhöhung der Pflegeauslässe für das Krankenhaus und in anderen socialpolitischen Fragen, wo diese Mehrheit versagt hat. Nachdem außer dem Oberbürgermeister Schuchter noch eine Reihe weiterer Stadtvorordneten um Annahme der Vorlage erlucht hatten, wurde ein Antrag Bula, die Beschlußfassung zu vertagen, bis der Magistrat ein Programm über die socialpolitischen Aufgaben der Stadt für die nächsten Jahre aufgestellt habe, in namentlicher Abstimmung mit 34 gegen 11 Stimmen abgelehnt und die Anträge des Ausschusses gleichfalls in namentlicher Abstimmung mit 32 gegen 10 Stimmen angenommen.

Vorher hatte sich die Versammlung mit einem Antrag Kaufmann (L) und Genossen beschäftigt, den Magistrat zu ersuchen, mit den Stadtvorordneten in gemischter Deputation darüber zu beraten, ob die Errichtung und Besetzung von Ferienkolonien als Gemeinde-Einrichtung auszugestalten sei. Genosse Dr. Feiler erklärte, daß die Socialdemokraten dem Antrag zustimmen, verlangte aber energisch eine Reihe weiterer Maßnahmen auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege. Die Beschlußfassung wurde bis nach Erledigung des Etats ausgesetzt. — Von den übrigen Punkten der umfangreichen Tagesordnung wurde nur noch die Vorlage betr. die Errichtung einer Gemeinde-Doppelschule auf der Halbinfel angenommen. Alle übrigen Punkte wurden auf eine außerordentliche Sitzung vertagt, die nächsten Mittwoch stattfindet.

Gerichts-Zeitung.

Die Klage wegen unlauteren Wettbewerbes, die vor dem zweiten Strafkammer des Landgerichts II gegen den Kaufmann Frank Josef Goldsoll aus Cleveland, Inhaber von "Laitis American Diamond Palace", verhandelt wurde. Dem Angeklagten wurde zur Last gelegt, in seinen behandelten Geschäftsangelegenheiten Angaben gemacht zu haben, die thätlich falsch und geeignet seien, den Anschein eines besonders günstigen Angebotes zu erwecken. Dazu wurde unter anderem gerechnet die Angabe, die Herstellung von Laitis Diamanten beruhe auf einem neuen Verfahren, es seien selbst Kenner echter Brillanten irreführt worden, die Diamanten veränderten ihren Glanz nicht, sie könnten, wie echte Diamanten, gewaschen und gereinigt werden usw. Die Strafkammer des Landgerichts I hatte seiner Zeit auf Freispruch erkannt, indem sie annahm, daß es sich in den beanstandeten Geschäftsangelegenheiten des Angeklagten nicht um thätliche Angaben, sondern um machtschreiende Uebertreibungen handele, die von dem lesenden Publikum als solche ohne

weiteres erkannt und auf ihren wahren Wert zurückgeführt würden. Das Reichsgericht hatte das erste Urteil aufgehoben und die Sache zur anderweiten Entscheidung an das Landgericht II verwiesen. Das Reichsgericht führte in seinem Urteile aus: Geschäftliche Uebertreibungen müssen auscheiden und nicht Bewöhnung werden. Das Vorkommen von Uebertreibungen in der Klage begründe noch nicht den Schluß, daß auch thätliche Angaben lediglich als Uebertreibungen anzusehen seien. Die durch das Gesetz beabsichtigte Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes durch Schwindelklagen dürfe auch dadurch vereitelt werden, daß von der Bewöhnung an Klageabwehr ausgegangen wird. Zur Irreführung geeignet sei eine Angabe thätlicher Inhalts schon dann, wenn ein Teil des Publikums sie für wahr hält und dadurch getäuscht werden kann. — Im geistigen Terrain traten die Goldwarenhändler Richter u. Gluck, J. Salomon, Max Büdlich, Alex. Schulz und E. M. Anstich als Nebenkläger auf. Sie wurden durch Rechtsanwält Dr. Mendel vertreten, der Angeklagte wurde durch Justizrat K. Reinholz verteidigt. Der Angeklagte bestritt, daß seine Geschäftsangelegenheiten irgendwie falsche Angaben enthielten; sie stellten vielmehr nur erlaubte Klagen dar. Die guten Eigenschaften, die er angepriesen, zeichneten wirklich seine Diamanten vor anderen Imitationen aus. — Auf Grund einer umfangreichen mehrer Stunden in Anspruch nehmenden Beweisnahme beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten 1000 Mark Geldstrafe event. 100 Tage Gefängnis. Das Gericht erkannte auf 300 Mark Geldstrafe event. 30 Tage Gefängnis und Veröffentlichung des Urteils in mehreren Zeitungen.

Liebelei und Leid. Was jungen Leuten aus sogenannten "Verhältnissen" erblühen kann, zeigte eine Anklage wegen wärtlicher und thätlicher Beleidigung, verdächtig Rötung und Hausfriedensbruchs, die gestern die 36-jährige Raherin Auguste F. vor die zweite Strafkammer des Landgerichts I führte. Vor etwa 9 Jahren begegnete ein 19-jähriger Student der Medizin der damals 27-jährigen Angeklagten auf der Straße, er lächelte ihr zu, sie erwiderte keinen Gruß und dies war der Anfang eines Liebesverhältnisses, das sich zwischen den beiden entwickelte. Die Angeklagte hatte schon einen selbständigen Haushalt und unterhielt eine Arbeitsstunde, dem jungen Studenten ging es in finanzieller Beziehung manchmal nicht zum besten und die Angeklagte half ihm mehrfach mit Geldmitteln aus. Umgekehrt machte auch der Student manche Ausgabe für die Angeklagte. Seine finanziellen Opfer wurden insbesondere groß, als die Angeklagte einem Kinde das Leben gegeben und den inzwischen zum cand. med. aufgetragenen jungen Mann gezwungen hatte, wohl oder übel seine Vaterschaft anzuerkennen. Man blieb eine Reihe von Jahren bei einander, schrieb sich die zärtlichsten Briefe, zeigte sich, betrug sich wieder — kurz, es war das bei solchen Verhältnissen übliche Bild: himmelsaufschauend, zu Tode betrübt. Dann kam der Augenblick des Staatszwecks, wieder sprang die Angeklagte mit harem Darlehen bei, der junge Mann siedelte als Arzt auf kurze Zeit nach Danzig über und als er nach Berlin zurückgekehrt war und seine hier begründete Praxis bald aufblühte, hielt er es an der Zeit, mit der Angeklagten zu brechen. Dies war aber leichter gewollt, als geübt. Die Angeklagte glaubte ein Anrecht darauf zu haben, daß er sie heirate und bereitete ihm eine Reihe der peinlichsten Unannehmlichkeiten, die ihm fogar ein Disciplinarverfahren und einen Verweis als Strafe eintrugen haben. Die stark hysterische und verzerrte Angeklagte suchte ihren ehemaligen Freund wiederholt in seiner Wohnung auf, machte ihm dort die tollsten Szenen und überschüttete ihn mit den größten Schimpfwörtern. Sie drohte ihm, ihn zu erschießen, wenn er etwa ins Ausland gehen wollte, schlug ihn einmal bei einer Begegnung auf offener Straße mit einer Handtasche und beschimpfte ihn auch bei dieser Gelegenheit. Nachdem ihr das Betreten der Wohnung untersagt war, schlich sie sich eines Tages als tiefverschleierte Dame in das Wartezimmer des Arztes und begann, den dort versammelten zahlreichen Patientinnen unter Follern und Schimpfen eine schimpfliche Charakteristik der Angeklagten zu geben. Sie mußte schließlich durch einen herbeigeholten Schutzmann gewaltsam entfernt werden, stieß aber noch bei ihrer Abführung laute Drohungen gegen den jungen Arzt aus. Dieser war durch die fortgesetzten Szenen, die ihm die Angeklagte bereite, schon im höchsten Grade nervös geworden und hatte wiederholt sich der Angeklagten wieder freundschaftlich genähert in der Hoffnung, sie von weiteren Belästigungen abzuhalten. Als aber alles nichts half, nahm er die Hilfe eines Rechtsanwalts in Anspruch und schließlich erstattete er die Strafanzeige. Er selbst und sein Vertreter, Rechtsanwalt Bahnschilberten gestern dem Gerichte, welche Bein die Angeklagte durch ihr Vorgehen dem Nebenkläger gemacht habe. Die Angeklagte gab die meisten Anklagepunkte als richtig zu und behauptete, daß das ganze Verhalten des Nebenklägers ihr gegenüber ihr Vorgehen als berechtigt erscheinen lassen müsse. — Staatsanwalt Liebenow hielt der Angeklagten zu Gute, daß sie sehr auferregt gewesen, weil sie in ihren Hoffnungen getäuscht wurde und beantragte nur 500 Mark Geldstrafe. — Rechtsanwalt Dr. Karl Lieblincht hielt den angeklagten Fall dazu angethan, auf eine weit niedrigere Strafe zu erkennen, da die Angeklagte doch in einem hohen Grade der Bewußtlosigkeit gehandelt habe und ihre Empörung begründlich sei. — Der Gerichtshof hielt einen Fall des Hausfriedensbruchs, einen Fall der Bedrohung und drei Fälle der Beleidigung für erwiesen, verurteilte aber die Angeklagte mit Rücksicht auf die ganze Sachlage nur zu 50 Mark Geldstrafe.

Um Rationsschwindel von gefährlicher Art handelte es sich in einem Prozesse, der gestern zum zweiten Male vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I gegen den Agenten Albert Pohlmann stattfand. In einer früheren Verhandlung war der Angeklagte zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Im Jahre 1897 lernte der Angeklagte den Kaufmann Meierheine kennen, einen gleich ihm vielfach vorbestraften Menschen. Die beiden verwandten Seelen verbündeten sich zu einem Unternehmen, welches von vornherein auf Ausbeutung von Stellensuchenden begründet war. Im Herbst 1897 wurde am Hause Köpenickerstr. 68 ein elegantes Schild angebracht, wodurch kund gegeben wurde, daß sich im ersten Stockwerk das Privat-Detektiv-, Auskunfts- und Anwaltsbüro von Meierheine und Pohlmann befand. Gleichzeitig hatten die Inhaber durch die Zeitungen bekannt gemacht, daß sich bei ihnen für lautionsfähige Leute Lebensstellungen böten. Die Bewerber meldeten sich in Menge. Es wiederholte sich nun die alte Geschichte. Diejenigen Bewerber, welche die größten Ersparnisse zu opfern hatten, wurden angenommen. Ihre Arbeit beschränkte sich auf die Ausrüstung von Klagebriefen. Die Chefs hatten auch weiter nichts zu thun, als das ihnen anvertraute Geld ihrer Angestellten zu verzehren und dies besorgten sie mit Eifer und Gründlichkeit. Schon einige Wochen nach Gründung des Geschäftes verfielen der Angeklagte und sein Socius auf einen neuen Schwindel. Meierheine mietete sich ein Zimmer in einem feinen Stadteitel und annoncierte dann, daß ein Dr. v. Ramm für sein soeben gegründetes Sanatorium eine wirtschaftliche Leiterin suche, die 2000 Mark Stantion zu stellen habe. Eine sich meldende Dame war zum Abschluß des Vertrages bereit, im letzten Augenblick schöpste sie aber Bedacht, sie hielt es für geraten, bei der Polizei Erläuterungen über den angeblichen Dr. v. Ramm einzugeben. Dieser Schritt gelangte zur Kenntnis der Angeklagten, welche es nun vorzogen, schleunigst nach Wien zu flüchten. Hier nahmen sie ihr schwindelhaftes Treiben wieder auf, bis sie vom Geschied ereilt wurden. Meierheine wurde vom Wiener Gerichte zu sechs, Pohlmann zu fünf Jahren schweren Kerkers verurteilt. Nach Verbüßung dieser Strafe wurde Pohlmann nach Berlin übergeführt, während es Meierheine gelang, nach dem Auslande zu entkommen. Der gestrige Termin hatte im wesentlichen dasselbe Ergebnis wie der frühere, der Angeklagte wurde zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus, fünfjährigen Ehrverlust und 550 Mark Geldstrafe verurteilt. Drei Monate wurden durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet.

Der Prozeß gegen die des Lotterieschwindels beschuldigten Kaufleute Heinze und Glombel ist gestern noch gegen 10 Uhr abends zum Abschluß gelangt. Der Staatsanwalt beantragte gegen Heinze sechs Monate, gegen Glombel ein Jahr Gefängnis. Die Verteidiger, Rechtsanwälte Dr. Löwenstein und Oskar Cohn, suchten ein milderes Strafmaß zu erzielen. Der Gerichtshof hielt den

intelligenteren Angeklagten Glombel für den spiritus rector des ganzen betrügerischen Unternehmens, welches darauf berechnet war, in dem Publikum den Glauben zu erwecken, es handle sich um die bekannte Lotteriefirma Karl Heine. Die Auftraggeber seien in schändlicher Weise geprellt worden. Glombel wurde zu einem Jahre Gefängnis und zweijährigem Ehrverlust wegen fortgesetzten Betruges, wegen Lotterievergehens zu 700 Mark Geldstrafe, Heinze wegen derselben Vergehen zu vier Monaten Gefängnis und 250 Mark Geldstrafe verurteilt. Heinze wurde auf freien Fuß gesetzt, Glombel in Haft behalten.

Bürgermeister und Magistrat. Der Magistrat der Stadt Bismark hatte durch einen Beschluß angeordnet, daß der Bürgermeister vor jeder Magistratsitzung den Magistratsmitgliedern eine Tagesordnung der Sitzung mitzuteilen habe. Der Bürgermeister beanstandete den Beschluß, weil er geschwundrig sei. Der Bezirksauschuss, den der Magistrat dagegen anrief, setzte die Beanstandung außer Kraft, das Ober-Verwaltungsgericht hob jedoch die Urteil auf und erklärte die Beanstandung für gerechtfertigt, indem es ausführte: Die Feststellung der Tagesordnung und ähnliche in diesem Gebiet fallende Angelegenheiten gehören zum Ressort des Vorsitzenden des Magistrats (des Bürgermeisters) und nicht zu dem des Magistrats-Kollegiums. Der Magistrat sei zu seinem Beschluß nicht befugt.

Vermischtes.

Aus Kalesund. Dem Norddeutschen Lloyd ging gestern aus Kalesund folgendes Telegramm zu: Hilfsaktion der Weimar ist beendet. Zum letztenmal hatten sich gestern mittags Vertreter der Behörden und verschiedene Damen und Herren aus Kalesund und Umgebung, welche uns in Ausführung des von Ihnen eingeleiteten und von Bremen Bewohnern so reich unterstützten Liebeswerkes hingebend unterstützt haben, mit den Leitern der Hamburger Hilfs-Expedition bei uns zu einem einfachen Abschiedsmahl vereint. Dem Dank der Stadt gaben Bürgermeister Köhneberg und Stadtverordneter Freisad bewegten Ausdruck. An dem letzten Tage wurde von der "Weimar" an Bedürftige an Land zum Teil direkt, zum Teil durch Vermittlung von Persönlichkeiten in Stadt und Land und durch unsre Vertrauenspersonen eine größere Zahl Tagesrationen Fleisch, Hülsenfrüchte, Mehl, Brot, Kaffee, Milch usw. abgegeben. Sämtliche noch vorhandenen und mit der "Hero" noch angekommenen Liebesgaben aus Bremen und dem Vinnenlande haben wir im Einverständnis mit dem Magistrat der unermüdlchen Vorsitzenden des hiesigen Damenkomitees, unsrer Landsmännin Frau Elise Devolt zur Verteilung an die Bedürftigen überwiesen. Kalesunds Bürger haben begonnen, in thätkräftiger, emsiger Arbeit auf den Ruinen vorläufiger Heimstätten zu errichten und den Bedürftigen durch Errichtung von Speisehäusern und Baracken unter die Arme zu greifen. Dampfer "Weimar" fährt, wenn besondere Umstände die Abreise nicht verzögern, gemeinsam mit Dampfer "Phönica" heute vormittag ab.

Unwetter in England. Die Einwohner von St. Mary auf den Scilly-Inseln wurden am 2. Februar gegen 4 Uhr morgens durch Notzeichen vom Postdampfer "Lioness" aus dem Schlafe geweckt. Die sofort dem Hafen zulaufenden Menschen sahen gemaltige Bogen über den Quai hinwegziehen und diesen zerstören. Der Dampfer, der fortwährend Notzeichen gab, konnte nur mit größter Mühe gegen die Gewalt der Wellen ankämpfend, das offene Meer erreichen. Auf der Nachbarinsel Bryher wurden die Felder durch eine Springflut zerstört. Auch in England machte sie sich bemerkbar. In vengeance überschwemmen die Wogen nicht nur die Strandwege, sondern auch die Häuser und Straßen in deren Nähe mehrere Fuß hoch. Eine ähnliche Erscheinung wurde auf der Insel Man beobachtet, wo der Ort Douglas besonders durch die Ueberschwemmung litt. Die hiesigen Stadtteile von Portsmouth sind übersüet. Der Straßenbahn-Verkehr stödt. Die Keller der Häuser sind unter Wasser gesetzt. In Plymouth haben schwere Seen die Dächer der am Strande liegenden kleinen Landhäuser fortgefegt. Der Deich ist untergraben, während im Wellenbrecher eine 200 Fuß breite Lücke klafft. In Hastings wurden aus dem Wellenbrecher gewaltige Cementblöcke herausgerissen und wie Spreu auf dem Strande zerstreut. In London selbst ist die Themse zu ungewöhnlicher Höhe angeschwollen. Die anstossenden Wohnhäuser und Geschäftsräume sind übersüet. In der Umgebung sind laufende von Morgen Land überschwemmt und gleichen einem großen See. Die Themse hat ihren höchsten Stand seit dem November 1901 erreicht. Auch in Kent ist das Land meistentweil unter Wasser gesetzt, da infolge anbauender Regenfälle die Flüsse über ihre Ufer getreten sind. Die "Daily Mail" meldet, wurden in Jersey nach dem Unwetter mehrere Erdstöße verspürt.

Die Explosion in Indien. Die vor einigen Tagen in Pondicherry erfolgte Explosion in dem Fort Vardina scheint ganz furchtbar gewesen zu sein. Ueber die Veranlassung wird wohl niemals Klarheit geschaffen werden können, da alle in dem Fort beschafften Pulver in Felsen gerissen wurden. Als das Unglück erfolgte, fand gerade eine Verfestigung von allem Schießpulver statt. 17 Eingeborene, die in dem Pulverlager waren, sind ebenso wie 23 andere Leute vollständig zerstückelt worden. Man fand Felsen von ihnen über die ganze Stadt zerstreut. Die beiden Wälle des Forts sind aufgerissen und die Häuser in weiterer Entfernung beschädigt worden. Es waren über 20 000 Pfund Pulver in dem Fort vorhanden.

Briefkasten der Redaktion.

- A. 69. 1. Die betreffenden Schriften haben sehr geringen Wert. Die pol. Anthropologie finden Sie im letzten Band der "Neuen Zeit" besprochen. 2. Ein Specialartikel können wir nicht; wohl aber hat die "Neue Zeit" manchen guten Artikel darüber gebracht. Auch H. Lehmanns "Lehns-Legende" ist in dieser Hinsicht zu empfehlen. 3. Die genannte australische Arbeiterpartei ist keine socialistische, sondern eine gewerkschaftliche Partei im Sinne des englischen Trades Unionismus. Die socialdemokratische Partei verweist die betreffende Forderung.
D. 63. Mit Dank empfangen.

Marktpreise von Berlin am 3. Februar 1904

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten.

Ware	Qualität	Preis	Ware	Qualität	Preis
Weizen	gut D.-Gr.	16,30	Kartoffeln	neue D.-Gr.	7,00
	mittel	16,22	Rindfleisch	Runde 1 kg	1,80
	gering	16,14	do.	Baum	1,40
Hoggen	gut	12,70	Schweinefleisch		1,80
	mittel	12,66	Rohfleisch		1,80
	gering	12,62	Hammelfleisch		1,80
Gerste	gut	13,80	Butter		2,60
	mittel	12,70	Fier	60 Stück	8,00
	gering	11,60	Karpfen	1 kg	2,40
Kafer	gut	15,40	Hale		2,80
	mittel	14,30	Harber		3,00
	gering	13,20	Hechte		2,40
Richtstroh		4,00	Salche		1,80
Heu		7,00	Schleie		3,00
Erbsen		40,00	Hele		1,40
Speisebohnen		50,00	Krebst	per Schoß	15,00
Binsen		60,00			3,00

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Witterungsüberblick vom 4. Februar 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe am	Windrichtung	Witterung	Stationen	Barometer-höhe am	Windrichtung	Witterung
Emmende	762	SE	1 Dunst	Saparanda	762	SE	2 Haß
Hamburg	750	SE	3 Nebel	Petersburg	750	D	1 Schne
Berlin	753	SE	2 wolkl	Gort	746	ND	1 Dunst
Frankf. a. M.	753	SE	1 Regen	Worben			
München	754	SE	2 Nebel	Paris	752	SE	2 wolkl
Wien	755	SE	1 Nebel				

Wetter-Prognose für Freitag, den 5. Februar 1904.

Mild, jedoch ziemlich trübe und regnerisch bei mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Seite Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Zur Beachtung! Morgen Sonnabend wird auf den Bahnhöfen des Stadtbahns wegen von 7-9 Uhr fahrt. 7/15

Einsetzer.

Freitagabend 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Versammlung.

Tages-Ordnung: Bericht über die Lohnbewegung. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Obmann.

Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Zimmer 22.
Telefon: Amt IV Nr. 6076.

Branchen-Versammlungen.

Achtung! Geschirre-Branche. Achtung!
Montag, den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Hof, Neue Köpenicker Str. 3.

„Letzte Beschlussfassung über unsere Bewegung.“
Es ist einfach Ehrenpflicht eines jeden Kollegen der Geschirre-, Wagen-, Reitzeug- und Sattel-Branche, in dieser Versammlung anwesend zu sein.

Erbsen-Branche: Sonnabend, den 6. Febr., abends 8 1/2 Uhr, bei Johann Kaiser, Flugstr. 6.

Taschen- u. Koffer-Branche: Mittwoch, 10. Febr., abends 8 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7.

Militär-Branche: Sonnabend, den 6. Febr., abends 8 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 8.

Stromleger u. Teppichnäher: Montag, 8. Febr., abends 8 1/2 Uhr, bei Ladewig, Kommandantenstr. 63.

Wagen-Branche: Mittwoch, den 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Augustin, Lindenstr. 69.

Eisenmöbel-Branche: Mittwoch, den 10. Febr., abends 8 1/2 Uhr, bei Achterberg, Adalbertstr. 62.

Sektion Charlottenburg: Dienstag, den 9. Febr., ab. 8 1/2 Uhr, bei E. Dörre, Charlottenburg, Wallstr. 90.

Wir ersuchen die Kollegen und Kolleginnen, sich doch endlich einmal aufzurufen und die Branchen-Versammlungen zahlreich und pünktlich zu besuchen.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!
Montag, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 3:

Allgemeine Vertrauensmänner-Versammlung für alle Branchen.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Das Erscheinen eines jeden Vertrauensmannes ist dringend notwendig.
156/7 Die Ortsverwaltung.

Sonnabend, den 13. Februar 1904:
Wiener Masken-Ball

in den Gesamträumen des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.
Während der Kaffeepause:
The three Bucepels in ihrem sensationellen Teufelsakt.

Aufgang 8 Uhr. **Entree 50 Pf.**
Um zahlreichste Beteiligung ersucht Das Vergnügungskomitee. S. U.: W. Tuschke, Reichsstr. 28, D. r. IV.

Bananschläger.

Der „Verband der Bananschläger Berlin und Umgegend“ hält am Sonntag, den 7. Februar er., vormittags 10 1/2 Uhr, bei Franke, Adalbertstr. 39, seine Monatsversammlung ab.
Mitglieder werden aufgenommen.
Zum Vereinsübergang am Sonntag, den 21. d. M., im Neuen Rathaus, Kommandantenstr. 72 - Kollegen ersucht recht zahlreich.
Der Vorstand.

A. B. Der Verbandspräsident befindet sich bei August Schröder, Sebastianstr. 50.

Central-Verband der Maurer etc.

Zweigverein Berlin. (Sektion Patzer.)

Sonntag, den 7. Februar, vormittags 10 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die schädlichen Einwirkungen der Gase auf die Aemungsorgane. Referent Dr. Fränkel. 2. Verbandsangelegenheiten. 133/5
Bei der Wichtigkeit des zu behandelnden Themas, ersuche ich die Kollegen um pünktliches und zahlreiches Erscheinen. Die örtliche Verwaltung. S. U.: D. Neumann.

Bauhändler-Krankenkasse für Berlin und Umgegend

(Eingetragene Hilfskasse Nr. 118).

Sonntag, den 14. Februar er., vormittags 10 Uhr, im Saale des Herrn Fritz Wille, Brunnenstr. 185:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes und Ausschusses, Abrechnung des Kassierers sowie Revisionsbericht. 2. Ergänzungswahl des Vorstandes (erster Vorsitzender, zweiter Kassierer, ein Beisitzer und vier Ersatzmänner). Wahl des Ausschusses und vier Ersatzmänner. 3. Beschlussfassung über die Forderung der §§ 30 und 37 der zweiten gebräuchlichen Satzungen. 4. Wahl eines Hilfskassierers für 1904. 5. Sonstige Angelegenheiten. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand. Der Ausschuss. 88/2
S. U.: G. Reitz. S. U.: Otto Banzer.

Filiale Berlin. Central-Verband der Stukkateure.

Es befindet sich von jetzt ab unser Verbandsbureau

N. 37, Strassburgerstrasse 17, v. III.

In demselben können alle Verbandsangelegenheiten erledigt werden: das An- und Abmelden reisender Kollegen, der Empfang von Reise-Unterstützung und Arbeitslohn - Karten oder Karten, Wohnungsummeldungen wegen Zeitungsunterstützung, Beiträge bezahlen usw.

Die Kollegen werden aber ersucht, persönliche Angelegenheiten und Rückfragen bis zum 20. März d. J. nur in der Zeit von 8-10 Uhr vormittags oder 5-7 Uhr nachmittags zu erledigen, da es bis dahin noch möglich ist, daß sie in der Zwischenzeit vor verschlossenen Türen kommen, ohne daß ihnen Auskunft erteilt werden kann. 170/2

Die Ortsverwaltung.

Tischler-Verein zu Berlin.

(E. H. 80.)

Sonnabend, den 6. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Reichstr. 15:

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Ingenieurs Herrn Grempe über: Beleuchtungs- und Heizfragen im Haushalt des Arbeiters. 2. Vereinsangelegenheiten.
Sonntag, den 21. Februar: Sondervorstellung in der „Urania“, Taubenstr. Eröffnung der Säle 1 Uhr, Beginn der Vorstellung präzise 2 Uhr nachmittags. Zur Aufführung gelangt: Der Erdball als Träger des Lebens. Billets à 40 und 60 Pf. sind in der Versammlung bei allen Vorstandsmitgliedern zu haben. 198/4
Regen Besuch erwartet Der Vorstand.

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Sektion der Gips- und Cementbranche.

Achtung! Gruppe Rabihspanner. Achtung!

Sonntag, den 7. Februar 1904, vorm. 10 Uhr, bei Jannaschk, Inselstr. 10:

General-Versammlung der Rabihspanner.

Tagesordnung: 1. Vorstandswahl. 2. Gewerkschaftliches. 198/16
Nicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Rixdorf“

Vereinslokal: Herrn Thiel, Bergstr. 151/152

Sonntag, den 7. Februar: Besichtigung des Betriebes der Vereinsbrauerei. Treffpunkt früh 8 Uhr bei Prehler, Hietzstr. 59.

Sonntag, den 7. Februar, abends 8 Uhr: Vortrag des Herrn M. H. Saage über: Entziehung und Abkündigung des Menschen. 11/8

Sonntag, den 14. Februar, früh 8 Uhr, nach Albershof. Sitzung: Dienstag, den 16. Februar, abends 9 Uhr.

Sonntag, den 21. März, abends 9 Uhr.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Zobeshaube: 1. Restauration verkauft Richard, Lindenburgerstr. 12.
Garbinnenhaube Grobe Strampfstr. 9, parterre. +37*
Vorjahre Herrenanzüge, Winterpaletots, Reinfelder, aus feinsten Stoffen (postbillig) täglich. Sonntagverkauf, Deutsches Verbandshaus, Sägersstr. 63, I. 20838*
Anzugreife 5,00, Dolchreife 3,00. Wetterbandlung, Lichterbergerstr. 9.
Gelegenheit: Schwarze Kleiderstoffe (Reise), Meter 1,50, Charlottenburg, Goethestr. 76 (kein Laden).
Teppiche (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Berlin, Paderfer Markt 4, Bahnhof Böse. 03/22*
Teppiche, Betten, Gardinen, Vorhänge, Steppdecken, Tischdecken, Kissen, Regulatoren, Kommoden, Uhren, Winterpaletots, Spiegel, Bilder postbillig Reichhaus Neanderstr. 6. 71/1*
Teppiche, Betten, Gardinen, Vorhänge, Steppdecken, Tischdecken, Kissen, Regulatoren, Kommoden, Uhren, Winterpaletots, Spiegel, Bilder postbillig Reichhaus Neanderstr. 6. 71/1*
Bekanntmachung. Die im Wandverkauf (Wandverkauf neuzugew) verfallenen Häuser, wie Herrenhäuser, Damenhäuser, Krauterei, Herrenhäuser, Damenhäuser, Neuzugew, sowie Gelegenheiten Teppiche, Betten, Gardinen, Steppdecken, Tische, Winterpaletots, Kissen, Regulatoren, Kommoden, Uhren, Winterpaletots, Spiegel, Bilder postbillig Reichhaus Neanderstr. 6. 71/1*
Bekanntmachung. Die im Wandverkauf (Wandverkauf neuzugew) verfallenen Häuser, wie Herrenhäuser, Damenhäuser, Krauterei, Herrenhäuser, Damenhäuser, Neuzugew, sowie Gelegenheiten Teppiche, Betten, Gardinen, Steppdecken, Tische, Winterpaletots, Kissen, Regulatoren, Kommoden, Uhren, Winterpaletots, Spiegel, Bilder postbillig Reichhaus Neanderstr. 6. 71/1*
Hochbornreife Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen 25 bis 40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verbandshaus Germania, Unter den Linden 21. 21088*

Wohnungen.
Eine Etage und Küche zum 1. März zu vermieten Wiesenstr. 41/42. 194
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Kommerzieller Schmelzer, Rügenstr. 10.
Unverheirateter, solider, tüchtiger, ansehlicher Mann mittlerer Jahre, mit guten Zeugnissen, in schriftlichen und mündlichen Verhandlungen bewährten Arbeiter bei beiderseitigen Ansprüchen. Offerten erbitte A. Müller, Hüderstr. 34, 2. Hof, II rechts. 15988
Junger Kaufmann, Partijeroffen aus der Provinz, sucht irgendwelche passende Beschäftigung in Berlin, um hier seine Studien in Volkswirtschaftslehre fortzusetzen. Gefällige Angebote unter N. 3. an die Expedition. 15326
Stellenangebote.
Wer Nebenverdienst sucht, verlange Prospekt gratis. D. Wolf, Potsdam, Reichstr. 15158*
Organisierter Genosse, welche sich mit Verbreitung der Zigaretten-Geschäfte befassen wollen, allerhöchste Provision. Rechnung Dragonerstr. 19, Hof parterre; mittags.
Tüchtigen Zimmerer verlangt Stettinerstr. 27. +106
Tüchtige Webenarbeiter suchen bei gutem Verdienst Beer u. Rosenhol, Kaiser Wilhelmstr. 44. [105/8]
Geselle aus Berlin verlangt Kammelerstr. Schillerstr. 34.
Heilbrunnener verlangt Bismarckstr. 33. 15198*

Wohnungen.
Eine Etage und Küche zum 1. März zu vermieten Wiesenstr. 41/42. 194
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Kommerzieller Schmelzer, Rügenstr. 10.
Unverheirateter, solider, tüchtiger, ansehlicher Mann mittlerer Jahre, mit guten Zeugnissen, in schriftlichen und mündlichen Verhandlungen bewährten Arbeiter bei beiderseitigen Ansprüchen. Offerten erbitte A. Müller, Hüderstr. 34, 2. Hof, II rechts. 15988
Junger Kaufmann, Partijeroffen aus der Provinz, sucht irgendwelche passende Beschäftigung in Berlin, um hier seine Studien in Volkswirtschaftslehre fortzusetzen. Gefällige Angebote unter N. 3. an die Expedition. 15326
Stellenangebote.
Wer Nebenverdienst sucht, verlange Prospekt gratis. D. Wolf, Potsdam, Reichstr. 15158*
Organisierter Genosse, welche sich mit Verbreitung der Zigaretten-Geschäfte befassen wollen, allerhöchste Provision. Rechnung Dragonerstr. 19, Hof parterre; mittags.
Tüchtigen Zimmerer verlangt Stettinerstr. 27. +106
Tüchtige Webenarbeiter suchen bei gutem Verdienst Beer u. Rosenhol, Kaiser Wilhelmstr. 44. [105/8]
Geselle aus Berlin verlangt Kammelerstr. Schillerstr. 34.
Heilbrunnener verlangt Bismarckstr. 33. 15198*